

No Change

Obama übt Kontinuität

Eine Dokumentation

Georg Grasnick

Selbstverlag

Layout & Satz:
René Grasnick

Dezember 2013

Inhalt

Einleitung	5
I	
1. US-Missionarisches	7
2. Kandidat im „Vorfeld“ der Preisverleihung	8
3. Um eine „Neue Weltordnung“	10
4. Frieden und Sicherheit a la Washington	12
II	
„No-Rivals“-Plan als Aktionsplan	17
1. Neuauflage der „Gelben Gefahr“?	17
2. Am 38. Breitengrad	22
3. Kleinhalten Russlands	24
4. USA-EU-Europa	31
Partner, Konkurrent, Rivalen...	
III	
Weltordnungskriege	41
1. „Operation Enduring freedom“	42
2. „Operation Iraqi freedom“	48
3. Afpak-Operation	52
4. „Dritte Front“	54
5. „Operation Odissey Dawn“	56
6. „Regime Change“ gegen Syrien	61
7. Um die Ausschaltung des Iran	82
8. Andauernder Palästina-Israel-Konflikt	90
IV	
Auf- und Umbruch im ehemaligen „Hinterhof“	93
1. Kuba vor allem	93
2. Verstärkte US-Einmischung in Südamerika	95
V	
Afrika im Fadenkreuz	99
VI	
Obamas „Wertesystem“	101
1. Schattenkriege	102
2. Kein Pardon für Whistleblower	107
3. Folter – Bestandteil des Systems	109
VII	
„Imperial overstretch“	115

Einleitung

Barack Hussein Obama wurde 2008 von einer Woge der Hoffnung, von einer Bewe-

gung der Erwartungsvollen ins Weiße Haus getragen. Der erste schwarze Präsident in der Geschichte der USA amtiert seitdem.

Sein Ruf „Yes we can!“ und die von ihm artikulierten Visionen elektrisierten Massen: Rettung des Planeten! Erneuerung der Welt! Welt ohne Atomwaffen! Welt der Demokratie, der Freiheit und der Chancengleichheit! Welt frei von Terrorismus! Zuversicht erfüllte Millionen Menschen. Menschen, die den Wechsel wollten. Die einen Politikwechsel nach Jahren verruchten Bush-Regimes erstrebten.

„Viele spirituell geprägte Menschen...sehen in Obama einen ‚Lightworker‘, der zu den seltenen Auserwählten gehört, die unserem Planeten eine neue Lebensart bringen könnten“, meinte „San Francisco Chronicle“. Die FAZ fügte hinzu: „Sein Charisma ist unbestreitbar, seine Familie bereichert diese Ausstrahlung.“ (1) „Obamas Wahlkampf hatte mehr mit quasireligiöser Verklärung als mit politischer Aufklärung zu tun“, bemerkte „Junge Welt“. (2)

„Der Spiegel“ begleitete das Auftreten des als „Lightworker“, als spirituellen Heiler, den als Heilsbringer und Hoffnungsträger gefeierten Präsidentschaftskandidaten so: „Ein Stratege darf um Himmels willen nicht auf dem offenen Markt Wahrheiten ausplaudern. Ein Stratege hat die nächsten Züge nicht anzukündigen, gar zur Abstimmung zu stellen. Ein Stratege operiert geheim; er täuscht, legt falsche Spuren, hebt Fanggruben aus, lauert hinter Hecken. Ein Stratege und großer Politiker muss – ja, er muss – zuweilen Potemkinsche Dörfer errichten, ohne Skrupel von links nach rechts und zurück rochieren, mindestens den Gegner durch falsche Ankündigungen in die Irre führen. Man muss nur aufpassen, dass dies alles zugleich als ‚glaubwürdig‘ erscheint...Kreativität und Prinzipienverbundenheit schließen einander aus.“ (3)

Obama taktierte in gekonnter Rhetorik in einem phantastisch inszenierten Werbefeldzug. Beträchtliche Mittel flossen für seinen Erfolg. Erstaunlicherweise von über drei Millionen Einzelspendern. Die Hochfinanz gab dann den Zu- und Ausschlag.

Übrigens im Unterschied zu Bush, dessen Wahlkämpfe vor allem die Öl-Konzerne ausgestattet hatten.

Der ehemalige Bürgerrechtler Obama, der sich mit dem Rechtswesen vertraut gemacht hatte und es auch lehrte, der als Senator in Illinois wirkte und dann in den US-Senat gewählt worden war, landete auf dem Präsidentenstuhl des mächtigsten Staat es der Welt. Nicht gegen den Willen der Mächtigen des Landes, sondern mit ihrem Segen.

War jetzt der „Wandel in Amerika angekommen“, wie Obama in der Nacht nach seinem Wahlsieg erklärte? Ging es nun zügig darum, die außenpolitischen Verheißungen, die er in die Welt gesetzt hatte, zügig in die Tat umzusetzen?

Als er noch vom „Wandel“ sprach, fügte er doch schon gravierende Einschränkungen hinzu. Einige Beispiele aus seiner Rede:

„Der Aufstieg wird steil sein. Wir werden vielleicht nicht in einem Jahr oder sogar einer Amtsperiode am Ziel ankommen.“

Oder: „Es wird Rückschläge und Fehlstarts geben.“

Oder: „Wir wissen, dass Regierungen nicht jedes Problem lösen können.“

Einige Monate später urteilte Friedensnobelpreisträger und Kriegsverbrecher Henry

Kissinger über den neuen Präsidenten: "Obama ist wie ein Schachspieler, der Simultan spielt, also mit mehreren Spielern gleichzeitig zugange ist. Er hat sein Spiel mit einem ungewöhnlichen Zug eröffnet, nun hängt alles davon ab, wie die Gegenseite darauf reagiert und wie Obama dann sein Spiel macht. Wir sind über diesen Anfangsspielzug noch nicht hinaus, aber ich habe mit diesem Spielzug kein Problem... Wenn er aber damit fortfährt und glaubt, jede Krise könne durch ein philosophische Rede beantwortet werden, dann bekommt Obama Probleme in Wilsonschen Ausmaßen." (4)

*

Die folgende Dokumentation will erhellen, wie Obama sein Spiel in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik im Interesse des US-Imperialismus bisher betrieben hat.

I

1. US-Missionarisches

Göttliche Vorbestimmung und Missionarisches gehören bei allen Präsidenten der USA zum Ritual.

Kaum ein Präsident, der nicht den Anspruch erhoben hätte, dass sein Land - „God's own country“, „Gottes Heimat“ - eine Mission zu erfüllen habe. Mission im Sinne des Auftrags, den „American way of life“ als angebliche Versinnbildlichung alles Guten, Freiheitlichen und Demokratischen um den ganzen Erdball zu tragen.

„Von Anfang an wollten die USA jene 'Stadt auf dem Berge' sein, von der die Bibel gesprochen hat, aber auch viele US-Präsidenten. Der ganzen Menschheit wollte sich Amerika anbieten: als verwirklichte Utopie und Vorgriff auf das künftige Himmlische Jerusalem zugleich“, schrieb „Der Spiegel“. (1)

Zum Missionsauftrag gesellt sich die Verkündung, die USA seien das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. Ein Land, dazu berufen, das Unmögliche möglich zu machen.

Thomas Jefferson, der die amerikanische Unabhängigkeitserklärung verkündet hatte, beschwor am Anfang des 19. Jahrhunderts Amerika als den „einzigen Hort des heiligen Feuers, der Freiheit und der Selbstbestimmung, von wo aus das Feuer in anderen Regionen der Erde angezündet werden soll.“ (2)

Theodore Roosevelt programmierte Anfang des 20. Jahrhunderts: „Wir gehören zu einer jungen Nation, die bereits über gigantische Kraft verfügt, deren politische Kraft jedoch nur eine Vorschau auf die Macht bedeutet, die noch kommen wird.

Wir sind Führungsmacht auf einem Kontinent, in einer Hemisphäre. (3)

Ähnlich 1912 sein Nachfolger William Taft, der da versprach: „Es wird zur Tatsache werden, dass die ganze Hemisphäre uns gehört.“ (4)

Anfang der 1930er Jahre sah Herbert Clark Hoover die USA auf dem Weg, „das Leben der Menschheit von der Stufe der wilden Tiere zu erheben bis zu einer Höhe, von der aus der Psalmist sagte, sie liege nur ein wenig unterhalb des Reiches der Engel...“ (5)

Harry S. Truman trat 1952 im Aufwind des Kalten Krieges vor das amerikanische Volk und die Weltöffentlichkeit um zu verkünden, die USA hätten nunmehr „die Führungsrolle auf sich genommen, die uns Gott der Allmächtige anvertraute.“ (9)

Diese „Führungsrolle“ gipfelte im „Kreuzzug gegen den Kommunismus“. Gegen das „Reich des Bösen“, wie Reagan später formulierte.

John. F. Kennedy bestärkte Anfang der 1960er Jahre das Recht auf diese Rolle:

„Dieses Land ist das helle Leuchtfeuer der Hoffnung für die ganze Welt. Es hat das Recht auf die moralische Führung dieses Planeten.“ (7)

Reagan betonte im September 1983 in einer Rede den Mythos: „Wir glauben an die Mission Amerikas...mit Amerika verbindet die Menschheit ihre schönsten Hoffnungen... Unser Land ist die führende Kraft der freien Welt, und wir können uns aus moralischen Überlegungen nicht vor dieser Verantwortung drücken.“ (8)

In der Antrittsrede Bill Clintons als Präsident ist nachzulesen: „Ganz sicher muss Amerika auch weiterhin die Welt anführen, in deren Gestaltung wir so viel investiert haben.“ Amerika, das sei eben die für die Welt „unentbehrliche Nation“. (9) Clinton ergänzte später, es gehe um einen „großen Kreuzzug für Demokratie, Menschen-

rechte und Marktwirtschaften..." (10)

Aufschlussreich hieran diese „Dreierkombination“, die in den „Marktwirtschaften“ mündet, in der Ökonomie und den ökonomischen Interessen der US-Multis.

Georg W. Bush legte bereits als Präsidentschaftskandidat den Kurs fest: „Die Welt braucht Amerikas Stärke und Führungsposition.“ (11) „America first“ ist die Parole. So wuchs über Jahrhunderte in der amerikanischen Öffentlichkeit die Überzeugung, „daß die imperialistische Außenpolitik der amerikanischen Regierung vorbestimmt sei und lediglich fremde Völker vom Joch der Tyrannei befreite“, vermerkt der „Länderbericht USA“ der Bundeszentrale für politische Bildung. (12)

Obama setzt die Tradition fort. Er knüpft an die „Überzeugung“ so vieler US-Amerikaner an. „Quasireligiöse Verklärung“ gehört bei ihm in etwas abgeklärter Form zum politischen Handwerk.

2008, vor der Siegesssäule in Berlin, beschwor der Präsidentschaftskandidat die Öffentlichkeit: „Dies ist der Moment, in dem wir zusammenkommen müssen, um den Planeten zu retten...Lasst uns mit einem Blick auf die Zukunft, mit Zuversicht in unseren Herzen uns an diese Geschichte erinnern, dem Schicksal antworten und die Welt wieder erneuern.“ (13)

In seiner Rede „Zur Lage der Nation“ im Februar 2009 deklarierte er: „Um den Extremismus zu bezwingen, müssen wir auch dafür Sorge tragen, die Werte aufrechtzuerhalten, die unsere Truppe verteidigen – weil es keine Kraft auf der Welt gibt, die mächtiger ist als das Vorbild der Vereinigten Staaten.“ (14)

In der Rede „Zur Lage der Nation“ im Januar 2011 führte er u.a. aus: „Das moralische Vorbild der Vereinigten Staaten muss all jenen, die sich nach Freiheit, Gerechtigkeit und Würde sehnen, stets ein leuchtendes Beispiel sein.“ (15)

Nach seiner Wiederwahl versprach er im Dezember 2012 als Ziel der neuen Wahlperiode: „Wir wollen ein Land übergeben, das sicher ist und in der ganzen Welt respektiert und bewundert wird. Ein Land, das vom stärksten Militär der Welt beschützt wird und von den besten Truppen der Welt.“ (16)

Obama hebt, wenn er vom „american exceptionalism“, von „amerikanischer Einzigartigkeit“ spricht, die Rolle und Stärke der Waffen hervor.

2. Kandidat im „Vorfeld“ der Preisverleihung

Als Obama im Dezember 2009 den Friedensnobelpreis erhielt, da wurde mancherorts dieser Akt als „Vorschuss“ und „Verpflichtung“ für künftige Friedenstaten ausgelegt. Versprochen hatte der neue Preisträger viel, sehr viel.

Nun hatte er allerdings, als er zur Preisverleihung nach Oalo kam, schon ein knappes Jahr seiner Präsidentschaft hinter sich gebracht. Und hatte begonnen, die Erwartungen von Millionen und aber Millionen hinsichtlich eines „Change“ in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA zu enttäuschen. Die verbalen Rundumschläge Bushs in der internationalen Politik gehörten zwar der Vergangenheit an. Die Entscheidungen und Taten des neuen Präsidenten bewiesen jedoch Kontinuität zur Bush-Politik.

Die Stunde der Wahrheit war gekommen. Errichtete Potemkinsche Dörfer wurden der Vergessenheit überlassen. Der Schachspieler Obama war in Aktion.

Die Enttäuschung begann für viele schon bei der Besetzung von Posten im Regierungsteam. Da war der neue, alte Verteidigungsminister Robert Gates. Er hatte bei Bush gedient. Obama nahm ihn in sein „Dream-Team“ auf.

Da war Hillary Clinton. Sie hatte als Senatorin für Bushs völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak gestimmt.

Da war James Jones, Chef der Marines. Der ehemalige oberste Kommandeur der militärischen Operationen gegen Afghanistan und Irak wurde Nationaler Sicherheitsberater.

Da war Susan Rice. Sie, die dem neokonservativen Think Tank Washington Institute for Near East Policy angehörte, unterstützte die Studie des Instituts, die sich für eine „präventive Militäraction der USA und Israels gegen Iran aussprach. Bei Obama wurde sie US-Botschafterin bei der UNO. Sie wurde zugleich Kabinettsmitglied.

Sein „Team für die nationale Sicherheit“ lobte der US-Präsident: „Sie teilen meinen Pragmatismus zum Einsatz von Macht und meine Meinung über Amerikas Rolle als ein Führer in der Welt.“

Die „New York Times“ beurteilte die Dinge anders. Obama habe ein Team vorgestellt, das sich aus „Veteranen des Kalten Krieges“ und „politischen Falken“ zusammensetze.

Die Handlungen der neuen Administration bestätigten diese Einschätzung.

Entsprechend der „Neuen Afghanistan-Strategie“ Obamas eskalierte der Militäreinsatz am Hindukusch. Eine Woche vor der Preisverleihung an Obama wurden 30.000 GI's zusätzlich nach Afghanistan geschickt. Auf 100.000 Soldaten wurden dadurch die US-Einsatzkräfte aufgestockt. Der US-Präsident und Oberbefehlshaber wollte den verlorenen Krieg, den er zur „Schlüsselfrage der nationalen Sicherheit“ erklärt hatte, doch noch gewinnen.

Das Kabinett beantragte beim Kongress zusätzliche 83,4 Milliarden Dollar für die Kriegseinsätze in Irak und Afghanistan. Unter Obama erreichte der Militärhaushalt mit 680 Milliarden Dollar Rekordhöhe in der Geschichte der USA.

Und hier einige weitere Beispiele der Aktivitäten des neuen Präsidenten:

Die Sanktionen gegen Kuba und Iran wurden – wie von früheren Kabinetten – fortgesetzt. Im „Kampf gegen den Terrorismus“ wurden die Sicherheitsbestimmungen im internationalen Flugverkehr für US-Flughäfen drastisch verschärft. Ein Reihe von Ländern steht auf der Liste der Verdächtigen: Iran, Syrien, Kuba und Sudan sowie Afghanistan, Algerien, Irak, der Libanon, Libyen, Somalia und Jemen. (17)

Die mit der NATO-Osterweiterung gegen Russland gerichtete Einkreisungspolitik wurde weiter betrieben.

In Südamerika wurde eine Politik zur Destabilisierung von Staaten intensiviert, die ihre Unabhängigkeit verteidigen.

In dem seit Jahren von den Westmächten vorgetragenen Streit über die Atompolitik Irans gab Obama unzweideutig zu verstehen: „Ich habe ganz klar gesagt, dass ich hinsichtlich Irans keine Option vom Tisch nehme.“

Nach einem knappen Jahr seiner Präsidentschaft war von Obamas „Change“ nichts mehr zu hören. Der von ihm zu Beginn seine Präsidentschaft angekündigte „Pragmatismus im Gebrauch der Macht“ war gegenständlich geworden. Geprägt von den hegemonialen Zielen des US-Imperialismus als „Weltführer“. Kommentar der linksgerichteten Zeitschrift „The Nation“ :“Dies ist nicht der fundamentale Wandel. Aber niemand, der aufmerksam den Wahlkampf Obamas verfolgte, dachte, dass es um einen fundamentalen Wandel geht.“ (18)

Die Erwartung , der Friedensnobelpreisträger werde als US-Präsident die Auszeichnung als „Vorschuss“ und „Verpflichtung“ begreifen, erwies sich als Illusion.

3. Um eine „Neue Weltordnung“

Der Präsident der USA hat die Interessen der herrschenden Kräfte des Landes zu vertreten. Dieses eherne, ungeschriebene Gesetz gilt auch für Obama. Würde er gegen dieses Gesetz handeln, wäre er ein toter Mann. Wie seine Vorgänger hat er die Führungsrolle der USA in der Welt zu gewährleisten. Wenn er sagt, es gehe um die „Erneuerung der Welt“, so heißt das,

die nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa grundlegend veränderte Weltsituation für den Ausbau der Macht des US-Imperialismus maximal zu nutzen. Und vor allem, so eine Schlussfolgerung seiner Think Tanks, nie wieder Rivalen wie die Sowjetunion zuzulassen. Zunächst aber war der Feind abhanden gekommen und es galt ein neues Feindbild zu prägen. Der US-Militär-Industrie-Komplex (MIK) brauchte ja nach dem Zu-Tode-Rüsten der UdSSR neue Aufgaben und neue Aufträge.

Die kapitalistischen Massenmedien mit ihrer verheerenden Wirkung auf das geistige Vermögen der Menschen sind nun im besonderen Maße gefragt. Sie werden mitunter als „vierte Macht“ im Staate bezeichnet. Nicht selten fungieren sie als „erste Macht“, wenn es gilt, in Dauerkampagnen gewichtige temporäre Ziele der herrschenden Kräfte in der Öffentlichkeit so „plausibel“ zu machen, dass sie reif sind zur Durchsetzung.

Gleich nach dem Untergang der Sowjetunion entstand die erste Version des Defense Planning Guidance für die Jahre 1994 – 1999 – ein „No Rivals Plan“ zur Verhinderung konkurrierender Mächte in Europa und Asien. „Diese Leitlinien zur Verteidigungsplanung befassen sich mit der grundlegend neuen Situation, die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion geschaffen wurde.“ (19)

Die „Leitlinien“ prognostizieren „künftige regionale Bedrohungen“: „Solche Bedrohungen werden wahrscheinlich in Regionen entstehen, die für die Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten entscheidend sind, darunter Europa, Ostasien, der Nahe Osten und Südwestasien sowie das Gebiet der früheren Sowjetunion. Auch in Lateinamerika, Ozeanien und Afrika südlich der Sahara stehen für uns bedeutende Interessen auf dem Spiel.“ Es werde „für die USA darum gehen, der Beherrschung von Schlüsselregionen durch eine feindliche Macht zuvorzukommen.“ (20) Der Aktionsradius war global abgesteckt.

Die „Leitlinien“ wurden mit unwesentlichen Änderungen Gesetz des Handelns. In Europa wurde mit Hilfe der NATO das „Bedrohungsselement“ Jugoslawien mit völkerrechtswidrigem Krieg ausgeschaltet. Im Zuge der NATO-Osterweiterung rückte das transatlantische Bündnis bis an die Grenzen Russland vor und betrieb weiterhin intensiv dessen Einkreisung.

Clinton „entdeckte“ die sogenannten Schurkenstaaten als die die Sicherheit der USA „bedrohenden“ neuen Feinde. Die Administration des George W. Bush verschärfte den Kurs gegen die „Schurkenstaaten“. Obwohl die USA und keiner ihrer Verbündeten von einem Überfall durch einen anderen Staat bedroht waren. Bush führte in seiner Antrittsrede u.a. aus: „Wir werden Aggression und bösem Willen mit Entschlossenheit und mit Stärke entgegentreten.“

Als am 11. September 2001 der verbrecherische Anschlag auf das World Trade Center erfolgte, prägte die Bush-Administration das seitdem verwandte Deutungsmuster: Die Weltlage habe sich grundlegend verändert. Sofort wurden die vermeintlichen Angreifer, die Täter bestimmt. Bin Laden wurde genannt. Al Qaida wurde genannt. Schlüssige, überzeugende Beweise wurden nicht vorgelegt. Bis heute gibt es kein ordentliches Gerichtsverfahren gegen hauptsächlich Verdächtige bzw. Bezichtigte.

Die Diskussionen und Spekulationen über Hintergründe und Hintermänner des Anschlags dauern an. Ob jemals die Wahrheit ans Tageslicht kommt ist fraglich.

Entscheidend für die damalige US-Administration wie auch für nachfolgende ist:

Ein neues Feindbild war geschaffen - der Terrorismus und die damit abgeleitete „Legitimation“ zur Führung von Kriegen und verdeckten Aktionen. „Für mich reduziert es sich ganz klar auf einen Konflikt zwischen Gut und Böse,“ dozierte George W. Bush. Und vor dem Kongress eröffnete er dann unter stehenden Ovationen seiner Mitglieder: „Amerikaner sollten nicht eine einzige Schlacht erwarten, sondern einen langen Feldzug, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben.“

Schrittweise wurde das Feindbild präzisiert. Die „Teroristen-Netzwerke“ wurden schließlich von Bush als „Achse des Bösen“ ausgemacht. „Staaten wie diese und ihre terroristischen Verbündeten“, so „erläuterte“ er in seiner ersten Rede zur Lage der Nation, „bilden eine Achse des Bösen“. Irak, Iran und Nordkorea wurden ihr zugeordnet. Bald darauf sickerte durch: Auch Libyen, Syrien, China und Russland seien Verdammte dieser Erde!

„Das Böse, das sie (die „Achse“, d. Verf.) gegen uns aufgebaut hat, wird die 'neue totalitäre Bedrohung' genannt“, definierte Bush vor dem Deutschen Bundestag.

Die Termini waren gesetzt. Wer und was das Böse ist, gegen wen jeweils zu Felde gezogen wird, bestimmt in der „Neuen Weltordnung“ die US-Führungsmacht.

4. Frieden und Sicherheit a la Washington

Obama hatte, was Frieden und Sicherheit auf der Welt angeht, enorme Erwartungen

geweckt.

So beispielsweise – noch als Präsidentschaftskandidat – in seiner Rede vor über fünf Jahren vor der Berliner Siegessäule: „Dies ist der Moment, in dem wir das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen erneuern müssen.“ (21)

So in seiner Prager Rede am 5. April 2009, als er die moralische Verpflichtung seines Landes, das als einziges Atomwaffen eingesetzt hat, erwähnte: „Deshalb bekunde ich heute klar und mit Überzeugung Amerikas Verpflichtung nach Frieden und Sicherheit in einer Welt ohne Atomwaffen.“ (22)

So in seiner Kairo-Rede am 4. Juni 2009: „Ich verstehe jene, die protestieren und sagen, dass einige Länder Waffen besitzen, die andere nicht haben. Kein einzelnes Land sollte aussuchen dürfen, welche Atomwaffen besitzen dürfen. Aus diesem Grund habe ich das Bekenntnis der Vereinigten Staaten maßgeblich gestärkt, auf eine Welt hinzuarbeiten, in der kein Land Atomwaffen besitzt.“ (23)

So in seiner Rede über die Lage der Nation am 9. Oktober 2011, in der er wiederholte, es sei Teil der Bemühungen der USA, „eine Welt zu schaffen, die Frieden und Wohlstand fördert.“ (24)

Worte können so billig wie Brombeeren sein, sagt der Volksmund. Obama hatte die Worte wohl gesetzt. Um das Trugbild, „Teil der Bemühungen der USA“ sei es, „eine Welt zu schaffen, die Frieden fördert“ aufrechtzuerhalten.

Was in den Massenmedien keine Schlagzeilen machte, das war der Klartext, den Obama in seiner Dankesrede nach Verleihung des Friedensnobelpreises im Dezember 2009 in arroganter Weise formulierte: „Ich bin verantwortlich für die Entsendung Tausender junger Amerikaner in ein fernes Land. Einige von ihnen werden töten. Andere werden getötet werden,“ bekennt er. Und weiter; „Ich bin nicht hergekommen, um hier eine Lösung für die Probleme des Krieges anzubieten... Wir müssen uns eingestehen, dass wir gewaltsame Konflikte zu unseren Lebzeiten nicht ausmerzen werden. Es wird Zeiten geben, in denen Nationen – einzeln oder gemeinsam – die Anwendung von Gewalt nicht nur für notwendig, sondern auch für moralisch gerechtfertigt halten... Ich sehe die Welt, wie sie ist, und kann nicht tatenlos dastehen, wenn das amerikanische Volk bedroht wird.“ (25)

Machthaber MIK

US-Präsident Dwight D. Eisenhower, Militär, Oberbefehlshaber im Zweiten Weltkrieg, hatte in seiner Abschiedsrede im Januar 1961 seine Erfahrungen sprechen lassen:

„Die Verbindung eines riesigen Militär-Establishments mit seiner gewaltigen Rüstungsindustrie ist eine neue Erscheinung in der Geschichte Amerikas. Der Einfluss – ökonomisch, politisch, sogar geistig – ist spürbar in jeder Stadt, jedem Bundesstaat, jedem Regierungsbüro. Vor allem in den Gremien unserer Regierung müssen wir uns vor der bewussten oder unbewussten Übernahme unberechtigter Machtbefugnisse durch den Militär-Industrie-Komplex schützen. Denn das Potenzial für ein unheilvolles Anwachsen von Macht am falschen Ort besteht und stabilisiert sich.“ (26)

Eine präsidentiale Warnung und Mahnung, die Seltenheitswert besitzt.

Eisenhower sprach seine Warnung vor über einem halben Jahrhundert aus. Seine Nachfolger zogen keine Schlussfolgerungen aus dieser Warnung. Weil sie durch das „unheilvolle Anwachsen von Macht“ des Militär-Industrie-Komplexes (MIK) Getriebene wurden oder gefällige Ausführende der Interessen des MIK waren.

Seit Eisenhower Präsidentschaft haben die USA-Administrationen, dem Willen des MIK gemäß, Dutzende von Kriegen geführt.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Kriege in aller Welt sprunghaft gestiegen. 2011 wurde ein Höchststand seit 1945 erreicht. Die Forscher des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIK) erfassten in ihrem „Conflict Barometer“ 38 „hoch gewaltsame Konflikte“. 20 dieser Konflikte erreichten die höchste Intensitätsstufe des Krieges. Ein Jahr zuvor hatten die Forscher nur sechs bewaffnete Konflikte als Kriege eingestuft.

Eine Analyse des erwähnten Friedensforschungsinstituts lässt erkennen, dass die NATO-Staaten, darunter Deutschland, an der überwiegenden Mehrzahl der Waffengänge mit eigenen Truppen als Aggressoren beteiligt sind oder als Stellvertreter vor Ort befeuern. Schwerpunkte sind die Staaten der arabischen Welt sowie Afrikas südlich der Sahara, die wegen ihrer Ressourcen oder aufgrund ihrer geostrategischen Lage im Mittelpunkt westlicher Interessen stehen. (27)

Die vor allem von der US-Administration angeführten Weltordnungskriege machten vor allem Libyen, Jemen und schließlich Syrien zu blutigen Schlachtfeldern. Der US-Sprachwissenschaftler Noam Chomsky sagt, „Das Verbrechen ist ein Geschenk für die chauvinistische, hurrapatriotische Rechte, für alle jene, die nur darauf warten, Gewalt einsetzen zu können, um ihre Interessen zu schützen.“ (28)

Der Publizist und ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Todenhöfer stellte fest: „Wo immer die USA ‚Kriege gegen den Terror‘ führen oder fordern, geht es um ganz andere Dinge. In Afghanistan um die zentrale geostrategische Position in Asien, im Irak um Öl und im Konflikt mit dem angeblich nuklearsüchtigen ‚Terrorstaat‘ Iran um die Vorherrschaft im Mittleren Osten. Fast immer ist das Ziel die Durchsetzung imperialer Interessen der USA.“ (29)

Boeing und Lockheed warten auf neue Aufträge, auf weitere Mittel, auf höhere Renditen.

Die Interessen von Lockheed Martin, Northrop Grumman und Raytheon werden geschützt. Die Exportquoten stimmen ebenso wie die Renditen. Der streitbare amerikanische Schriftsteller Gore Vidal schildert die Wirkungsweise des MIK, wenn er sagt: „Die Führung der Vereinigten Staaten, die Eigentümer dieses Landes müssen jedoch Kriege führen, sonst bekommen sie nicht das nötige Geld für das Pentagon, Summen, die dann an Boeing und Lockheed weitergereicht werden. Es ist also sehr wichtig, dass wir Feinde haben. Deshalb erschaffen wir immer neue.“

2008, im Jahr des Wahlsieges von Obama, wurden Rüstungsgüter im Werte von 37,8 Milliarden Dollar exportiert. 2011 betrug diese Summe 66,3 Milliarden Dollar.

Die Zerstörungskräfte erheischen Anwendung, Einsatz.

Die vom MIK der USA befeuerten Kriegseinsätze reflektieren sich auch in den

Rüstungsetats.

2008 wurden für Rüstung und Kriegsführung 618,9 Milliarden Dollar verpulvert. 2011 waren es 698 Milliarden Dollar. 2012 waren offiziell nur noch 662 Milliarden Dollar eingeplant. Obama muss auf Grund der Krisenfolgen innerhalb von zehn Jahren 450 Milliarden Dollar einsparen. 2012 wurde mit dieser Maßnahme begonnen.

Dazu ist mehrererlei zu bemerken.

Die USA werden durch Obamas Sparprogramm nicht etwa friedfertig.

Rüstungsausgaben sind üblicherweise – und zwar in allen Staaten - auch in anderen Haushaltsposten versteckt. So sind in den USA beispielsweise Mittel für die Forschung und Entwicklung von Nuklearwaffen im Etat des Energieministeriums untergebracht. Angriffswaffen werden zunehmend durch Drohnen ersetzt, die Truppen und Ausrüstungen einsparen.

Üblich geworden ist auch die Praxis, in das Kriegsgeschehen und in die Lösung von Aufgaben im jeweiligen Okkupationsregime private Militär- und Geheimdienstfirmen einzubeziehen. Diese Verfahrensweise entlastet den Etat des sogenannten Verteidigungsministeriums. So überstieg im Irakkrieg die Zahl privater Dienstleister, die im Auftrag Washingtons militärische und geheimdienstliche Aufgaben übernommen hatten, die Zahl der dort stationierten US-Soldaten, die bei 160.000 lag. (30)

Und nicht zuletzt zwingt die hohe Staatsverschuldung Obama zu Sparmaßnahmen. Bei Clinton betrug diese Verschuldung 5,8 Billionen Dollar. Am Ende der Präsidentschaft von G.W. Bush war sie auf 10,8 Billionen angewachsen. In diesem Jahr beträgt sie bei Obama, offiziellen Angaben zufolge, 17,6 Billionen Dollar.

Das Wirken des MIK ist zerstörerisch für die Gesellschaft.

Unvorstellbare Vernichtungskraft bleibt

Das von Obama verbal genannte Ziel einer atomwaffenfreien Welt, steht seit Anfang der 1950er Jahre im Zentrum des Ringens der Weltfriedensbewegung. Davon geprägt war stets der Kampf der Friedensbewegten. Erste Schritte zur Abrüstung erfolgten seinerzeit im Ergebnis von Initiativen der sozialistischen Länder.

Heute lagern 23.000 Atomwaffen auf unserem Erdball. Über 22.000 verfügen die USA und Russland. Etwa 1.000 verteilen sich auf Frankreich, Großbritannien, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea.

Ende 2009 lief der 1991 zwischen der UdSSR und den USA geschlossene START-II-Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen aus. Die USA hatten diesen Vertrag, wie auch den Atomteststopp-Vertrag, noch nicht einmal ratifiziert.

Im April 2009 nahmen die Präsidenten der beiden Vertragspartner bilaterale Gespräche über ein neues Abkommen auf. Medwedjew und Obama vereinbarten eine Absichtserklärung. Danach sollten die Arsenale künftig auf jeweils 1.500 bis 1.675 Sprengköpfe und 500 bis 1.100 Trägermittel reduziert werden. Russland erklärte die Bereitschaft, seine Sprengköpfe auf 1.300 zu verringern.

Medwedjew erweiterte kurze Zeit später die Überlegungen der Sowjetunion:

“Es muss auch um Interkontinentalraketen, um ballistische U-Boot-Raketen und schwere Kampfbomber gehen, die atomare Waffen transportieren können.“ (31)
Die russische Seite verwies zugleich auf Hemmnisse, die die Verhandlungen über einen Nachfolgevertrag erschwerten. Die FAZ vermerkte:“In erster Linie handelt es sich dabei um die von Russland vehement abgelehnten Pläne der Amerikaner zur Stationierung von Elementen des Raketenschildes in Ostmitteleuropa. Russland sieht in diesen Plänen die Gefahr der Entwertung seines nuklear-strategischen Abschreckungspotentials.“ (32)

Im April 2010 wurde der neue Vertrag, auch START-II genannt, unterzeichnet. Um knapp ein Drittel soll die Anzahl der strategischen Nuklearwaffen beider Seiten verringert werden. Die beiden Mächte verfügen mit 20.400 Atomsprengköpfen weiterhin über 90 Prozent der auf der Welt vorhandenen Nuklearwaffen. Die USA und Russland behalten jeweils 1.550 strategische Atomsprengköpfe. Das Gesamtpotential der verbleibenden Waffen besitzt die 150.000fache Vernichtungskraft der US-amerikanischen Hiroshima-Bombe. Diese Vernichtungskraft reichte aus, um täglich über 100 Jahre lang einhundert Hiroshima-Bomben zur Explosion zu bringen.

Kein Durchbruch zu atomwaffenfreier Welt

Der Inhalt von Start-II bedeutet keinen Durchbruch auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt.

Erstens enthält der Vertrag keinerlei Stopp oder Beschränkungen für die Stationierung einer NATO-Raketenabwehr. Ihr Aufbau wird weiterhin intensiv von den USA betrieben. Für Russland wird dadurch die bisher geltende gegenseitige Abschreckung gegenstandslos. Die USA wollen sich mit der Stationierung des Raketenschuttschildes unverwundbar machen und zugleich die Fähigkeit schaffen, militärische Schläge gegen welchen Gegner auch immer führen zu können. US-Außenministerin Clinton versicherte, die Unterzeichnung des Vertrages habe keinen Einfluss auf die geplante Raketenabwehr. Die ehemaligen nuklearen Trägersysteme sollen überdies nicht verschrottet, sondern mit konventionellen Sprengköpfen ausgerüstet werden.

Zweitens hat die US-Administration ein 92-Milliarden-Dollar-Programm zur Modernisierung der bestehenden strategischen Trägersysteme und der Sprengköpfe aufgelegt. Die Stärke der nuklearen Sprengladungen soll verändert werden. Die Waffen sollen mit steuerbaren Heckflossen versehen werden. (33) Modernisiert werden auch die nuklearfähigen Jagdbomber der US-Luftwaffe. US-Verteidigungsminister Gates bekannte, es sei wichtig, weiterhin in die Modernisierung der atomaren Infrastruktur zu investieren, um Ressourcen für eine längere Funktionstüchtigkeit zu erhalten. Drittens werden neuartige bunkerbrechende Waffen entwickelt. Das Pentagon spricht von einer 30.000 Pfund schweren Bombe. Sie könne sich durch das Erdreich graben und „Einrichtungen von feindlichen Staaten“ zerstören, die dem Bau von Massenvernichtungswaffen dienen“, erläuterte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums Morrell.

Viertens behalten sich die USA das Recht auf den Erstschlag mit Atomwaffen vor. Der Ersteinsatz bleibt fester Bestandteil der Nuclear Posture Review (NPR), dieser von Obama auf den Weg gebrachten Doktrin. Das Erstschlagsrecht gilt – im Rahmen der „globalen Abschreckung – auch für das neue Konzept „NATO 2020“. Die frühere US-Außenministerin Albright, die wesentlich daran mitgearbeitet hatte, meinte:

“Die Allianz muss in dieser Zeit der Unberechenbarkeit des 21. Jahrhunderts beweglich und effizient sei, um weit entfernt agieren zu können.“ (34)

Fünftens lehnt die US-Administration es ab, ihre während des Kalten Krieges in Europa eingerichteten Atomwaffenarsenale aufzulösen und abzuziehen. Es handelt sich dabei um 150 bis 200 Bomben, die in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei stationiert sind.

Russland hat sich mit einer einseitigen Erklärung das Recht vorbehalten, aus dem Vertrag auszusteigen, sollte sich das von Obama in modifizierter Form betriebene Raketenabwehrsystem als Bedrohung seiner Sicherheit und des nuklearen Gleichgewichts erweisen.

Obama hatte in seiner Prager Rede den „Freiraum“ abgesteckt, in dem er seine „Vision“ von einer atomwaffenfreien Welt eingebettet sehen will: “Solange es diese Waffen gibt, werden die Vereinigten Staaten ein sicheres und wirksames Arsenal zur Abschreckung potenzieller Feinde aufrechterhalten und die Verteidigung ihrer Verbündeten garantieren.“ (35)

Aus dem Kommentar einer bürgerlichen Zeitung zum Start-II-Vertrag: “Eine Taube ist dieser US-Präsident nicht. Obama treibt die Entwicklung von konventionellen Langstrecken-Waffen voran, die Militärschläge gegen jeden erdenklichen Ort der Welt ermöglichen sollen. Zugleich will er die USA und ihre Verbündeten durch Raketen Schutzschilde abschirmen, damit sie ihrerseits weniger leicht angreifbar werden. Obama hält es nur in dieser Kombination für möglich, das Gewicht der Atomwaffen im militärischen Gesamtkonzept zu verringern. Doch beides sind Rüstungsprojekte, durch die sich die anderen Großmächte – Russland, China – in ihren Sicherheitsinteressen gefährdet fühlen.“ (36)

II

„No-Rivals“-Plan“ als Aktionsplan

Die Welt mit der Brille des MIK betrachtet, bringt China und Russland ins Visier. George W. Bush hatte China und Russland schon als strategische Gegner eingestuft. Der „No Rivals“-Plan lag dieser Wertung und Einstufung zugrunde. Obama beweist auch in diesem Punkt Kontinuität. Der MIK der USA kann mit dem Mann im Weißen Haus zufrieden sein.

1. Neuauflage der „Gelben Gefahr“?

US-Strategen haben in den zurückliegenden Jahren wiederholt davon gesprochen, dass das 21. Jahrhundert von der Rivalität zwischen den USA und China geprägt sein werde. US-Strategen bezeichneten China zuweilen als „Sowjetunion des 21. Jahrhunderts“. Mitunter wurde auch geäußert, dass der Pazifische Ozean das Feld großer militärischer Operationen sein werde. Vertreter des US-Militär-Industrie-Komplexes vertraten die Meinung, die Konstituierung der Volksrepublik China im Jahre 1949 sei für die westliche Welt keineswegs als „Verlust“ abzuschreiben, also nicht als endgültig zu bewerten.

Die heutige Realität besagt, dass die Wirtschafts- und Finanzmacht der USA angegriffen ist und schwächelt. Ihr Militärhaushalt ist unverhältnismäßig aufgebläht. Das Kräfteverhältnis verändert sich zugunsten Chinas. Zur Verdeutlichung: 2003 war das BIP der USA achtmal so groß wie das chinesische. Zehn Jahre später ist es nur noch drei Mal so groß. Die Volksrepublik China erweist sich als aufstrebende Wirtschafts- und Regionalmacht. Mit etwa einer Billion Dollar stehen die USA bei China in der Kreide.

Chinas Aufstieg und seine Rolle in der Weltwirtschaft, in der globalen Konkurrenz, wird von US-Hardlinern als „Bedrohung“ gesehen.

Der „No Rivals“-Plan hatte eindeutig festgelegt: „Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen.“ (1)

Während Clinton China noch als „strategischen Partner“ sah, stufte George W. Bush es als „strategischen Konkurrenten“ und später als „strategischen Gegner ein.

Anstelle der „Einbindung“ (engagement) Chinas trat die „Eindämmung“ (containment).

Rainer Rupp erläuterte in „Junge Welt“ die Wiederherstellung der US-Dominanz in Asien am Beispiel einer Studie von Thomas Wright von der Denkfabrik „Chicago Council on Global Affairs“. Danach habe „Chinas offensive Außenpolitik“ die Weltansicht der Obama-Administration in Frage gestellt. „Im ersten Jahr seiner Amtszeit habe Obama eine zweigleisige Außenpolitik verfolgt, einerseits die Politik des kooperativen strategischen Engagements zur Schaffung von Partnerschaften mit Staaten, die sich innerhalb der internationalen Ordnung bewegen. Andererseits habe sie darauf gezielt, ‚mit Krieg, Eindämmung und diplomatischen Erpressungen gegen Staaten und Gruppen wie die Taliban und Nordkorea vorzugehen‘, die angeblich die

internationale Ordnung zu zerstören suchen. Positives Engagement mit China, so Wright, habe dabei im Mittelpunkt des ersten Ansatzes gestanden, wobei Washington angenommen habe, es könne die anderen großen Mächte, insbesondere China und Brasilien, ‚voll in die US-geführte, internationale Ordnung integrieren‘. In dieser ‚Multi-Partner-Welt‘, wie es die US-Außenministerin Hillary Clinton formuliert habe, könnten dann die Vereinigten Staaten ‚ihre einzigartige Rolle ausspielen‘:

Da auch China eine bedeutende Rolle in diesem Konzept zugeordnet gewesen sei, habe die Obama-Administration ‚hart gearbeitet, um den strategischen und wirtschaftlichen Dialog mit Peking zu vertiefen und der Volksrepublik mehr Einfluss in der internationalen Ordnung anzubieten...Aber anstatt das Angebot einer vollen Partnerschaft zu akzeptieren‘, empörte sich Wright, sei China ‚auf der Weltbühne viel antagonistischer und entschlossener geworden.‘ Es habe seine Ansprüche im Südchinesischen Meer ausgeweitet, einen großen Konflikt mit dem US-Unternehmen Google vom Zaun gebrochen, beim Klimagipfel in Kopenhagen die Rolle des Spielverderbers gespielt, regelmäßig und öffentlich die Führerschaft der USA kritisiert und wiederholt versucht, die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats gegen Iran zu verwässern. Letztlich habe Peking in den Vereinigten Staaten ‚eine im Niedergang begriffene Macht gesehen und die Gelegenheit für China nutzen wollen.‘

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hätten ‚die regionalen Verbündeten und Partner der USA ihre Sorgen nicht länger unterdrückt und Washington aufgefordert, die traditionelle Führungsrolle in der Region (Asien) wiederherzustellen.‘ Da China zunehmend gezeigt habe, dass es ‚einfach nicht mehr an einer vollen Teilhaberschaft in der US-geführten internationalen Ordnung interessiert ist‘, sei die US-Regierung ‚gezwungen gewesen, mit einer neuen Außenpolitik zu antworten‘, die ‚auch nicht davor zurückscheut, bei der Verfolgung amerikanischer Interessen China zu verärgern‘. Ganz ungeschönt“, so Rupp, „hat diese nur das eine Ziel: Wiederherstellung der US-Dominanz in Asien.“ (2)

Obama versuchte es zunächst mit der Strategie „Wandel durch Annäherung“. Er setzte darauf, China in Washingtons Weltordnungspolitik einbinden zu können. Ohne Erfolg.

US-Präsenz mit „Top-Priorität“

In dem Strategiepapier des Pentagon „Sustaining U.S. Global Leadership. Priorities for 21st Century“, das Obama Anfang 2012 vorstellte, wird u.a. gesagt: „Auf lange Sicht enthält Chinas Aufstieg zu einer Regionalmacht das Potenzial, die US-Wirtschaft und unsere Sicherheit in mehrfacher Hinsicht zu beeinflussen...Die Vereinigten Staaten werden auch weiterhin die erforderlichen Investitionen vornehmen, um sicherzustellen, dass wir den Zugang zur Region und die Fähigkeit zum freien Operieren im Rahmen unserer vertraglichen Verpflichtungen und des internationalen Rechts behalten...Die wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen der USA sind unlösbar verbunden mit den Entwicklungen im Bogen, der sich vom westlichen Pazifik und Ostasi-

en bis in den Indischen Ozean und Südasien spannt, was eine Mischung von sich entwickelnden Herausforderungen und Chancen schafft.“ (3) Umschrieben, angedeutet ist hier das umfangreiche Stützpunktsystem, das die USA in diesem „Bogen“ geschaffen haben. Es sind aber auch die seit langem existierenden Auseinandersetzungen zwischen Anrainerstaaten um territoriale Ansprüche über unzählige unbewohnte Inseln im Südchinesischen Meer, unter denen es allerdings bedeutende Lagerstätten von Gas und Öl geben soll. China zählt zu den Staaten, die territoriale Ansprüche geltend machen, und es verlangt Sicherheit für sein Umfeld. Washington hat in dem Streit wiederholt ein Mitspracherecht eingefordert und will als „Ordnungsmacht“ fungieren. Hillary Clinton erklärte in diesem Zusammenhang: „Die Vereinigte Staaten haben ein nationales Interesse an der Freiheit der Schifffahrt und an ungehindertem rechtmäßigem Handel.“ Bei anderer Gelegenheit führte sie im Herbst 2011 aus: „Die Zukunft der Politik wird in Asien entschieden werden, und die Vereinigten Staaten werden direkt im Zentrum des Geschehens sein.“ (4)

Obama startete im Herbst 2011 eine strategische Großkampagne in Asien. Angesichts der angegriffenen Finanz- und Wirtschaftsmacht USA war jetzt von Asien als dem „Epizentrum des Weltwirtschaftswachstums“ die Rede. Immerhin leben in der asiatisch-pazifischen Region 40 Prozent der Weltbevölkerung. Aus 21 nationalen Wirtschaften kommen 55 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Diese Länder wickeln 44 Prozent des Welthandels ab.

Die Zukunft der Weltpolitik werde nicht in Afghanistan oder Irak bestimmt, konstatierte Hillary Clinton in „Foreign Affairs.“ Obama verkündete am 17. November 2011 vor dem australischen Parlament, er habe „eine wohlbedachte strategische Entscheidung getroffen: Als pazifische Nation werden die Vereinigten Staaten eine größere, langfristige Rolle in der Gestaltung dieser Region und ihrer Zukunft spielen.“ Er habe sein „nationales Sicherheitsteam angewiesen, unsere Präsenz und unsere Missionen im asiatischen Pazifik zur Top-Priorität zu machen. Infolgedessen werden Kürzungen unserer Verteidigungsausgaben nicht auf Kosten des asiatisch-pazifischen Raums gehen.“ Seine Entscheidung sei „ein unmissverständliches Signal“, dass in den USA die Besorgnis gegenüber den chinesischen Absichten im Wachsen sei. Die USA begrüßten zwar den Aufstieg Chinas, aber nur unter der Voraussetzung, „dass sie sich an die Verkehrsregeln halten.“

„Der Spiegel“ in einem Beitrag zur Asien-Politik der gegenwärtigen US-Administration: „Der Demokrat (Obama) ...möchte Amerika nun den schlaun Krieg der Zukunft bescheren –und das Hauptaugenmerk der Militärmacht auf Asien richten. Schon im November (2011) hatte Obama angekündigt, Amerika werde künftig eine pazifische Supermacht werden. ‚Wir sind hier, um zu bleiben‘, sagte der Präsident vor dem australischen Parlament...Dass China der neue Herausforderer der Supermacht USA sein wird, ist für die Amerikaner eine unabwendbare Tatsache.“ (5)

Bedrohungslegende und US-„Verteidigungsstrategie“

Der militärische Faktor spielt bei der vom US-Imperialismus angedachten „Gestaltung

dieser asiatischen Region“ eine entscheidende Rolle. Ein entsprechendes Feindbild – eine Neuauflage der „Gelben Gefahr“ - existiert seit langem. Kampagnenmäßig schüren US-Massenmedien Ängste vor einer von China ausgehenden „Bedrohung“. Anfang dieses Jahrzehnts in den USA durchgeführte Umfragen ergaben, dass über zwei Drittel der Bürger des Landes sich von China „wirtschaftlich bedroht“ fühlen. Jeder zweite Bürger meint, von China gehe auch eine „militärische Gefahr“ aus. Insofern erschien es gerechtfertigt, dass die Bush-Administration fünf Tage lang das bisher größte Weltraummanöver inszenierte. Ein Planspiel, in dessen Verlauf auch Angriffe auf Satelliten computersimuliert wurden. Im Jahre 2017 bekämpfte demnach die Supermacht „Blau“ den aufstrebenden Rivalen „Rot“ (China). Die US-Streitkräfte verfügten in diesem Kampf über einen Raketenschirm sowie über Raumgleiter, die schnell neue Satelliten in den Weltraum bringen konnten. Selbstverständlich blieb die Supermacht „Blau“ überlegen.

Auch die NATO wurde in die „Verteidigungsplanung“ einbezogen. Der ehemalige deutsche Chef des NATO-Militärausschusses, Neumann, ließ 1997 wissen, dass künftige NATO-Aktivitäten auch unter dem Aspekt westlicher China-Strategie geplant und realisiert würden. Sicherheit sei für die NATO „ohne Zweifel eine Frage globaler Sicherheit...Beurteilungen anzustellen, ohne einen Blick auf den erwachenden Giganten in Asien zu werfen“, sei leichtfertig.

Der neokonservative US-amerikanische Militärtheoretiker Robert Kaplan forderte 2005 in der „Washington Post“ eine Umstrukturierung der NATO, um sie zu befähigen, den nächsten Krieg mit China führen zu können. (6)

Peking reagierte auf die in den vergangenen Jahren aggressiver werdenden Handlungen der US-Administrationen mit der Reformierung seiner Armee. Unter dem Motto „Aktive Verteidigung“ wurde und wird Nachholebedarf für die Streitkräfte realisiert. Der dafür aufgewandte, tendenziell steigende Aufwand an finanziellen Mitteln stand zwar in keinem Verhältnis zu den Dimensionen des Pentagon-Etats. Er wurde jedoch von westlicher Politik und Massenmedien als „bedrohlich“ hochstilisiert. Der Aufwand für Chinas Armee betrug 2010 etwa nur ein Neuntel der Ausgaben des Pentagon. (7)

Der Oberkommandierende der US-Streitkräfte Pazifik, Admiral Robert Willard, alarmierte das Pentagon: China verfüge über eine neuentwickelte Antischiffsrakete. Sie gefährde die militärische Dominanz der USA aufzubrechen. Die ballistische Rakete drohe Flugzeugträger direkt anzugreifen. Also jene Waffe, mit der die USA bisher überall in der Welt demonstrierten. (8)

In jüngster Zeit wird China von Washington beschuldigt, Cyberangriffe auf politische, wirtschaftliche und militärische Einrichtungen in den USA zu führen. Peking wies die Anschuldigungen zurück. Es hielt den USA – noch vor Snowdens Enthüllungen - vor, staatlich finanzierte Hacker-Heere zu unterhalten, die chinesische Computer-Systeme angreifen. Der Internet-Experte der Pekinger Universität für Luftfahrttechnik, Liu Jianwei, erklärte, „dass seit 2011 rund 10.500 chinesische Webseiten Opfer von Hacker-Angriffen geworden seien. Ein Drittel der Attacken sei aus den USA gekommen.“ (9)

„Feuerring“ um China

In seiner „Rede zur Lage der Nation“ am 12. Februar 2013 ging Obama so weit, China – ohne es direkt zu nennen – zum Feind zu erklären: „Wir wissen, dass fremde Länder und Organisationen sich der Geheimnisse unserer Unternehmen bemächtigen wollen. Nun versuchen unsere Feinde auch noch, die Fähigkeit zu erwerben, unsere Stromnetze, unsere Finanzinstitute und unsere Flugsicherung zu sabotieren.“ (10) Die „New York Times“ wertete die Anklage Obamas gegen China als Auftakt zu einem neuen kalten Krieg. Peking wies die Vorwürfe als „unverantwortlich“ zurück. Obama setzt während seiner Präsidentschaft alles daran, den politischen und militärischen Einfluss in der strategisch wichtigen Region Ost- und Südasiens auszubauen. Das bisher schon

bestehende Netz von nahezu 800 US-Stützpunkten – vor allem gegen China und Russland gespannt – wird erweitert.

So wurden die bestehenden Bündnisse mit Japan, Australien, Thailand, den Philippinen und Südkorea aktiviert. Die „Berliner Zeitung“ dazu: „Von Australien bis Indien kreisen die USA die neue Supermacht China immer stärker ein. Indonesien, die Philippinen, Taiwan, Thailand und sogar Vietnam sind tragende Pfeiler dieser Strategie.“ (11) Und „Unsere Zeit“ fügt hinzu: „Während die USA-Luftwaffe auf den Philippinen, in Südkorea, Malaysia, Singapur, den Marshallinseln, Guam und Diego Garcia stationiert ist, befindet sich in Japan der größte Flottenverband der US-amerikanischen Seestreitkräfte. Von Australien aus werden die Atom-U-Boote der USA im Pazifik dirigiert...“ (12)

Obama kündigte bei seinem Australien-Besuch an, dort 2.500 GI's zu stationieren. Darunter Eliteeinheiten der Marines für Militärinterventionen. 100.000 US-Soldaten sind bereits in der Region einsatzbereit. Auf der japanischen Insel Okinawa sind 15.000 Marine-Soldaten stationiert. „Der Spiegel“ berichtete: „Die 7. US-Flotte – in Japan und auf Guam stationiert – ist mit etwa 60 Kriegsschiffen und etwa 40.000 Mann schon heute der größte und kampfstärkste Verband der Marine. In den kommenden Jahren soll er noch weiter ausgebaut werden, so dass 2020 etwa 60 Prozent der amerikanischen Kriegsschiffe im Pazifik stationiert sein werden, mehr als im Persischen Golf, dem in den letzten Jahrzehnten das Hauptaugenmerk der Navy galt.“ (13) Robert Gates, Verteidigungsminister bei George W. Bush und bei Obama, hatte noch bei Bush auf die strategische Bedeutung Guams, dieses, wie es heißt, „unsinkbaren Flugzeugträgers“, aufmerksam gemacht: „Guam ist für unsere langfristige Präsenz im ostasiatischen Raum von strategischer Bedeutung.“

(14)

Auf einer Tagung an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin führte der Trierer Universitätsdozent Martin Wagner u.a. aus, die USA bereiteten sich im „allgemeinen Streit um die Vorherrschaft in Ostasien“ auf „einen potentiellen militärischen Schlagabtausch mit der Volksrepublik“ vor. Die US-Militärpräsenz in der Region ähnele „insgesamt... einem ‚Feuerring‘, der präventiv um China gelegt wird und den

Washington im Konfliktfall auch durchaus zu aktivieren gewillt ist.“ (15)

Menschenrechtsattacken aus dem Glashaus

In den vergangenen Jahren haben Politik, Medien und neoliberale Think Tanks immer wieder Aktivitäten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas unternommen. Einen Höhepunkt erreichten sie vor den Olympischen Spielen in Peking. So wurde China aufgefordert, seine „Repressalien“ in Tibet zu unterlassen.

Im Februar 2010 empfing Obama den Dalai Lama. Er sicherte ihm die „starke Unterstützung für die Erhaltung der einzigartigen religiösen, kulturellen und sprachlichen Identität Tibets und für den Schutz der Menschenrechte“ zu. (16) Der Dalai Lama versteht sich nach wie vor als politisches und religiöses Oberhaupt „seines Volkes“ in Tibet.

Seit einem Jahrzehnt wird von den USA kampagnenmäßig mit einem sogenannten Menschenrechtsreport der Pekinger Führung die Verletzung der Menschenrechte vorgeworfen.

China kontert mit einem eigenen Bericht, in dem den USA vorgeworfen wird, sich scheinheilig als Weltrichter aufzuspielen. Zuletzt wurde von Peking beispielsweise nachgewiesen, dass in dem von den USA von 2001 bis 2011 angeführten „Krieg gegen den Terror“ bis zu 110.000 Menschen pro Jahr getötet worden sind.

2. Am 38. Breitengrad

In der gegen China gerichteten US-Strategie für den asiatisch-pazifischen Raum hat die Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel ihren Stellenwert. Sie soll deshalb hier in groben Zügen beleuchtet werden.

Der opferreiche Krieg in Korea ging im Sommer 1953 zu Ende. In Panmijon, einem Grenzort am 38. Breitenrad, kam es zu einem Waffenstillstandsabkommen.

Unterzeichner waren die Volksrepublik China, Nordkorea und ein US-General, der von der UNO bevollmächtigt war. Der Präsident Südkoreas wollte den Krieg fortsetzen, er verweigerte die Unterschrift. Bei diesem Waffenstillstand ist es bis heute geblieben.

Es hat von beiden koreanischen Staaten wiederholt Bemühungen um eine Entspannung und Annäherung gegeben.

Im Sommer 1972 kam es zu einer Gemeinsamen Süd-Nord-Erklärung. Eine friedliche nationale Wiedervereinigung stand auf dem Programm.

Ende 1990 wurde ein Aussöhnungs- und Normalisierungsvertrag zwischen beiden Staaten abgeschlossen. Ein beiderseitiger Austausch auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Kultur wurde vereinbart. Ein gemeinsames Besuchsprogramm wurde angestrebt. Infolge der mit dem Abtreten des europäischen Sozialismus eingeleiteten internationalen Umbruchphase kam es nicht zur Unterzeichnung.

Mitte 2000 wurde ein innerkoreanisches Gipfeltreffen durchgeführt. Höhepunkt des Treffens war eine Nord-Süd-Deklaration mit Vereinbarungen über Kooperationsbeziehungen in Wirtschaft, Handel und Kultur. Familienzusammenführungen und Besuchsprogramme wurden eingeleitet. Ermöglicht wurde dieses Normalisierungsprogramm durch die von beiden Seiten betriebene Entspannungspolitik und die vom südkoreanischen Staatschef gepflegte „Sonnenschein-Politik“ gegenüber Nordkorea.

Der Amtsantritt Georg W. Bushs in den USA beendete die Entspannungsbemühungen auf der koreanischen Halbinsel. Für Bush war Nordkorea „Schurkenstaat“ und Teil der „Achse des Bösen“. Von Washington vereinbarte Öllieferungen an Pjöngjang wurden eingestellt. Dies und die US-Intervention im Irak veranlasste Nordkorea, seine Verteidigungsmaßnahmen zu intensivieren. Ein Nuklear- und Raketenprogramm wurde aufgelegt. Um die „eigene Würde zu wahren und das Land auf legitime Weise zu schützen“, wie aus Pjöngjang verlautbart wurde.

Eine Sechser-Gesprächsrunde (China, Nord- und Südkorea, Japan, Russland und die USA) kam Ende 2003 in Peking zusammen. Ziel war, den Nuklearkonflikt mit Pjöngjang auszuräumen. Nach mehrjährigen Gesprächen kam es 2007 zu einer Übereinkunft: Nordkorea erklärte sich bereit, sein Nuklearprogramm einzustellen.

Als Gegenleistung wurden größere Energielieferungen, Verhandlungen über die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA und Japan vereinbart.

Das Waffenstillstandsabkommen sollte endlich durch einen Friedensvertrag ersetzt werden. Stattdessen kam es zu neuen Streitigkeiten zwischen Washington und Pjöngjang. Man beschuldigte sich gegenseitig, die Vereinbarungen nicht einzuhalten.

Nach der Amtsaufnahme Obamas keimte in Nordkorea Hoffnung auf Entspannung. US-Außenministerin Clinton schaffte auf ihre Weise Klarheit, als sie auf einer Pressekonferenz in Seoul Nordkorea als „Hort der Armut und der Tyrannei“ diffamierte.

Pjöngjang reagierte mit einem unterirdischen Atomtest und dem Start von Kurz- und Mittelstreckenraketen, um so seinen Status als Nuklearmacht zu demonstrieren.

Weitere Satellitenstarts führten zur Verhärtung der Fronten. Die Obama-Regierung verurteilte – unter Berufung auf eine UN-Resolution von 2006 - die Handlungsweise Nordkoreas als „hochgradig provokatorischen Akt, der die regionale Sicherheit bedroht.“

Bis in die jüngste Zeit lehnte Washington eine Wiederaufnahme der 2009 unterbrochenen direkten Gespräche der Sechser-Gruppe mit Nordkorea ab.

Im Sommer 2011 hatten die USA und Nordkorea bilaterale Verhandlungen aufgenommen. Sie schienen erfolgreich zu verlaufen, wurden jedoch wegen des Todes von Kim Jong-IL unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Nachfolger Kim Jong-Un kam es im März 2012 zu einem Moratorium Pjöngjangs für Atomwaffenversuche, den Abschuss von Langstreckenraketen und die Urananreicherung. Die „vertrauensbildende Maßnahme“ wurde im April 2012 beendet, als Nordkorea wegen eines – missglückten – Starts eines Weltraumsatelliten vom UN-Sicherheitsrat

verurteilt wurde.

US-Außenminister Kerry forderte, Nordkorea müsse „ein Zeichen guten Willens zeigen“. „Sie müssen zeigen, dass sie ernsthaft das Ziel haben, ihre Atomwaffen abzuschaffen...“ (17) Politiker der Republikanischen Partei in den USA verlangten von der Administration, Nordkorea mit Präventivschlägen zu bestrafen.

Pjōngjang verweist auf die unterschiedlichen Standards, die Washington anwendet: Während Israel, Indien und Pakistan als Atommächte gefördert werden, werde Nordkorea jede Entwicklung von Kernenergie verboten.

60 Jahre nach dem Krieg bleibt das Land ohne einen Friedensvertrag.

Über 30.000 US-Soldaten sind in Südkorea stationiert. Alljährlich erproben 200.000 südkoreanische Soldaten und 10.000 GI's in einem gemeinsamen Manöver „Schläge gegen den Norden“.

Zur Ausgestaltung des von Obama verkündeten „Pazifischen Jahrhunderts“ wurde eine umfangreiche Konzentration von US-Truppen und -Ausrüstungen im asiatisch-pazifischen Raum vorgenommen. Sie wird weiter betrieben.

Rainer Werning schreibt: „Donald P. Gregg, ein Ex-CIA-Mann und von 1989 bis 1993 US-Botschafter in Seoul, bezeichnete schon vor Jahren die Nordkorea-Politik seines Landes als ‚die am längsten währende Aufklärungsspanne in der Geschichte der US-Spionage.‘ Noch 2009, so Gregg, hätten gute Chancen zum Nord-Süd-Ausgleich auf der Koreanischen Halbinsel bestanden, zumal Pjōngjang damals ein (nach 2006 und 2007) drittes Gipfeltreffen vorschlug. ‚Doch was immer militärische Manöver, wirtschaftliche und verbale Attacken bewirken sollten‘, merkte der Ex-Botschafter an, ‚so werden die verantwortlichen Stellen in Washington und Seoul letztlich mit der Ertäuschung konfrontiert sein, dass dadurch kein Zusammenbruch des Kim-Regimes herbeigeführt wird. China wird das nicht zulassen. Zwar mag China über ein nuklear gerüstetes Nordkorea nicht glücklich sein, doch mehr noch wäre es über eine instabile Lage auf der Koreanischen Halbinsel besorgt. Pjōngjang weiterhin unter Druck zu setzen, erhöht nur dessen Abhängigkeit von China.“ (18)

3. Kleinhalten Russlands

Die NATO hatte 1979 – noch unter der Präsidentschaft Carters - den sogenannten Doppelbeschluss gefasst. 1980 unterzeichnete er die Direktive 59. Sie sah vor, einen Atomkrieg plan- und führbar zu machen. US-Präsident Reagan nannte als Ziel der Systemauseinandersetzung, die Sowjetunion „auf den Misthaufen der Geschichte zu bringen.“ Als „letztes Mittel“ dazu plante er die Führung eines „begrenzten Nuklearkrieges in Europa.“ Eine dem Weißen Haus vorliegende Studie sagte aus: „Sieg ist möglich.“ (19) In „Foreign Affairs“ unterstützten zwei Mitarbeiter – Colin S. Gray und Keith Payne – Reagans Wahnwitz. „Die USA müssen die Fähigkeit besitzen, einen Atomkrieg rational zu führen.“ Sein Ziel: „Tod des Sowjetstaates.“

Das annähernde militärische Gleichgewicht, die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten und die Existenz des Warschauer Militärpakts verhinderten die menscheits-

feindlichen Pläne der USA-Weltbeglucker und der NATO. Damals, 1979, wurde die US-Raketenstationierung mit der antikommunistischen Bedrohungslüge, mit der „Gefahr aus dem Osten“, gerechtfertigt. Die Sowjetunion, der Warschauer Pakt – sie existieren nicht mehr. Seit George W. Bush wird die Stationierung eines von den USA betriebenen NATO-Raketenabwehrsystems in Europa mit der „Gefahr, die durch iranische und nordkoreanische Langstreckenraketen“ verursacht sei, begründet. Tatsächlich geht es um die Ausschaltung Russlands als Großmacht.

Russland in Kleinstaaten aufgliedern

Hier sei noch einmal an den gleich nach dem Ende des europäischen Sozialismus von der Bush-Administration beschlossenen „No Rivals Plan“ erinnert. Danach sei „der Beherrschung von Schlüsselregionen durch eine feindliche Macht zuvorzukommen.“ (20) Rivalen der Führungsmacht seien auszuschalten. Also Großmächte, die mit dem US-Imperialismus nicht auf gleicher Wellenlänge operieren und seinen Führungsanspruch nicht akzeptieren, werden als „feindliche Macht“ verstanden und behandelt. Russland wie auch China sind in der US-Globalstrategie entsprechend eingeordnet. Russland vor allem wegen seines Nuklearpotentials. An dieser Tatsache hat sich nach dem Ende der Sowjetunion nichts geändert. Und so stellt die Existenz Russlands in seiner gegenwärtigen politischen Verfassung und Auffassung für die Herrschaftsgelüste des US-Imperialismus ein Haupthindernis dar.

1995 erklärte der frühere US-Präsident Clinton vor den Chefs der US-Streitkräfte als Aufgabe des nächsten Jahrzehnts: „Aufspaltung Russlands in Kleinstaaten mittels zwischenregionaler Kriege, ähnlich jenen, die wir in Jugoslawien organisiert haben; vollständige Desorganisation des militär-industriellen Komplexes Russlands und seiner Streitkräfte.“

Brzezinski, US-Strategie und Berater von US-Präsidenten, hatte 1997 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ die geostrategischen und geoökonomischen Ziele des US-Imperialismus dargelegt. Eurasien bezeichnete er als „Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft“ ausgetragen werde. In diesem Kampf, so meinte er, ergebe sich als Aufgabe, Russland zu drei- oder vierteilen: „Einem locker konföderierten Russland – bestehend aus einem europäischen Russland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik – fiele es auch leichter, engere Wirtschaftsbeziehungen mit Europa, den neuen Staaten Zentralasiens und dem Osten zu pflegen.“ (21)

Für Bush jun. vertrat die Existenz Russlands nicht mit den Plänen für die Errichtung einer „neuen Weltordnung“.

In den 1990er Jahren wurde gegen Russland die schon gegen die UdSSR betriebene Einkreisung mit der Osterweiterung der NATO fortgesetzt. Von der Ostsee bis zum Kaspischen und zum Schwarzen Meer wurden NATO-Stützpunkte entlang den Grenzen Russlands installiert. Mehrere ehemalige Sowjetrepubliken wurden in die NATO-Strategie einbezogen. Der russische Außenminister Lawrow konstatierte, dass dadurch

in den vergangenen 20 Jahren die europäische Sicherheit fortwährend geschwächt wurde.

2004 empfahl Brzezinski, die Schwerpunkte der Politik Washingtons auf Russland und China zu setzen. Russland müsse isoliert und destabilisiert werden. Ein Bündnis Russland-China müsse verhindert werden.

Russlands Atomwaffenpotential ausschalten

Obama setzt die geopolitische Strategie seiner Amtsvorgänger fort.

Die NATO-Osterweiterung steht weiter auf dem Programm.

Mit dem NATO-Raketenschirm soll das bestehende nukleare Gleichgewicht beseitigt werden.

Und zwar indem Russland die Zweitschlagkapazität, d.h. die Möglichkeit eines Vergeltungsschlages als Antwort auf einen nuklearen Erstschlag der USA genommen wird.

Die von dieser Idee besessenen US-Strategen fühlen sich offenbar vom Ergebnis eines US-amerikanischen Computermodells für einen simulierten nuklearen Präventivschlag gegen Russland überzeugt. Danach wären 99 Prozent der russischen Atomraketen vernichtet worden.

Schon vor sechs Jahren berichtete „Foreign Affairs“: „Wenn die Vereinigten Staaten einen Nuklearangriff gegen Russland (oder China) führten, blieben dem angegriffenen Land nur ein kleines Arsenal übrig – wenn überhaupt. Dann wäre sogar ein relativ bescheidenes oder wenig wirksames Raketenabwehrsystem zur Vergeltung gegen Vergeltungsschläge ausreichend, denn der schwer angeschlagene Feind hätte nur noch wenige Sprengstoffe und Ablenkungsattrappen...Washingtons konsistente Weigerung, einen Erstschlag auszuschließen und die Entwicklung einer begrenzten Fähigkeit zur Raketenabwehr bekommen so eine neue, möglicherweise weit bedrohlichere Bedeutung.“ (22)

Moskau hat über Jahre Alternativvorschläge unterbreitet. So hatte Putin während seiner ersten Präsidentschaft vorgeschlagen, gemeinsam eine Radaranlage in Aserbeidschan zu nutzen.

Auch Vorschläge zur Einteilung Europas in Sektoren militärischer Verantwortung zur Raketenabwehr wurden dargelegt. Oder: Schaffung eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems, ohne dass die Systeme beider Seiten zusammenzulegen wären oder militärische Geheimnisse preisgegeben werden müssten. USA und NATO lehnten ab.

Während der Verhandlungen über den Start-II-Vertrag und während Obamas Moskau-Besuch betrieb Washington zeitweilig eine Charme- und Phrasen-Offensive.

So war von Obama zu hören: „Die Tage, an denen die Großmächte andere souveräne Staaten behandeln konnten wie Schachfiguren, sind vorbei.“ Oder: Die USA seien nach dem von Georgien gegen Russland provozierten Krieg „nicht an einem (weiteren) Militärkonflikt interessiert.“ (23) Die „Berliner Zeitung“ bemerkte vor

Obamas Moskau-Visite: „Obama hat eine Strategie bei seinem Besuch in Russland,

das wird schon vor seiner Landung klar, und diese Strategie ist die Umarmung seines Gegenübers. Was er an Kritik vorbringt, das formuliert er um in ein Lob auf den Hoffnungsträger Medwedjew, als wäre der seit je ein wackerer Mitstreiter in Sachen Demokratie und Bürgerrechte. Medwedjews Mentor und Amtsvorgänger dagegen, Premier Wladimir Putin, bleibt von der Umarmung ausgeschlossen. Der stehe ja noch ‚mit einem Bein in der Vergangenheit‘, sagte Obama vor seiner Abreise in bemerkenswerter Offenheit.“ (24) Bei allen taktischen Winkelzügen des US-Präsidenten – unverändert hält er an den Raketenabwehrkomplexen fest.

Sein Vize Joe Biden fühlte sich bei seinen Besuchen in der Ukraine und in Georgien bemüht, die Unabhängigkeit beider Länder besonders zu betonen. Georgien war wenige Monate zuvor zum „strategischen Partner“ der USA erklärt worden. In Tbilisi äußerte Biden gegenüber dem damaligen Präsidenten und Hasardeur Saakaschwili, von seinem Besuch gehe die „eindeutige, klare und einfache Botschaft aus, dass Amerika immer auf der Seite Georgiens stehen werde.“ (25) Eine Einflussnahme in der Region müsse man Russland absprechen. (26) Zur Politik Moskaus meinte er, „sie sehen, wie sich die Welt vor ihren Augen ändert, und klammern sich an etwas aus der Vergangenheit, das der neuen Zeit nicht gewachsen ist.“ (27) Biden unterstrich herausfordernd, dass die Einflusszone der USA und der NATO direkt an die Grenzen Russland reiche.

Provokatorisch wurden im Sommer 2009 in Georgien, neun Monat nach dem Krieg, Manöver durchgeführt. Um eine NATO-Militärintervention, die durch ein fiktives UN-Mandat legitimiert sei, zu erproben. 1.300 Soldaten aus 20 Ländern nahmen daran teil.

NATO-Generalsekretär Rasmussen antwortete auf die Frage, ob die Ukraine und Georgien NATO-Mitglieder werden: „Die NATO-Position dazu ist klar: Georgien und die Ukraine werden Nato-Mitglieder. Das haben wir 2008 in Bukarest beschlossen.“ (28)

Eine durch die Massenmedien verbreitete Meldung, Washington habe seine Raketenabwehrpläne „auf Eis“ gelegt, wurde von Obama korrigiert. „Unsere neue Raketenabwehr in Europa wird für einen stärkeren, intelligenteren und schnelleren Schutz der amerikanischen Streitkräfte und ihrer Verbündeten sorgen,“ so der US-Präsident. Das hier angedeutete System soll ab 2011 bis 2020 mit verschiedenen Waffensystemen (SM-3-Abfangraketen, Aegis-Lenkwaffensystemen, mobilen Radarsystemen, Anti-Raketen-Raketen, Patriot-Anlagen und noch zu entwickelnden größeren Raketen - see- und bodengestützt - eingerichtet werden. Stationiert im Persischen Golf, im Arabischen Meer, im Mittelmeer und in der Nordsee sowie bodengestützt in osteuropäischen NATO-Mitgliedsländern. „Echo Moskau“ verwies warnend darauf, dass seegestützte US-Systeme im Mittelmeer oder in Nordeuropa schnell vor den Küsten Russlands auftauchen könnten.“ (29)

Unterdessen erfolgt der schrittweise Aufbau des US-amerikanischen Raketenschildes der NATO mit der Stationierung von Luftabwehrraketen vom Typ Patriot im Norden Polens, unweit zur russischen Enklave Kaliningrad, sowie von Raketenabwehrkomponenten in Rumänien und Bulgarien.

Moskau ließ verlauten, dass durch die Stationierung einer „gegnerischen militärischen Infrastruktur vor den Grenzen Russlands seine Sicherheitsinteressen verletzt werden. (30) Es behalte sich das Recht vor, aus dem neuen Start-Vertrag gegebenenfalls auszusteigen. (31)

Russland unternahm immer wieder Initiativen für eine Übereinkunft für einen gemeinsamen Raketenschild. Im Sommer 2011 wurde zur Tagung des NATO-Russland-Rates ein Vertragsentwurf vorgelegt. Auf dem Lissaboner NATO-Gipfel hatte man sich mit Russland über ein gemeinsames System geeinigt. Ungeachtet dessen setzten die USA ihre Aktivitäten für den Aufbau des Raketenschildes fort.

Ende November 2011 kündigte Präsident Medwedjew an, Russland werde seine Raketen auf die Stellungen des NATO-Systems richten, sollten die USA die russischen Sorgen weiterhin ignorieren. (32)

Initiativen für europäische Sicherheit

Moskau unterbreitete wiederholt Überlegungen, Fragen der internationalen und speziell der europäischen Sicherheit zu beraten. Konkrete Projekte wurde unterbreitet.

Vor einem Jahrzehnt warb Präsident Putin vor dem Deutschen Bundestag für ein „sicheres Europa“, in dem die Staaten unseres Kontinents ihre Ressourcen gemeinsam nutzen.

Auf der „43. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik“ im Februar 2007 machte er deutlich, dass internationale Sicherheit „viel breiter ist als die Fragen der militärisch-politischen Stabilität“. Er zählte dazu „die Festigung der Weltwirtschaft, die Überwindung der Armut, ökonomische Sicherheit und Entwicklung des Dialogs zwischen den Kulturen. Er beschwor schließlich die Vision einer gerechten und demokratischen Weltordnung, „in der wir Sicherheit gewährleisten und Gedeihen nicht für Ausgewählte, sondern für alle.“

Vor zweieinhalb Jahren veröffentlichte die russische Regierung das Projekt eines Vertrages über europäische Sicherheit. Als Grundlagen für den Vertrag wurden genannt die Charta der Vereinten Nationen, die Schlußakte der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975, die Grundsätze der Deklaration von Manila über die friedliche Lösung von internationalen Streits von 1982 sowie die Charta der Europäischen Sicherheit von 1999. Als Teilnehmer des Vertrages wurden vorgeschlagen alle Staaten des euroatlantischen und des eurasischen Raumes von Vancouver bis Wladiwostok sowie Organisationen wie die EU, die OSZE, die Vertragsorganisation über kollektive Sicherheit, die NATO und die GUS. Alle diese Vorschläge fanden bei den westlichen Regierungen neben Einwendungen und Zurückweisungen kaum Beachtung.

Putins Vorschläge zur „Bildung eines einheitlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Raumes vom Atlantik bis zum Pazifik“ traf bei den westlichen Politikern auf taube Ohren.

Auf der 49. Münchener „Sicherheitskonferenz“ Anfang Februar 2013 befasste sich der russische Außenminister Lawrow mit den „fundamentalen Sicherheitsfragen im europäischen Raum“. Er führte u.a. aus: „Das Problem der Raketenabwehr wurde zu einem wichtigen Test dafür, inwieweit die realen Schritte mit den feierlichen Erklärungen über die Anerkennung dieses entscheidenden Prinzips übereinstimmen... Russland schlägt einen einfachen und konstruktiven Weg vor: Vereinbarung einer strikten Garantie, dass das globale Raketenabwehrsystem der USA gegen kein einziges OSZE-Mitglied gerichtet ist und die Erarbeitung klarer militärtechnischer Kriterien, die eine Einschätzung ermöglichen, inwieweit das Raketenabwehrsystem den erklärten Zielen der Neutralisierung durch Bedrohungen von Raketen von außerhalb der euroatlantischen Region entspricht...“

Lawrow wandte sich dann der vom Westen gegen Russland gerichteten Bedrohungslücke zu: „Das Vorankommen zu einer echten Partnerschaft zwischen Russland und dem Nordatlantischen Bündnis wird noch immer durch Versuche behindert, die These von der sowjetischen Bedrohung ins Spiel zu bringen, die nunmehr schon zur These von der russischen Bedrohung wird. Phobien sind sehr langlebig, und wir beobachten, wie die militärische Planung an dieser These ausgerichtet wird. Selbst in Anbetracht des Mangels an finanziellen Ressourcen ist eine Zunahme der militärischen Aktivitäten im Norden und in der Mitte Europas zu verzeichnen, als würden die Bedrohungen für die Sicherheit in diesen Regionen anwachsen...“

In der NATO wird derzeit das Konzept der ‚klugen Verteidigung‘ diskutiert. Lassen wir die Frage beiseite, gegen wen man sich konkret verteidigen möchte. Bedeutend wichtiger ist es, sich über die objektive Notwendigkeit einer neuen modernen ‚klugen‘ Außenpolitik klar zu werden, die darauf abzielt, die sich bietenden Möglichkeiten einer kollektiven Arbeit möglichst effektiv zu nutzen, anstatt diese unverzeihlich zu verschlechtern...

Unsere Vorschläge, wie das von der OSZE und vom Russland-NATO-Rat vielfach verkündete Prinzip der unteilbaren Sicherheit rechtsverbindlich und praktisch umsetzbar gemacht werden kann, bleiben auf dem Verhandlungstisch.“ (33)

Destabilisierung Europas

Der nach der Wiederwahl Obamas versprochene „Neustart der Verhandlungen“ mit Russland erwies sich als leres Wort. Der Friedensnobelpreisträger schloss in jüngsten Erklärungen eine rechtsverbindliche Sicherheitsgarantie in puncto Stationierung des Raketenschildes aus.

Die „Süddeutsche Zeitung“ vermerkte: „Wie schon 1999 in der Jugoslawien-Krise trugen die Vereinigten Staaten zur Instabilität bei, indem sie versuchten, alle Projekte russisch-europäischer Partnerschaft zu verhindern. Als kontraproduktiv erwies sich die amerikanische Initiative eines europäischen Raketenabwehrsystems, die Unterstützung für die georgische Aggression in Südossetien, die Verhinderung der Initiative Deutschlands, ein Russland-EU-Komitee für Außen- und Sicherheitspo-

litik zu gründen.“ (34)

Vielmehr wird systematisch Russophobie betrieben.

Aktuelles Beispiel: Das in der ersten November-Woche 2013 in Osteuropa durchgeführte NATO-Manöver „Stead fast Jazz“. 6.000 Soldaten aus allen NATO-Staaten sowie aus Finnland, Schweden und der Ukraine nahmen daran teil. Dem Manöver-Szenario zufolge ging es um die schnelle und ausreichende Truppenverlegung nach Osten. Um einer Situation zu begegnen, da „ein Staat außerhalb der NATO“ erst Gebietsansprüche gegenüber Estland erhebe und dann einen Teil von dessen Territorium annektiere. (35)

Von der Teilung Russlands wird gegenwärtig nicht gesprochen. Die Absicht, mit dem Raketenschild die Zweitschlagfähigkeit Russlands im Falle eines Angriffs zu beseitigen, wird abgestritten. Zuweilen wird aber auch unumwunden bekundet, worum es geht. Der Vertreter der US-Republikaner Mitt Romney, sagte Russland offen den Kampf an: „Das ist zweifellos unser geopolitischer Feind Nummer eins,“ (36) Hillary Clinton, nutzte die Afghanistan-Konferenz in Bonn Anfang Dezember 2012, um ihre „tiefe Sorge“ über den Zustand der russischen Demokratie zu heucheln. Darüberhinaus werden – nicht nur propagandistisch, sondern auch finanziell – oppositionelle Kräfte in Russland unterstützt, die gegen Putin mobilisieren und seinen Rücktritt verlangen. „Junge Welt“ kommentierte die besonders gegen Putin gerichtete Hetze: „Der Westen hat es Wladimir Putin von Beginn an übelgenommen, Russlands Absturz in die Liga der gescheiterten Staaten aufgehalten und den russischen Anspruch auf eine aktive geopolitische Rolle erneuert zu haben. Denn nur ein schwaches Russland ist ein gutes Russland. Die Rückeroberung russischer Souveränität ist vom Westen umgehend als Rückkehr zu einem autoritären Herrschaftssystem gewertet worden.“ (37)

Wochenlang haben westliche Politiker und Medien ein Geschrei über die „Blockierung“ des UN-Sicherheitsrates im Syrien-Konflikt erhoben. Eine Blockierung des beabsichtigten „Militärschlags“ der USA und anderer NATO-Mächte gegen Syrien. Russlands Haltung ließ sich von den Prinzipien der UN-Charta, vom Gewaltverbot, von der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung leiten.

In einem außenpolitischen Grundsatzartikel nahm Wladimir Putin Anfang März 2013 in der Tageszeitung „Moskowskije Nowosti“ zu Fragen des internationalen Rechts Stellung. Darin legte er u.a. dar: „Russland wird nur dann mit Respekt wahrgenommen und berücksichtigt, wenn es stark ist und fest auf den Beinen steht. Russland hatte immer das Privileg, eine unabhängige Außenpolitik auszuüben. Das wird auch weiter so sein. Mehr noch: Ich bin fest davon überzeugt, dass die Sicherheit in der Welt nur unter Beteiligung Russlands garantiert werden kann, ohne dass man versucht, Russland ins Abseits zu drängen, seine geopolitischen Positionen zu schwächen und seine Verteidigungsfähigkeit zu beschneiden...“

Ich denke nach wie vor, dass die Sicherheit aller Länder der Welt unteilbar und hypertrophe Gewaltanwendung unzulässig ist, und dass die grundlegenden Völkerrechtsnormen von allen strikt befolgt werden sollten. Eine Vernachlässigung dieser Prinzipien führt zu einer Destabilisierung der internationalen Beziehungen.

Durch eben dieses Prisma betrachten wir einige Aspekte des Verhaltens der USA und der NATO, die der heutigen Entwicklungslogik widersprechen und sich auf Stereotype aus dem Blockdenken stützen. Alle verstehen, was ich damit meine: die NATO-Erweiterung, die die Errichtung von neuen Objekten der Militärinfrastruktur einschließt, und die von den USA inspirierten Pläne der Allianz zur Aufstellung der europäischen Raketenabwehr... Uns bereitet es Sorgen, dass die NATO mit ihren jüngsten Aktivitäten unser gegenseitiges Vertrauen verletzt, obwohl sich die Umrisse unserer ‚neuen‘ Beziehungen mit der Allianz noch nicht einmal geformt haben. Ein derartiges Vorgehen wirkt sich wie ein Querschläger auf die Erfüllung von globalen Aufgaben aus und behindert die Festigung einer positiven Agenda der internationalen Beziehung, bremst ihre konstruktive Entwicklung...Es sieht so aus, als würden die NATO-Länder und vor allem die USA eine eigenartige Vorstellung von Sicherheit haben, die sich von unserer grundsätzlich unterscheidet. Die Amerikaner sind von der Idee besessen, sich die absolute Unantastbarkeit zu sichern, was allerdings utopisch und unerfüllbar ist – sowohl aus technologischer als auch aus geopolitischer Sicht. Das ist der Kern des Problems.“ (38)

Die Destabilisierung unseres Kontinents, begonnen mit der NATO-Osterweiterung, wird durch das Raketen-Projekt verstärkt. Moskau findet sich mit dieser Bedrohung nicht ab. Militärische Gegenmaßnahmen stehen auf dem Programm und wurden eingeleitet.

Das NATO-Raketenprojekt bedroht nicht nur Russland. Es provoziert ein neues Wettrennen.

Es bedroht die Völker Europas, ja, die Völker der Welt. Es ist ein gegen den internationalen Frieden und gegen die Lebensinteressen der Völker gerichtetes Projekt.

4. USA – EU-Europa Partner, Konkurrenten, Rivalen

Die USA und EU-Europa greifen als Zentren neoliberaler Globalisierung entsprechend ihren spezifischen Interessen in die Weltpolitik ein. Die USA mit ihren wirtschaftlichen und militärischen Potenzen als Führungsmacht. Die EU mit ihren Möglichkeiten und in dem vom deutschen Kapital gesteuerten Bestreben, letztendlich zu den zwei, drei Großen zu gehören, die die „Richtlinien“ künftiger globaler Entwicklungen vorgeben möchten.

Deutschland als Führungsmacht in der EU ist nicht nur gewichtiger Handelspartner der USA mit deren weltgrößten Absatzmarkt. Es strebt auch mit Hilfe der Potenzen der EU zu einer globalen Führungsrolle.

Bei vielen Linken, aber auch Liberalen, ist die Erwartung einer „zwischenimperialistischen Rivalität“ zwischen USA und EU „als miteinander wettstreitende Zentren der globalen kapitalistischen Produktion entwickelt.“ (39)

Conrad Schuhler vom isw München weist auf objektive Faktoren hin. Die USA und die EU stellen zwar nur 14 Prozent der Weltbevölkerung, „aber immerhin 40 Prozent des

Welthandels und über 50 Prozent der Weltwirtschaftsleistung. In transatlantischer Gemeinsamkeit, so die propagierte Logik, bleibe man der bestimmende Faktor der Weltpolitik und Weltwirtschaft.“ (40)

Um ein Freihandelsabkommen

Die Verflechtung der Handelsströme zwischen USA und EU ist enorm. Die Verzahnung der beiden Wirtschaftsräume wird besonders deutlich an den Umsätzen der „Auslandstöchter“ beider Seiten. Deutsche Unternehmen operieren in den USA mit mehr als 1.000 Tochterfirmen. Ihr Jahresumsatz beträgt etwa 500 Millionen Dollar. (41) Die Umsätze von US-Tochtergesellschaften in Deutschland überstiegen vor fünf Jahren die US-Exporte nach Deutschland um das Vierfache. „Dass der globale Kapitalismus ein System weltweiter Regularien entwickelt hat, bedeutet nicht, dass damit die Widersprüche und Konflikte zwischen den Kapitalgruppen verschwunden seien, sondern ganz im Gegenteil: die Globalisierung und die Krise intensivieren die Konkurrenz zwischen den Multis. Diese Konkurrenz wird mit ökonomischen und außerökonomischen Mitteln ausgetragen, d.h. die Multis nutzen die Nationalstaaten – die die wesentlichen Träger des globalen Regulierungssystems sind –, um das internationale Regulierungssystem nach ihren Interessen zu beeinflussen“. Das führt zu Reibungen und Konflikten zwischen den Nationalstaaten und Blöcken.“ (42)

Da die EU, aber auch die USA weltwirtschaftlich an globalem Einfluss verlieren, d.h. ein relativer Niedergang erfolgt, ist ein Transatlantischer Wirtschaftsrat seit Jahren damit befasst, dieser Tendenz gegenzusteuern. Ein Transatlantisches Freihandelsabkommen (TAFTA), eine Freihandelszone USA-EU ist seit langem im Gespräch. Seit den 1990er Jahren wurde darüber immer wieder diskutiert. Obama hatte im Februar 2013 in seiner Rede über die Lage der Nation erstmals davon gesprochen, „dass wir mit der EU Gespräche führen werden über eine umfassende transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft.“ (43) Seit dem Sommer 2013 sind nun Verhandlungen im Gange. Ein regelrechter Verhandlungsmarathon von zunächst zwei Jahren ist zu erwarten. Nach Bekanntwerden des NSA-Abhörskandals wurden wiederholt Forderungen von Vertretern von Bundestagsparteien laut, die begonnenen Verhandlungen zu unterbrechen bzw. abubrechen. Die CSU stellte die TAFTA überhaupt in Frage.

Bei dem TAFTA-Projekt geht es, wie Conrad Schuhler darlegt, nicht um Zölle, sondern „um die Handelsbarrieren jenseits der Zölle. Es geht um einheitliche Richtlinien bei Industriestandards, bei Pharmaprodukten und Lebensmitteln und um Privatisierungen. Würden solche Waren-Standards zwischen den USA und der EU verbindlich festgelegt, würde der TAFTA-Wirtschaftsblock dem gesamten Weltmarkt in Zukunft diktieren, wie Waren auf diesem auszusehen haben: Es wäre ein gewaltiger Vorteil für den Export-Vizeweltmeister Deutschland und für alle aus dem TAFTA-Raum heraus agierenden Konzerne. Es wäre damit auch eine massive Absicherung von Dollar und Euro auf dem globalen Währungsmarkt.

Ein einheitlicher Markt USA-EU würde auch bedeuten, dass sich in den einzelnen Räumen jeweils die Lohn- und Sozialstandards durchsetzen, die am besten mit der Strategie des höchsten Kapital-Profits kompatibel sind. Das Kapital würde in dem gewaltigen Wirtschaftsraum dorthin vagabundieren, wo die Kosten (Löhne, Abgaben) und die Profite am höchsten sind.“ (44)

Nicht zuletzt geht es bei TAFTA darum, den Staat möglichst aus seiner Verantwortung „in vielen Bereichen heraus zu drängen, Märkte zu deregulieren und Privatisierung voranzutreiben.“ (45)

Brüche in der NATO

Im militärischen Bereich herrscht nach wie vor die unilateralistische Politik der USA vor.

Übrigens: Die USA sichern mit ihrer Führungsrolle in der NATO ihre Präsenz in Europa.

Die Bundesregierung drängt darauf, mit Hilfe der EU in der Weltpolitik eine größere, gewichtigere Rolle als bisher zu spielen.

„Da sowohl EU als auch NATO nach eigenständigen Rollen auf der Weltbühne streben, ist ihre strategische Partnerschaft nicht konfliktfrei“, konstatiert Cornelia Ernst von der Bundestagsfraktion der LINKEN. „Als die EU-Staaten 1999 die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gründeten, entstand zwischen der EU und der NATO zugleich ein Konkurrenzverhältnis.“ Carola Ernst verweist darauf, dass damals „die NATO der EU für internationale Kriseninterventionen den Rückgriff auf ihre militärischen Mittel und Fähigkeiten angeboten (hat), ebenso den Zugang zu ihren Planungskapazitäten für EU-geführte Operationen.“ Erst 2002 wurden diese Zusagen im „Berlin-Plus-Abkommen“ vertraglich vereinbart. Der Haken: Die NATO sicherte sich auf diese Weise die Einflussnahme auf die ESVP. Nach Washingtoner Lesart entscheidet die NATO vorab, ob die EU ein „Krisenmanagement“ übernehmen darf.

Die neu gebildete Große Koalition in Berlin verankerte nun in ihrem Regierungsprogramm den Leitsatz, die transatlantische Zusammenarbeit sei von „grundlegender Bedeutung“. Aufgabe sei es, „militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereit zu stellen und die Interoperabilität der Streitkräfte im Bündnis zu erhalten.“ (46)

Die von den USA geführte und kontrollierte NATO ist inzwischen brüchig geworden. Die Verbündeten folgen nicht allen Aggressionsakten der imperialistischen Führungsmacht. Die USA müssen „Willige“ gewinnen. In Afghanistan musste Washington zusehen, wie einzelne Mitglieder sich aus der ISAF vorzeitig verabschieden. Obama muss immer wieder an die „atlantische Solidarität“ appellieren, um die erforderliche Bereitschaft zur „Verteidigung der gemeinsamen Werte“ wach zu halten.

Mit seinem Amtsantritt wurden die schon von der Bush-Administration an die euro-

päischen Partner erhobenen Forderungen nach Übernahme von mehr Lasten für das Bündnis verstärkt. Vizepräsident Biden schaltete im Februar 2009 auf der 45. Münchner Sicherheitskonferenz zunächst auf veränderte Tonlage. Es ginge darum, „einander zuzuhören und voneinander zu lernen“. Aber, so fügte er später hinzu, die USA müssten künftig auch mehr verlangen. „Wenn die Vereinigten Staaten sich ernsthafte Partner wünschen, dann wollen sie nicht nur Ratschläge, sondern sie erwarten und verdienen auch, dass man die schwere Last mit ihnen teilt.“ (47) Der damalige Verteidigungsminister Gates verschärfte ein Jahr später die Tonlage. Er warf den Europäern einen gefährlichen Pazifismus vor und sprach von einer Krise des Bündnisses. Er prangerte Rüstungs- und Kriegsmüdigkeit in Europa an:

„Die Entmilitarisierung von Europa, wo große Teile der Öffentlichkeit und der politischen Klasse den Einsatz von Militär und die damit verbundenen Risiken scheuen, hat sich von einem Segen im 20. Jahrhundert zu einem Hindernis bei der Erlangung wirklicher Sicherheit und dauerhaften Friedens im 21. Jahrhundert entwickelt.“ (48) US-Außenministerin Clinton wies mit einem Katalog neuer NATO-Einsätze auf die sich erweiternden Aufgaben des Bündnisses hin und meinte: „In einer miteinander verbundenen Welt können wir unsere Völker nicht verteidigen, indem wir uns hinter den geografischen Grenzen verkriechen.“ (49)

Schließlich schaltete sich auch Obama ein: „Wir können die Bürden dieses Jahrhunderts nicht allein auf unseren amerikanischen Schultern tragen.“ Er bekannte sich zu einer US-amerikanischen Variante des Multilateralismus und hob hervor, die Vereinigten Staaten müssten eine neue Weltordnung anstreben, in der die Nationen gemeinsam Verantwortung trügen. (50)

Im Sommer 2011 griff Gates – im Zusammenhang mit der Intervention in Libyen – die meisten NATO-Mitglieder wegen zu geringer militärischer Anstrengungen an. Die NATO sei inzwischen „zweigeteilt“, in jene, die sich „auf weiche, humanitäre, entwicklungspolitische oder friedensstiftende Aufgaben spezialisierten und jene, die die harten Kampfaufgaben übernehmen.“ Obwohl alle 28 NATO-Mitglieder für den Libyen-Einsatz gestimmt hätten, nähme aber nur die Hälfte überhaupt teil. Bei den Kampfeinsätzen seien es weniger als ein Drittel. Der Anteil der USA an den Ausgaben der NATO sei in den vergangenen 20 Jahren von 50 auf 75 Prozent gestiegen. (51)

Gates-Nachfolger Panetta verlangte kurz darauf von den Europäern eine Erhöhung ihrer Rüstungsausgaben. Sie müssten „ihre Verantwortung in der Welt übernehmen.“ (52)

NATO-Generalsekretär Rasmussen legte offenbar angesichts dieser Situation ein Konzept einer „Smart Defense“ vor. Vorgesehen ist, Kürzungen der nationalen Militärhaushalte durch Personalabbau, die Zusammlegung von Einrichtungen der Allianz und die Neuverteilung von Aufgaben unter den Bündnispartnern aufzufangen.

Die der CDU nahestehende Konrad-Adenauer-Stiftung übte scharfe Kritik an dem Konzept. Das Vorhaben sei schlicht „illusorisch“. Es trage nicht nur den „Kern des Scheiterns“ in sich, sondern verstärke darüber hinaus die aus nationalen Sparpolitiken resultierende „Tendenz zur schleichenden Entwaffnung“. „Smart Defense“ wirke wie eine weitere Stimme im „Chorgesang auf den vermeintlichen Niedergang des

Westens und der USA.“ (53)

Auf der NATO-Tagung in Lissabon im November 2010 war die EU auch als Militärbündnis wahrgenommen worden. In Punkt 32 des neuen strategischen Konzepts der NATO war formuliert worden: „Die EU ist ein einzigartiger und essentieller Partner der NATO“ (54)

Zäsur im transatlantischen Verhältnis

Die vom ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiter Snowden besorgten Enthüllungen über die globalen NSA-Aktivitäten haben nun für Wirbel im Beziehungsgeflecht zwischen USA und EU im allgemeinen und USA und BRD im besonderen gesorgt. Führende Politiker des Landes sind entsetzt über den NSA-Datenklau, andere sind enttäuscht über den Missbrauch des Vertrauens, das sie ihren amerikanischen Freunden entgegengebracht haben. Führende Politiker der LINKEN sehen „eine Zäsur im transatlantischen Verhältnis, in der sich viele Entwicklungen bündeln. „Der Spiegel“ befürchtet: „Die Affäre wird zu einer ernsthaften Bedrohung der transatlantischen Partnerschaft.“ (55)

Nun besagt die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte, dass der politische Führungsanspruch der USA die Rolle des Weltpolizisten einschließt. In den EU-Hauptstädten hat das nie Verwunderung ausgelöst. Man war ja selbst nicht ernsthaft betroffen. Auch die intern, gegenüber partnerschaftlich verbundenen westlichen Geheimdienstkreisen zur Selbstverständigung geäußerte Auffassung, die USA sorgten für eine „flächendeckende Überwachung“ des Internets, und speziell die NSA für eine koordinierte Ausspähung von E-Mails, Chats und Telefonverbindungen zwecks „Verhinderung von Terroranschlägen“, erregte nicht die Gemüter. Man bezog die NSA-Ausspähungen wohl auf Russland und China sowie auf Länder wie Iran, Syrien, Nordkorea.

Und nun wird durch Snowden die Wahrheit offenbart. Und man fragt sich, ob Einrichtungen der UNO und der EU zu den „Terrorverdächtigen“ zählen. Oder die 35 führenden Politiker in einer ganzen Reihe von Ländern - Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten, darunter die deutsche Bundeskanzlerin? Oder unzählige Persönlichkeiten und demokratische Organisationen? Oder - von denen offiziell kaum oder überhaupt nicht die Rede ist - die Millionen und Abermillionen Bürgerinnen und Bürger? Die belauscht und abgehört, deren E-Mails und Chats abgefischt, deren Twittern im Internet erfasst werden. Die NSA hat sich vorsorglich den Zugriff auf die Server von Google und Yahoo gesichert.

An 80 Standorten, davon 19 in Europa, sind die NSA-Spezialisten im Einsatz. In Paris, Madrid, Rom, Prag, Genf und Berlin.

Die „Süddeutsche Zeitung“ zu dem Skandal: „Die Mißachtung des deutschen Grundrechts hat einen beschwichtigenden Namen: 'Strategische Kontrolle'... 'Strategische Kontrolle' ist grob verharmlosend. Schleppnetzüberwachung sagt man besser. Sie ist der GAU für das Allgemeine Persönlichkeitsrecht – die Größte Anzunehmende Über-

wachung. Es existiert in Deutschland eine grundrechtsverachtende Parallelwelt, eine Unterwelt..." (56)

Die „allgemeinen Persönlichkeitsrechte“, die Menschenrechte, stehen seitens der empörten Politiker garnicht zur Diskussion. Der für den Datenschutz verantwortliche bundesdeutsche Innenminister Friedrich (CSU) „hat nicht nur nicht protestiert, sondern den Kritikern eine ‚Mischung aus Antiamerikanismus und Naivität‘ bescheinigt, die ihm „gewaltig auf den Senkel“ gehe. (57) Monate später „schwafelt er von falschen Behauptungen, die sich in Luft aufgelöst hätten, und gab den Bürgern den Rat, jeder möge selbst für den Schutz seiner Privatsphäre im Telefon und Datennetz sorgen.“ (58) Angela Merkels Kanzleramtschef Pofalla behauptete, dass die aufgetauchten Fragen zur NSA-Ausspähung geklärt wären und „alles vom Tisch“ sei. Trotz des Verdachts, dass die Kommunikation von Millionen Deutschen überwacht wird, hat Merkel Friedrich und Kanzleramtschef gewähren lassen.“ (59)

Deutschland als Rivale?

Fragt sich, warum Deutschland im Focus der NSA steht. Nach einer dem „Guardian“ zugespielten Weltkarte „schnüffelte die NSA in Deutschland deutlich beflissener als anderswo in Europa. Wenn die Angaben stimmen, dann ist für die US-Dienste Deutschland potenziell genauso verdächtig wie der Irak, wie Saudi-Arabien, wie China.“ (60)

Der Publizist und Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom dazu: “Deutschland ist ein ganz wichtiges Zielobjekt der US-Dienste. Unser Land pflegt seit Langem spezielle politische und wirtschaftliche Beziehungen zu China und Russland, die von Washington seit jeher mit Argwohn betrachtet werden. Da will man genau wissen, was läuft zwischen Berlin und Peking und Moskau auf politischem, aber auch wirtschafts- und energiepolitischem Gebiet. Auch spielt Deutschland eine zentrale Rolle in der EURO-Krise: Die US-Administration aber auch London interessieren natürlich, welche Finanzzusagen es an welche Staaten gibt, welche Banken gerettet werden sollen.“ Und Schmidt Eenboom sagt zur Wirtschaftsspionage: “Man darf nicht vergessen, dass die Merkel-Regierung seit Jahren eine auf Wachstum gerichtete Waffenexportpolitik betreibt, mit der man die Kreise der klassischen Rüstungslieferanten aus den USA und Großbritannien vor allem im hochprofitablen arabischen Raum stört..“ (61)

Der ehemalige NSA-Berater Stewart A.Baker drückt sich ganz allgemein aus: “Jedes Land in der Welt hat Interessen, die den Interessen der USA in einigen Belangen entgegenstehen, auch wenn sie sich selbst in anderen Zusammenhängen als Verbündete definieren.“ Die EU sehe sich zwar als NATO-Partner, aber wolle beim Handel alles tun, um es mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen. (62)

Nun ist allerdings Deutschland nicht wie „jedes Land“.

Der deutsche Imperialismus will zum dritten Mal in einem Jahrhundert zur Weltspitze vorstoßen. Gestützt diesmal auf die EU.

Im Herbst 2011 forderte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Merkel-Regierung auf, entschieden Kurs auf dieses Ziel zu nehmen. In Thesen wurden die erforderlichen Schritte genannt, um schließlich zu sagen: „Die weltwirtschaftlichen Geschicke werden zukünftig nicht mehr auf einer G-8- oder G-20-Ebene entschieden, sondern auf einer G-2- oder G-3-Ebene. Bei den jetzt notwendigen Weichenstellungen geht es auch darum, ob Europa die Rolle des Dritten im Bunde spielen kann und will.“ (63)

Die Bundesregierung hat mit dem Merkel-Schäuble-Krisenmanagement alles daran gesetzt, die erforderlichen Weichen entsprechend den strategischen Interessen des deutschen Kapitals zu stellen. Doch mehr bleibt zu tun.

Rund 50 teils hochrangige Exponenten des Berliner Außenpolitik-Establishments verlangen mehr deutsche „Führung“ in der Weltpolitik. Unter Beteiligung des Außenministeriums wurden Grundzüge für deutsche Außenpolitik erarbeitet. Sie sind in dem Strategiepapier „Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ zusammengefasst. Demnach solle Deutschland, da die Vereinigten Staaten – „im Bewusstsein reduzierter eigener Ressourcen“ und „nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantieren“ –, stärkere weltpolitische Aktivitäten zeigen und von einer ‚Gestaltungsmacht im Wartestand‘ zu einer Führungsmacht werden. Es gelte nicht nur gegen Staaten vorzugehen, die als „Störer“ klassifiziert werden – etwa Iran, Syrien, Nordkorea, Kuba und Venezuela –, man müsse auch einen angemessenen Umgang mit aufstrebenden Ländern finden, die nicht bereit seien, sich dem Westen umstandslos zu fügen. Dies könne – nach dem Muster der Bonner Ostpolitik der 1970er Jahre – auch unter Zuhilfenahme kooperativer Techniken („Wandel durch Annäherung“) geschehen. Dass für die deutsche Weltpolitik auch militärische Mittel ‚bis zum Kampfeinsatz‘ zur Verfügung stehen müssten, steht für die Teilnehmer des Projekts außer Frage. (64)

Inzwischen haben sich CDU, CSU und SPD auf ein außenpolitisches Strategiepapier geeinigt. In ihm kündigt die künftige deutsche Regierungskoalition eine offensive deutsche Weltpolitik an. „Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten“ und „stehen bereit“ für weltweite Interventionen jeglicher Art, heißt es in der Präambel zu dem Dokument. „Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden.“

Deutschland solle „weltweit“ seine „Werte“ vertreten. (65)

BRD-Bundespräsident Gauck hatte schon am 3. Oktober 2013 mahndend darauf hingewiesen, Deutschland sei „bevölkerungsreich, in der Mitte des Kontinents gelegen und die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt“. Er lehne es ab, „dass Deutschland sich klein macht.“ (66)

Bei so weit gestecktem Ziel, wie es in den erwähnten Papieren und in Gaucks Aufforderung zum Ausdruck kommt, muss das US-Kapital reagieren. Der „No-Rivals-“Plan ist nach wie vor für U-Administrationen verbindlich. Und die NSA hat dafür zu sorgen, dass die Absichten von Konkurrenten und Rivalen im Blick der ausführenden Organe der Weltführungsmacht bleiben. Dass die Mobiltelefone der deutschen

Kanzlerin und der Angehörigen ihrer Equipe kontrolliert wurden, erscheint insofern völlig logisch.

Gleiche Brüder...

Bei aller Empörung und Aufregung in deutschen Parteizentralen und Massenmedien über die NSA-Abhör-Praktiken muss jedoch auf zwei nicht aus der Welt zu schaffende Tatsachen hingewiesen werden.

Da ist zunächst die von deutschen Geheimdiensten gepflegte „enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit verschiedenen US-amerikanischen Diensten“. Die Bundesregierung kam in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage nicht umhin, diese Tatsache zu bestätigen.

Neben dem BND liefert das Bundesamt für Verfassungsschutz Daten an die NSA. Zugleich nutzen deutsche Dienste NSA-Spähsoftware. Der frühere NSA-Chef Michael Hayden erinnerte im ZDF daran, dass nach dem 11.9.2001 die USA ihre Kooperation mit den Europäern massiv ausgeweitet und keinen Zweifel an den Zielen der Zusammenarbeit hatten: „Wir waren sehr klar darüber, was wir vorhatten.“ (67) Seit dieser Zeit läuft ein reger Informationsaustausch zwischen den Diensten. (68) „Die Welt“ kam nicht umhin festzustellen: „Längst hat sich herumgesprochen, dass die deutschen Dienste in dieser Hinsicht auch keine Unschuldslämmer sind. Sie haben mit der NSA kooperiert, haben der NSA Informationen verschafft und von der NSA welche bezogen. Man ist im Geschäft und sollte deswegen im Glashaus nicht mit Steinen werfen. Wenn die Methoden der NSA verurteilt werden, geschieht das nicht immer aus ethischen Gründen. Sondern weil man neidisch ist, weil man nicht die Möglichkeiten wie die NSA hat.“ (69)

Die Meinung, die die Bundeskanzlerin vertrat, dass nämlich auf deutschem Boden deutsches Recht gelte, wurde, wie die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Ulla Jelpke, darlegte, schon dadurch ad absurdum geführt, indem die Bundesregierung ein NSA-Überwachungszentrum in Wiesbaden akzeptiert. (70)

„Der Spiegel“ weist anhand vorliegender, von Snowden veröffentlichter NSA-Dokumente darauf hin, „dass in der Regierungszeit von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Washington auf dem Gebiet der digitalen Aufklärung und Abwehr erheblich intensiviert wurde. Die Deutschen, so heißt es in einem Dokument, seien entschlossen, die Kooperation ‚zu festigen und auszubauen.‘ Die NSA erfasst ‚monatlich bis zu 500 Millionen Datensätze aus Deutschland.‘

Darüber hinaus zeigen die Unterlagen, welche Anstrengungen die deutschen Dienste unternehmen, um noch enger als bisher mit den Amerikanern ins Geschäft zu kommen.

Aus einem Papier der NSA vom Januar 2013: ‚Die deutsche Regierung hat ihre Auslegung des G-10-Gesetzes geändert, um dem BND mehr Flexibilität bei der Weitergabe geschützter Daten an ausländische Partner zu ermöglichen.‘

NSA-Papiere belegen: Vor allem im Laufe des Jahres 2012 habe der Partner großen

‚Eifer‘ an den Tag gelegt, seine Überwachungskapazitäten zu verbessern, und sogar ‚Risiken in Kauf genommen, um US-Informationsbedürfnisse zu befriedigen.‘“ (71)
Es gibt Anzeichen dafür, „dass die westlichen Geheimdienste – die deutschen inklusive – verbündeten Spionageorganisationen Zugang zu Kommunikationsdaten aus dem eigenen Land bieten, um ihnen die Auswertung von Materialien zu überlassen.“ (72)

Da ist zum anderen das Recht der USA, in Deutschland zu spitzeln. Der Historiker Josef Foscaphoth wies darauf hin, dass die USA sich als Besatzungsmacht die Überwachung der Kommunikation selbst genehmigt hatten. 1955, als die BRD „souverän“ geworden war, habe die Adenauer-Regierung mit der US-Administration „Geheimverträge“ abgeschlossen, die es Washingtons Geheimdiensten gestatteten, Telefonaufnahmen und den Briefverkehr auszuforschen. „Und diese Vereinbarungen sind bis heute gültig und bindend für jede Bundesregierung.“ Es sei ein „großer deutsch-alliiertes nachrichtendienstlicher Komplex“ entstanden. (73)

„Der Spiegel“ berichtet von einem Papier, das NSA-Chef Keith Alexander für die Bundesregierung vorbereiten ließ: „Ein Blatt, weiß, kein Briefkopf, kein Anschreiben, keine Paraphe, mit der irgendwer verantwortlich zeichnen würde. Eine nüchterne Aufzählung von Fakten, die vom Justiziar des Geheimdienstes Wort für Wort abgesegnet wurde. ‚Die NSA‘, heißt es da, hält sich an alle Abkommen, die mit der deutschen Bundesregierung, vertreten durch die deutschen Nachrichtendienste, geschlossen wurden, und hat sich auch in der Vergangenheit stets daran gehalten.“ (74)

Dazu gehört wohl auch die Tätigkeit von mehr als 50 Mitarbeitern US-amerikanischer Geheimdienste auf deutschen Flughäfen und in deutschen Überseehäfen. Sie entscheiden, wer ins Flugzeug steigen darf und welche Container auf welches Schiff geladen wird. (75)

Sprechblase „Demokratie“

Als Vertreter der Bundesregierung in Washington vorstellig wurden, um sich über die Bespitzelung der deutschen Bundeskanzlerin zu beschweren, wurde ihnen von NSA-Chef Alexander und von Obamas Geheimdienstdirektor Clapper dreierlei entgegengehalten:

Erstens: Washington erklärt: Auch US-Politiker seien Opfer der Überwachung ausländischer Dienste. Clapper vor dem US-Kongress: „Ausländische Dienste, wie etwa der BND, machen es schließlich auch so wie die Amerikaner – und die Franzosen auch, und die Spanier.“ (76)

Zweitens: Clapper bekennt freimütig: „Das Ausspähen ausländischer Spitzenpolitiker ist das Kernziel von Spionage.“ Man müsse schließlich wissen, ob sich die Aussagen der Politiker mit dem deckten, was tatsächlich stattfindet. „Das ist eines der ersten Dinge, die ich 1963 in der Geheimdienstschule gelernt habe.“

Drittens – und das die Logik aus dem Dargelegten: Die USA sind nicht bereit, mit

Deutschland ein sogenanntes No-Spy-Abkommen zu vereinbaren, um für die Zukunft Spähaktionen auf die Bundeskanzlerin auszuschließen. (77)

Die FAZ schrieb zu den Gesprächen deutscher „Beschwerdeführer“ in Washington: „Spannender war das, was Clapper und Alexander sonst noch zu sagen hatten: dass man im Weißen Haus durchaus Bescheid gewusst habe über die Ausspähaktivitäten der NSA; und dass nicht die NSA Millionen Telefongespräche in Europa überwacht habe, sondern der Geheimdienst des jeweiligen Landes – es gab also einen intensiven Datenaustausch. ‚Europäer, macht nur nicht so ein Theater‘, soll das wohl heißen. Damit ist die Sache gewiss nicht beigelegt. Sie bekommt nur immer neue Wendungen, und am Ende dürften viele dumm aussehen.“ (78)

Tatsächlich sehen die westlichen Musterdemokraten mit ihren Geheimdiensten schon heute „dumm aus“, wobei sie auch weiterhin versuchen, die Völker für dumm zu verkaufen.

Die Berliner „Tageszeitung“ meint: „Alle westlich-demokratischen Regierungen sprechen von der schwierigen Aufgabe, zwischen Sicherheitsinteressen und bürgerlichen Freiheitsrechten abzuwägen. Nur entscheidet nicht die Gesellschaft nach offener Debatte, sondern Regierungen und Dienste beschließen im Geheimen. Gäbe es keine Edward Snowdens, wüssten wir nicht einmal davon. Diese Entwicklung trifft die Demokratie in ihrem Kern. Sie aufzuhalten ist essenziell. Dabei auf Regierungen zu vertrauen wäre naiv.“ (79)

In der „Süddeutschen Zeitung“ rechnete die Juristin und Diplomatin a.D. de Lenkait mit der „US-Hegemonie in Europa“ ab: „Die weitere Militarisierung der internationalen Beziehungen, die Besetzung fremder Territorien und die Verletzung von Abrüstungsverträgen von der NATO-USA ist definitiv zu bremsen und abzuklagen. All das hat mit Demokratie gar nichts zu tun. Im Gegenteil. Die Grundsätze der UN-Charta sind dadurch ernsthaft gefährdet und die Vereinten Nationen zunehmend als Deckmantel für die Gewalt der Welthegeemonialmacht missbraucht worden. Die NATO wurde seit der vergeudeteten Zeit des Kalten Krieges das wichtigste Instrument der US-Dominanz für ihre Weltbeherrschung. Daher ist sie eine enorme Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit auf der ganzen Welt geworden...“

Solange die NATO als Instrument für Kriegsplanung ausgenutzt wird, liegt es im Interesse aller Beteiligten und der Weltstaatengemeinschaft, die NATO aufzulösen, ein Entschluss, der seit dem Ende des Kalten Krieges unausweichlich und der seit den jüngsten NATO-Attentaten gegen den Frieden heute mehr denn je erforderlich ist... Die europäische Außenpolitik muss zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren, um eine normale Richtung der Menschlichkeit wiederzufinden: Im Helsinki-Prozess kann und muss Europa Frieden mit der ganzen Welt schließen.“ (80)

III

Weltordnungskriege

Diesem Kapitel seien Auszüge aus einer Analyse von Khaled Hadadeh, Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei über „Krieg und Frieden im östlichen Mittelmeer“ vorangestellt. Sie sollen auf die folgenden Abschnitte des Kapitels einstimmen.

„Die strukturelle Krise, in die der Weltkapitalismus seit mehr als einem Jahrzehnt eingetaucht ist, war eine der mörderischsten, aber auch der wichtigsten für die arabische Welt und den Mittleren Osten. Während dieses Jahrzehnts haben die imperialistischen Kriege (einschließlich der israelischen) im Irak, in Afghanistan, in Libyen, im Libanon und in Palästina in der Tat Millionen Tote und Dutzende Millionen Verstümmelte und Zwangsflüchtlinge verursacht, nicht zu vergessen die Zerstörung der Städte und Dörfer...

Washington hat..., unterstützt von seinem türkischen Verbündeten, bereits zahlreiche Kriege ausgelöst. Sowohl in Tschetschenien wie zwischen Georgien und Ossetien und heute in Syrien und vielleicht wieder im Libanon und in den besetzten palästinensischen Gebieten. Für dieses Ziel haben die USA...ein altes Projekt des früheren Staatssekretärs Henry Kissinger unter der Bezeichnung „Großer Mittlerer Osten“ wieder auf die Tagesordnung gesetzt, aus dem einige Jahre später, im Jahre 2006, als die israelischen Armeen den Libanon bombardierten, der „Neue Mittlere Osten“ wurde, der – wie uns damals Condoleezza Rice erklärt hat – nur geboren werden konnte unter den Schmerzen unseres Volkes. Dieses Projekt

beruht auf der Verwendung innerer Spaltungen, vor allem religiöser und konfessioneller, um die arabische Welt in Ministaaten zerfallen zu lassen, die Krieg führen und den Diebstahl der arabischen Reichtümer erleichtern...

Folglich hat die gegenwärtige Phase des Krieges im Mittleren Osten ein vierfaches Ziel: Das erste besteht darin, die...Zerbröckelung Syriens und des Libanon zu Ende zu bringen. Das zweite ist die Liquidierung der Sache Palästinas. Das dritte besteht darin, die Situation in Ägypten wieder in den Griff zu bekommen und die Moslebrüder wieder einzusetzen, um so aus Ägypten, nach der Türkei und Pakistan, den dritten Staat des Mittleren Ostens zu machen, der auf einer sunnitischen militärisch-muslimischen Diktatur beruht und die schiitische militärisch-muslimische Ausbreitung des Iran eindämmen kann.

Was das vierte Ziel angeht, ausgehend von all dem, ist es darauf ausgerichtet, Russland daran zu hindern, der Anführer eines zweiten internationalen Pols zu werden, der ‚seinen Anteil‘ an der Neuaufteilung der Welt im Gefolge des weltweiten Scheiterns der Hegemoniepolitik des US-Imperialismus in den letzten 23 Jahren verlangen kann.“ (1)

*

Die „Erneuerung der Welt“, die Obama anstrebt, bedient sich, wie gehabt, militärischer Mittel. Zu der „Erneuerung“ gehört die durch die Existenz des sozialistischen Weltsystems im 20. Jahrhundert ermöglichte Entkolonialisierung rückgängig zu

machen.

1996, also fast zur gleichen Zeit, als Brzezinski sein Buch „Die einzige Weltmacht“ veröffentlichte, kam der Generalstabsoffizier der Bundeswehr, Oberst Reinhard Herden, im Ergebnis einer Analyse, bei der es um die Sicherung der „globalen Konzentration des Wohlstands“ ging, zu diesen Schlussfolgerungen: Im 20. Jahrhundert wurden die großen Kriege zwischen wohlhabenden Staaten geführt. In den Kriegen des 21. Jahrhunderts müssten dagegen, da ja in den Klub der Reichen kaum neue Mitglieder aufgenommen würden, „die jetzt in Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten ihren Wohlstand verteidigen...

Die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte sein. Die Regierungen der reichen Staaten werden physische und digitale Sicherheitskorridore für den Abtransport von Bodenschätzen und den Handel zu Informationszwecken errichten und überwachen.“ (2)

Was Herden für das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr zu Papier brachte, ist offenbar in die Planung der Weltordnungskrieger eingegangen.

Mit dem Überfall auf Jugoslawien begonnen, wurden unter dem Deckmantel der „Demokratisierung“ und „Andauernder Freiheit“ „Failwed States“ geschaffen, „gescheiterte Staaten“. Einfach ausgedrückt: Die Zerstörung missliebiger „Schurkenstaaten“, ja, die Entstaatlichung von Ländern ist mit der von Obama betriebenen „Erneuerung der Welt“ üblich geworden.

1. „Operation Enduring freedom“

Als Barak Obama das Präsidentenamt antrat, dauerte die Okkupation Afghanistans bereits acht Jahre. Unmittelbar nach dem Anschlag auf das World Trade Center hatte die Bush-Administration zugeschlagen. Obwohl gar kein direkter Zusammenhang zum 11.9. besteht. Drei Monate zuvor hatte Washington beschlossen, „die USA würden spätestens im Oktober einen Regierungswechsel in Kabul herbeiführen.“ (3)

Am 9. September lag dem Weißen Haus ein „Aktionsplan“ vor. (4) Es sei zwingend, die Terroristen in diesem Land zu bekämpfen, hieß es. „Operation Enduring freedom“ lautete die Parole. „Operation andauernde Freiheit“ sollte den Afghanen eine „helle Zukunft“ bringen. Die so bezeichnete Operation gilt auch für Operationen am Horn von Afrika, auf den Philippinen und in Afrika.

In Afghanistan geht es um die Schaffung einer US-amerikanischen militärischen Infrastruktur in Mittelasien, die die Errichtung eines weiteren Stützpunktes gegen China einschließt. Es geht darum, das strategische Kräfteverhältnis in der Region zugunsten der USA zu verändern. Auf Kosten Russlands, Chinas und Indiens und nicht zuletzt auf Kosten des afghanischen Volkes.

Zbigniew Brzezinski, auch außenpolitischer Berater Obamas, hatte 1997 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ dargelegt, „dass die globale Dominanz der USA an die Beherrschung des zentralasiatischen Raumes gebunden sei.

Obama erhöhte – ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt – den Personalbestand des

Heeres auf 569.000 Männer und Frauen.

Gescheiterte Afghanistan-Politik

Obama taktierte in seiner Afghanistan-Politik. In einem Interview mit der „New York Times“ räumte er ein, dass „die kriegerische Auseinandersetzung in Afghanistan gegen wiedererstarbte radikalislamische Taliban nicht zu gewinnen sein werde.“

Er deutete die Bereitschaft an, mit moderaten Taliban Gespräche und Verhandlungen aufzunehmen. (5) In der Folgezeit wurden Kontakte mit „gemäßigten Taliban“ hergestellt.

Die Doppelzüngigkeit des US-Präsidenten offenbarte sich in seiner praktischen Handlung, in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft Schritt um Schritt die Truppenstärke der US-Streitkräfte in Afghanistan zu erhöhen. Etwa 100.000 Okkupanten befanden sich 2010 in Afghanistan. Seit 2006 war ihre Zahl mehr als verdreifacht, seit Beginn des Überfalls sogar verzehnfacht worden. Die Truppenstärke von ISAF wuchs schließlich auf 150.000 Mann. Den Appell Obamas an die Verbündeten, das Kriegsgeschehen stärker zu unterstützen, beantwortete die Bundeswehr mit der weiteren Aufstockung ihrer Truppe.

Obwohl Obama die Lage in Afghanistan zunehmend als „düster und gefährlich“ einschätzte, verlangte er, den Krieg „richtig auszustatten.“ (6) Der Krieg sei es „wert geführt zu werden“, so der US-Präsident. Das sei „grundlegend für den Schutz des amerikanischen Volkes.“ Zugleich schwor er das Land auf einen langen Kampf ein. „Wir werden sie nicht über Nacht besiegen.“ (7) Aber nach seinen Vorstellungen sollte der Krieg 2011 abgeschlossen werden können. Tatsächlich wurde der Krieg zunehmend auf Pakistan ausgedehnt.

Brzezinski meldete sich warnend zu Wort: Der Westen laufe Gefahr, „offenbar ungewollt“ das Schicksal der Sowjetunion (im Afghanistan-Krieg) zu erleiden. Die US-Amerikaner und ihre Verbündeten könnten in der Wahrnehmung der afghanischen Bevölkerung als feindliche Invasoren begriffen werden. Das führende bürgerliche Blatt in Deutschland, die FAZ, kommentierte in gleicher Richtung: „Wenn man das griechische Wort ‚krisis‘ in seiner ursprünglichen Bedeutung als Wendepunkt nimmt, befindet sich die westliche Afghanistan-Politik in der Krise... Die Unterstützung für die militärische Intervention in Afghanistan werde schwinden, wenn sich nicht in Jahresfrist eine deutliche Besserung der Lage abzeichne... Die nach dem Einmarsch 2001 schnell besiegten Taliban haben gelernt, wie der militärisch Unterlegene in einem asymmetrischen Krieg doch zum Erfolg kommen kann: Von terroristischen Einzelaktionen sind sie zu einem systematischen Guerrillakrieg übergegangen.“ (8)

Bei führenden Militärs traten Zweifel über den weiteren Kriegsverlauf auf. Der US-Oberkommandierende in Afghanistan, Stanley McChrystal, schrieb in einem geheimen Bericht: „Obwohl beachtliche Mühen und Opfer einige Fortschritte gebracht haben, deutet vieles auf eine Verschlechterung der Gesamtsituation hin...“

Mit Ressourcen allein werden wir diesen Krieg zwar nicht gewinnen, aber mit zu

wenig Ressourcen könnten wir ihn verlieren.“ (9)

Die bürgerliche Presse griff das Eingeständnis Chrystals auf. „Es ist ein Offenbarungseid, den der höchste US-Offizier soeben geleistet hat. Das Eingeständnis, dass die letzten sieben Jahre verlorene Jahre waren – für die Menschen in Afghanistan sowie so, für die internationale Truppe ebenfalls, ganz und gar aber auch für das immer noch lautstark beschworene Ziel, Afghanistan zu stabilisieren und zu einem Land zu machen, in dem weder heimisch, noch international agierende Terroristen sichere Zuflucht finden...Das Afghanistan-Projekt droht zu scheitern. Den USA könnte ein zweites Debakel von der Qualität des Vietnam-Kriegs bevorstehen...“ (10)

Die Kämpfe zwischen den NATO-Truppen und den Taliban nahmen an Heftigkeit zu. AWACS-Aufklärungsflugzeuge, deren Besatzung zu einem Drittel aus Bundeswehrangehörigen besteht, kamen zum Einsatz.

Obama sprach von einer „neuen Strategie“. Sie sei darauf gerichtet, afghanische Provinzen von Taliban zu räumen. Eine „Großoffensive“ im Sommer 2009 brachte keine Wende, aber eine deutliche Zunahme der Verluste der NATO-Truppen.

„Der Spiegel“ verlor den Glauben an einen Erfolg von „Enduring freedom“ als er schrieb: „In den Hauptstädten der Welt muss jetzt die furchtbare Möglichkeit des Scheiterns erwogen werden, die Wahrscheinlichkeit einer Niederlage von Nato, Uno, USA, die Aussicht auf eine Kapitulation von 41 Staaten, deren Koalition einst angetreten war, ein neues Afghanistan zu schaffen.“ (11)

Ende 2009 kontrollierten die Taliban etwa 80 Prozent des afghanischen Territoriums. Ein weiterer Strategiewechsel der USA zeigte sich in der Ausdehnung des Krieges auf Pakistan, dem verstärkten Einsatz immer modernerer Waffen wie der Drohnen und dem Versuch der Aufspaltung der Taliban durch Verhandlungen mit Gruppen von ihnen.

Das Friedensgutachten 2010, vorgelegt von fünf führenden Friedensforschungsinstituten der BRD, zog das Fazit: „Die Bilanz nach neun Jahren Afghanistankrieg ist katastrophal...Die bisherige Afghanistanpolitik ist gescheitert.“ (12)

Die „Berliner Zeitung“ kam nach Veröffentlichung von 75.000 als geheim bezeichneten Berichten durch Wikileaks zu der Feststellung: „Frieden wird es in Afghanistan in den nächsten Jahren nicht geben und schon gar nicht einen Frieden ohne die Taliban. Der Zeitpunkt, zu dem das möglich schien, ist lange vorbei. Er verstrich ungenutzt. Jetzt führt kein Weg mehr an den Taliban vorbei. Sie wegzubombardieren hat nicht geklappt, und niemand glaubt mehr, dass es jemals klappen könnte. Es heißt, an einen Rückzug aus Afghanistan sei jetzt nicht zu denken, weil man das Land nicht seinem Schicksal, sprich die Bevölkerung den Taliban überlassen dürfe. Die Veröffentlichung der Geheimdienstberichte macht klar, dass das auch noch in drei, vier oder fünf Jahren so sein wird.“ (13)

Im Sommer 2010 weitete Obama den Drohnenkrieg beträchtlich aus.

Eine geplante weitere Offensive der ISAF-Truppen musste abgesagt werden. Oberbefehlshaber McChrystal gab zu bedenken: „Es ist wichtiger, dass wir es richtiger machen als dass wir es schnell machen...Die kommenden Wochen werden hart.“ Es werde

auch viele Opfer geben. (14)

Unwägbarkeiten des Abzugs

Der von US-Seite ursprünglich für Juli 2011 vorgesehene Abzug der Truppen wurde als „nicht zwingend“ bezeichnet. Die Liquidierung Osama Bin Ladens brachte nicht die in Washington erwartete Wende im Afghanistan-Krieg.

Seit 2009 bereiten die USA und auch die BRD geeignete afghanische Kräfte für die Zeit nach dem Abzug der ISAF-Truppen vor. Grundlage bietet das Feldhandbuch der US-Armee zur Aufstandsbekämpfung. Danach sind zur Niederschlagung eines Aufstands pro 1.000 Einwohner 20 bis 25 Sicherheitskräfte erforderlich. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berechnete, dass demzufolge „570.000 bis eher 710.000 Sicherheitskräfte erforderlich“ wären. (15) Der Beraterstab Obamas hatte Vorstellungen entwickelt, in den kommenden sechs bis sieben Jahren rund 400.000 afghanische Sicherheitskräfte für die genannten Aufgaben auszubilden. (16)

Ende 2011 wurde ein Stufenplan der US-Administration bekannt. Danach sollen die US-Kampftruppen bis 2014 aus Afghanistan abgezogen sein. Der NATO-Gipfel in Chicago im Mai 2012 konkretisierte den Abzugstermin auf den 31. Dezember 2014. Festgelegt wurde, die bisherige Kampfmission in eine Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmision umzuwandeln. Eine entsprechende Mission soll auch für deutsche Kräfte geschaffen werden. Und zwar für Projekte, die von der „Ausbildung bis hin zur Durchführung von Operationen“ reichen. (17) Insgesamt sollen 35.000 Soldaten in Afghanistan bleiben. (18)

Sie sollen bis 2024 in fünf Stützpunkten konzentriert sein. Karsai nannte neun Militärbasen am Hindukusch. (19)

In der „Berliner Zeitung“ wurde dazu bemerkt: „Der massive Einsatz des Militärs hat zu nichts geführt. Der Plan, afghanische Soldaten und Polizisten in großer Zahl auszubilden und ihnen ausländische Berater an die Hand zu geben, bis sie selbst in der Lage sind, Sicherheit herzustellen, geht offenbar nicht auf. Afghanistan scheint mittlerweile für Militärberater mindestens so gefährlich zu sein wie für gewöhnliche Besatzungssoldaten, wenn nicht gefährlicher. Zu den Afghanen, die sich den Taliban gegenüber loyal führen und gewaltbereit gegenüber Ausländer sind, haben sich jene Afghanen gesellt, die ihre Religion in den Schmutz getreten sehen und deswegen die Waffe gegen Ausländer richten.“ (20)

Die Kämpfe in den Jahren 2011, 2012 und 2013 flauten nicht ab. Ein Rückgang der Taliban-Angriffe war nicht zu verzeichnen.

Die mit den Besatzungsmächten zusammenwirkenden afghanischen Kräfte, die nach Abzug der ISAF-Truppen die Verantwortung für die Sicherheit des Landes übernehmen sollen, sind dazu offenbar noch nicht fähig. Immer wieder tauchen für die Armee oder Polizei Ausgebildete unter oder laufen zu den Taliban über. „Berliner Regierungsberater rechnen mit dem Übergang zu einer ‚Counterterrorism‘-Strategie inklusive ‚gezieltem Töten in großem Stil‘. Wie es in einer aktuellen Studie der Stif-

tung Wissenschaft und Politik (SWP) heißt, setzte sich in Washington immer mehr die Ansicht durch, , die gegenwärtig praktizierte Strategie der ‚Aufstandsbekämpfung (‚Counterinsurgency‘) könne nicht zum Erfolg führen. Experten hätten sie schon 2009 als ‚Glücksspiel‘ bezeichnet.“ Die neue Strategie brauche „deutlich weniger Truppen“ und sei „deshalb billiger.“ (21) Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass, wie der Pressesprecher von Präsident Karzai in „The Guardian“ sagte, die CIA große „spezialtruppenartige“ Einheiten kontrolliert. Einige von ihnen operierten im Namen des afghanischen Geheimdienstes NDS, obwohl dafür keine Weisung vorliege. (22)

Im Sommer 2013 scheiterten Verhandlungen mit Kräften der Taliban. Diese hatten anlässlich der Eröffnung ihres ersten Auslandsbüros in Anwesenheit von Vertretern der Regierung Katars die Hymne der Aufständischen gespielt und ihre Flagge gehisst. Karzai ließ daraufhin mitteilen, er werde sich nicht an Gesprächen beteiligen. Zunächst sei zu gewährleisten, dass solche Gespräche „unter afghanischer Führung“ stattfänden.

Peter Scholl-Latour weist auf Erfahrungen der Kriege in Afghanistan hin: „Die Hoffnung, in Afghanistan hearts and minds, also Herzen und Gemüter, zu gewinnen, ist naiv, eine Schimäre. Da hatten seinerzeit die Sowjets mehr Sympathien in Teilen der Bevölkerung als heute die westliche Allianz. Und das hat ihnen auch nichts genutzt.“ (23)

2013 dauert der Krieg in Afghanistan 12 Jahre. Länger als beide Weltkriege zusammen.

Viel Leid und keine Sicherheit

Der Krieg in Afghanistan hat die amerikanischen Steuerzahler bisher 1,3 Billionen Dollar, die deutschen 36 Milliarden Euro gekostet. Für die Menschen in Afghanistan bedeutet das Kriegsgeschehen mit seinen Folgen eine Katastrophe.

Die „Operation Andauernde Freiheit“ hat 100.000 Afghanen in den vergangenen 13 Jahren das Leben gekostet. Mindestens 800.000 Bürgerinnen und Bürger wurden Kriegsflüchtlinge.

Die vielversprochene „Verbesserung der Lebenslage“ hat sich als westliche Sprechblase erwiesen.

Acht Millionen Menschen leiden an Hunger, 61 Prozent sind unterernährt. Mehr als 40 Prozent sind arbeitslos. Nur 13 Prozent der Afghanen haben Zugang zu Trinkwasser. (24)

Die Infrastruktur des Landes ist weitgehend zerstört. Weite Gebiete sind infolge des Einsatzes von Uranmunition verseucht.

Die Opiumproduktion ist mit dem ungestörten Mohnanbau als Haupteinnahmequelle der Bauern sprunghaft gestiegen. Nach UNO-Schätzungen kommen aus dem okkupierten Afghanistan 90 Prozent der Weltschlafmohnproduktion. (25) 2013 wurde auf 209.000 Hektar Ackerfläche Schlafmohn angebaut. Damit wurde der bisherige

Spitzenwert von 2007 überboten.

Strom gibt es nur für wenige Stunden am Tag.

Nicht nur Al-Qaida, sondern auch kriminelle Banden fördern die Anarchie in den Provinzen. (26)

„Die afghanische ‚Regierung‘ ist hoffnungslos korrupt und setzt sich aus Warlords zusammen. Da diesen Machthabern derzeit die Repressionsorgane aufgebaut werden, um gegen den Widerstand vorzugehen, droht Afghanistan eine Zukunft als autoritärer Militärstaat. (27) Eine Analyse des Afghanistan Analysts Network (AAN) besagt:

„Die Warlords konnten ihre Stellung als Verbündete der NATO deutlich stärken.“ Gemeinsam mit der Fraktion von Staatspräsident Karsai haben sie inzwischen „Schlüsselpositionen in Wirtschaft, Politik und Sicherheitssektor“ inne. Gleichzeitig haben sie aber „keinerlei Interesse an funktionierenden demokratischen Institutionen,“ (28) Die taz kommentierte: „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“ (29)

Ein Vertreter des EU-Gehemdienstes INTCEN sieht das „wahrscheinlichste Szenario“ für die Zeit nach 2014 in einer Zweiteilung des Landes. Als Beispiel wird dafür der derzeitige Zustand der nördlichen afghanischen Provinz Baghlan genannt, „mit ihrer Zweiteilung in einen von den Taliban beherrschten Teil und ein vom organisierten Verbrechen diktiertes Gebiet mit relativer Stabilität und geringer Insurgenz, solange sich beide Interessensphären nicht ins Gehege kommen...“ (30) Falls diese Rechnung nicht aufgeht, nennen Think Tank die Option des Bürgerkrieges.

Die „Operation Enduring freedom“ ist gescheitert. Aber die USA haben über ein Jahrzehnt Afghanistan als riesigen Truppenübungsplatz und als Möglichkeit genutzt, neue Waffen zu probieren. Sie haben sich für die Zeit nach 2014 Militärbasen im Lande gesichert. Die NATO konnte solche in Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien einrichten. Und vor allem: Die US-Rüstungskonzerne haben enorme Gewinne eingefahren.

In einem Sicherheitsabkommen zwischen USA und Afghanistan soll Kabul den verbleibenden US-Soldaten Immunität gewähren. Das Abkommen ist noch nicht unterzeichnet.

Karsais vorläufiges Resume‘ von „Enuring Freedom“: Der NATO-Einsatz habe viel Leid gebracht, den Verlust zahlreicher Menschen und keine Vorteile, denn das Land ist nicht sicher.“

2. „Operation Iraqi freedom“

1998 hatten die Clinton-Administration und der US-Kongress den Sturz Saddam Hus-

seins als strategische Hauptaufgabe der USA bezeichnet.

Nach dem 11. September schlug Clinton-Nachfolger George W. Bush Alarm: Saddam sei eine Bedrohung für die ganze Welt. Der Irak sei im Besitz von Massenvernichtungswaffen. Sie würden von einem "mörderischen Tyrannen kontrolliert." (31) Eine mörderische militärische Intervention begann.

Sechs Jahre später versprach Obama als Präsidentschaftskandidat – nach einem Fiasco der US-Operation „Iraqi Freedom“ –, die US-Kampftruppen würden innerhalb 16 Monaten aus dem Irak abgezogen sein. Voraussetzung sei, dass „Irak stabil ist.“ (32)

Bankrotterklärung

Der Abzug der Truppen war mehreren Gründen geschuldet. Vor allem zeigten sich die USA als Okkupationsmacht überfordert. Die Kosten des Krieges und der Stationierung hatten Unsummen verschlungen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise zwangen Washington, die Ausgabenposten im Staatshaushalt zu überprüfen. Das Inferno im Irak war nahezu total. Die Konflikte vor allem zwischen den Konfessionen nahmen immer mehr bürgerkriegsähnliche Formen an. Von den ursprünglich etwa 40 Staaten, die die USA in der „Koalition der Willigen“ zusammengefasst hatten, waren im Laufe der Jahre fast die Hälfte ausgeschieden. Mit einem Truppenabzug wollten sich die USA von der schweren Bürde des Krieges befreien und seiner Irakisierung freien Lauf überlassen.

Am 1. September 2010, also 26 Monate später als versprochen, erklärt also Obama nun als US-Präsident, der US-Kampfeinsatz im Irak sei beendet. „Nur Iraker können ihre Schwierigkeiten lösen und ihre Straßen sicher halten. Nur Iraker können in den Grenzen ihres Landes eine Demokratie aufbauen,“ so Obama. (33)

Für die USA eine Bankrotterklärung erster Güte. Unter der Parole „Iraqi freedom“ war das Zweistromland in Tod und Chaos gestürzt worden. Die „Berliner Zeitung“ erhob diese Fragen: „Ist der Krieg ein Erfolg, an dessen Ende man, wie Obama es tut, erklären kann, dass die derzeitigen Sicherheitszwischenfälle zu den niedrigsten gehören, die seit Beginn des Krieges verzeichnet wurden“? Ist das auch nur ein Fortschritt? Was ist geblieben von Bushs Vision, der Sturz Saddam Husseins werde nicht nur den Irak sicherer machen, sondern den ganzen Nahen Osten? Kein Wort dazu in dieser Erklärung Obamas.“ (34)

Sieben Jahre waren seit dem US-amerikanischen Überfall bis zur Erklärung Obamas über das Ende des US-Kriegeseinsatzes vergangen. Weitere Jahre vergingen, in denen es der US-Administration darum ging, eine nachhaltige Kontrolle des Landes und seiner Ressourcen zu erreichen.

Jahrelang wurde mit Bagdad über die Zahl der im Irak verbleibenden US-Soldaten verhandelt. Von den 140.000 dort stationierten GI's sollten nach Auffassung des Pentagon 35.000 bis 50.000 verbleiben. Ende 2011 sollten die restlichen Truppen das Land verlassen. Die US-Administration drückte auf Tempo. „Augen zu und durch, bevor es noch schlimmer wird, scheint inzwischen die Devise im Weißen Haus zu

sein," ätzte der „Tagesspiegel“. (35)

Obwohl die US-Administration massiven Druck auf Bagdad ausübte, scheiterte die Vereinbarung über ein Stationierungsabkommen. Die irakische Regierung lehnte die Forderung ab, den verbleibenden GI's „Immunität“ zuzubilligen. Die USA lösten das Problem auf ihre Weise. Die US-Botschaft wurde zu einer weiträumigen Festung ausgebaut. 27 vielstöckige Gebäude wurden errichtet. Das „Grundstück“ umfasst eine Fläche, die der von etwa 80 Fußballfeldern entspricht. Das Personal wurde mit rund 17.000 „Mitarbeitern“ beziffert. (36)

Das Gerangel mit der irakischen Seite über die Stationierung US-amerikanischer Soldaten bedarf noch einer Ergänzung.

2007 betrieben im Irak – zumeist im Auftrag des Pentagon – 500 private Subunternehmen mit 100.000 bis 150.000 Beschäftigten ihre Geschäfte: „Militärausbildung, Spionage, Waffenbeschaffung, Wachschutz und Kommando-Einsätze. Von den klassischen Söldnertruppen unterscheiden sich die Militärfirmen durch ihre „moderne, legale Geschäftsform, die offene Personalrekrutierung und ihre High-tech-Basis.“ (37)

Mitarbeiter von etlichen solcher Firmen zeichnen sich durch besondere Schießfreudigkeit aus. Bagdad zeigte sich wiederholt empört über die Tötung irakischer Zivilisten vor allem durch Personal der Firma Blackwater. In den USA eingeleitete Verfahren gegen die Täter wurden zumeist schnell wieder eingestellt.

Angst und Mord im Alltag

Die Organisation „Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung“ (IPPNW) erklärte in einer Pressemitteilung u.a.:

„Der Irak hat durch die Invasion im Jahr 2003 bis Anfang 2012 schätzungsweise 1,5 Millionen Todesopfer durch kriegerische Gewalteinwirkung zu verzeichnen. Das ist das Ergebnis des IPPNW-Reports

„Body Count – Opferzahlen nach zehn Jahren Kriegen gegen den Terror Irak – Afghanistan – Pakistan.“ Ungezählt die Zahl der Krüppel, die der Krieg hinterließ. Ungezählt die Zahl der Opfer von Sprengsätzen der Anti-Personenminen und der Streubomben. 1,6 Millionen Iraker leben noch immer in verminten Regionen. Fachleute für die Räumung des Teufelszeugs fehlen. Ungezählt auch die Krebserkrankungen und der Missbildungen bei Neugeborenen - Folge des Einsatzes von Munition mit abgereichertem Uran im 1. Golf-Krieg und 2004 bei der Belagerung Faludschas durch US-Truppen. Über vier Millionen Iraker wurden zur Flucht veranlasst.

Die „irakische Freiheit“, die die US-amerikanischen Okkupanten und die „Willigen“ in ihrem Troß dem Volk im Zweistromland gebracht haben, reflektiert sich in den Zahlen der Opfer, in der Unsicherheit der Überlebenden, in dem Umherirren der Geflohenen, im sozialen Abstieg von Millionen.

„Eine Welle gezielter Morde, Entführungen und Überfälle erschüttert das Land,“ berichtete der „Tagesspiegel“ im Sommer 2010. Und weiter: „Goldhändler im Basar

von Bagdad wurden exekutiert, sogar die irakische Zentralbank überfallen und angezündet. Niemand ist mehr sicher vor den Killerkommandos, die nachts mit schallgedämpften Pistolen kommen und kleine magnetische Sprengkörper an Haustüren, Gartentoren oder unter Autos platzieren. Wahllos trifft es Familien von Politikern, Polizisten Scheichs, gemäßigten Klerikern, Offizieren oder Ärzten. Jeder, der für den irakischen Staat arbeitet und sich für demokratische Verhältnisse einsetzt, gilt als Ziel.“ (38) „Der Spiegel“ schrieb zur gleichen Zeit: „Bis heute nimmt dieser Krieg kein Ende...Die Freiheit, die sie heute genießen, ist den meisten Irakern ein abstraktes Gut.“ (39)

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und Publizist Todenhöfer stellt nach einem Besuch Bagdads fest, „dass aus der legendären Stadt der Märchen von ,1000 und einer Nacht‘

eine düstere Festung, ein Hochsicherheitsgefängnis mit 1000 Betonmauern und 1000 bewaffneten Checkpoints“ geworden sei. (40)

Drei Jahre nach Abzug der US-Okkupationstruppen konstatiert die „Berliner Zeitung“: „Mit der US-Invasion 2003 wurde zwar Saddam Hussein gestürzt und die Diktatur zerfiel. Doch damit begannen Chaos, Plünderungen und Macht-Umverteilungskämpfe. Die Terrororganisation Al-Kaida setzte sich fest. Ab Mitte 2006 initiierten religiöse und politische Extremisten Gewaltorgien: Schiiten massakrierten Sunniten und umgekehrt. Christen wurden ermordet und Kirchen brannten. Geiselnahmen, Raubmorde und Attentate machten das Land zur Hölle, für die Iraker wie für die ausländischen Truppen, für Mitarbeiter internationaler Unternehmen, der Uno und Hilfsorganisationen.“ (41)

„Junge-Welt“-Korrespondentin Karin Leukefeld berichtete im Frühjahr 2013:

„Gewalt und der zunehmende Einfluss von Religion auf die Politik haben die Lage der Frauen beständig verschlechtert... Nach Angaben des stellvertretenden (irakischen) Ministerpräsidenten soll es derzeit rund 30.000 Gefangene im Irak geben. Viele von ihnen gelten als Oppositionelle zur amtierenden Regierung von Nuri Al-Maliki... Unsicherheit, Krankheit und Arbeitslosigkeit bilden den hoffnungslosen Kreislauf, in dem die Iraker sich heute bewegen.“ (42)

Der Publizist Joachim Guilliard konstatierte: „Die Hälfte der erwerbsfähigen Männer ist arbeitslos oder unterbeschäftigt, Frauen wurden weitgehend aus dem Erwerbsleben gedrängt. Ein Viertel der Bevölkerung lebt in extremer Armut, die Lebenserwartung sank im Vergleich zu den Nachbarstaaten um vier Jahre.“ (43)

Staatsterrorismus vermehrt Terrorismus

Der von Bush ausgerufenen und von Obama fortgesetzten „Krieg gegen den Terror“, der sich als Staatsterrorismus realisiert, hat mit der Gruppe „Islamischer Staat“, die der Al-Qaida-Organisation zuzurechnen ist, und der Nusra-Front, die es früher im Irak nicht gab, den Terror erst richtig entfacht.

Aus einem Kommentar der „Jungen Welt“: „Letztlich entspricht die Absicht, die zwei

Hauptströmungen des Islam zu blutiger Gewalt gegeneinander aufzuhetzen, der Strategie, die die USA, Deutschland und andere westliche Staaten im gesamten Großraum vom Ostrand des Mittelmeers bis an die Grenzen Indiens und Chinas betreiben. Die massive Aufrüstung der reaktionären arabischen Regimes zum Krieg gegen den schiitischen Iran ist das materielle Zentrum dieser Politik.“ (44)

Bemerkenswert auch die Ausführungen in der „Berliner Zeitung“ über die Regisseure und Finanziere der religiös verbrämten Kämpfe im Irak: „An vorderster Unterstützer-Front stehen dabei die konservativen Saudis und Golfaraber, die die Schiiten als ‚religiöse Ketzler‘

ein für alle mal loswerden wollen und die Islam-Auslegung monopolisieren wollen. Der politisch-schiitische Iran könnte als regionaler Konkurrent ausgeschaltet werden. Bewegungen wie die schiitische Hisbollah im Libanon würden bedeutungslos und die um mehr Bürgerrechte kämpfenden schiitischen Minderheiten in vielen Ländern müssten kuschen. Die Scheichs am Golf unterstützen daher ganz offen Al-Kaida und die Rebellen in Syrien – und schauen insgeheim angeblich schon nach Irak:

Die Schlacht um Syrien, so schreiben Hussein Agha und Robert Malley (zwei US-amerikanische Nahost-Experten), sei eigentlich auch eine Schlacht um Bagdad.

„Die sunnitischen unter den arabischen Staaten haben den Verlust von Bagdad nie akzeptiert“, so die Nahost-Experten.“ (45)

Joachim Guilliard schätzt in einem Grundsatzbeitrag ein: „Hauptverantwortlich für die katastrophale Situation im Irak sind keineswegs traditionelle ethnische und religiöse Konflikte und auch nicht Fehler, mangelnde Planung etc. der Besatzer.

Sie ist in erster Linie die vorhersehbare Folge einer Eroberungs- und Besatzungspolitik, für die Stabilisierung und Demokratisierung nie Priorität hatte und die auch nicht nur die bloße Ersetzung einer unliebsamen Regierung anstrebte. Ziel war vor allem die nachhaltige Zerstörung einer zu stark und unabhängig gewordenen Regionalmacht und die permanente Stationierung eigener Truppen – als Ausgangsbasis für die Umgestaltung bzw. Unterwerfung der gesamten Region.“ (46)

Karin Leukefeld analysiert die katastrophale Lage des Irak und kommt u.a. zu dem Schluss: „Der Krieg zerstörte eine durch vorherige Kriege und UN-Sanktionen zwar geschwächte, aber doch intakte Gesellschaft, er zerstörte die irakische Nation.“ Und weiter: „Der Krieg gegen den Irak machte das Land zu einem Rückzugsort für islamistische Kampfgruppen, die in Libyen, in Syrien und Mali neue Verwendung fanden und finden. Ihre dogmatische religiöse Rhetorik täuscht über den eigentlichen Zweck ihres Daseins hinweg. Tatsächlich sind die Söldner im Dienst von Staaten, die aus finanziellen und innenpolitischen Gründen eigene Truppen nicht senden können. Die USA und Europa bedienen sich dieser Gruppen, weil sie im Mittleren Osten, den sie als ihr Interessengebiet markiert haben, Einfluss behalten wollen.“ (47)

2010 wurden an jedem Tag des Krieges im Irak 535 Tote gezählt. Im September 2013 waren es 4.500 Tote.

Auswegslosigkeit

Anmaßend und demagogisch hatten die US-Strategen zu Beginn des Überfalls auf

das Zweistrom-Land von der „Befreiungs“-Operation „Iraqi Freedom“ gesprochen. Später wurde diese Parole durch „New dawn“ ersetzt, was „Morgendämmerung“ bedeutet. Millionen Iraker wurden durch das verbrecherische Unternehmen der USA in eine Nacht der Ungewissheit gestürzt.

Obama zufolge gaben die USA „über eine Billion Dollar im Krieg aus, oft geliehen im Ausland.“ (48)

Der amerikanische Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz spricht von drei Billionen Dollar, die in den Kriegen gegen Afghanistan und Irak verschleudert wurden. Es genüge nicht, lediglich die Kriegskosten zu benennen. „Ignoriert wurden die Kriegskosten im weitesten Sinne, wie zum Beispiel die Zinszahlungen auf Kriegskredite, die Kosten zur Pflege von Kriegsinvaliden und Veteranen oder Geld für die Geheimdienste.“ Stiglitz fügt hinzu: „Kriege bedeuten vor allem Unsicherheit und die Zerstörung von materiellen Werten.“ (49)

Der Krieg im Irak hat kein Ende.

Im November 2013 trat Premier Nuri Al-Maliki in Washington als Bittsteller auf. Sein Hilferuf: „Waffen für den Kampf gegen den Terror“. Die irakischen Streitkräfte sind vor allem an Kampfhubschraubern interessiert. Schon vor Monaten hatte Bagdad um die Lieferung von US-Drohnen gebeten. Obama verabschiedete Al-Maliki ohne jegliche Zusage. Sechs Senatoren der beiden großen Parteien der USA hatten u.a. verlangt, dass Bagdad vor einer Hilfszusage Washingtons den „böartigen Einfluss Irans in der irakischen Regierung“ zurückzudrängen“ habe. (50)

3. Afpak-Operation

Schon Obama-Vorgänger Bush hatte in den Krieg gegen Afghanistan auch Pakistan einbezogen. Obama entschied, dass das nordwestpakistanische Grenzgebiet als Teil des afghanischen Kriegsschauplatzes zu gelten habe. Von Afpak wird seitdem gesprochen – von dem einheitlichen Kriegsschauplatz Afghanistan-Pakistan. In einer Rede Ende März 2009, also einige Wochen nach seinem Amtsantritt, verteidigte Obama seine Entscheidung: „Die Zukunft Afghanistans ist untrennbar mit der Zukunft seines Nachbarn Pakistan verbunden. In den fast acht Jahren seit dem 11. September sind Al-Qaida und ihre extremistischen Verbündeten in die entlegenen Grenzgebiete Pakistans umgezogen...Für das amerikanische Volk ist die Grenzregion zum gefährlichsten Platz der Welt geworden... Al-Qaida und ihre extremistischen Verbündeten sind ein Krebsgeschwür, das Pakistan von innen umzubringen versucht.“ (51)

Als Islamabad beschwerdeführend darauf hinwies, dass bei Drohnenangriffen 700 Zivilisten getötet worden seien, widersprach CIA-Direktor Panetta den Angaben. Er hob die Präzision der Angriffe sowie „die sehr begrenzten Kollateralschäden“ hervor. (52)

Die Drohnenangriffe richteten sich, einer Verlautbarung Washingtons zufolge, gegen „islamistische Extremisten“ und deren mutmaßliche Stellungen, Trainingslager, Unterkünfte und Häuser in Pakistan.

Anfang Dezember 2009 betonte der US-Präsident in einer Rede vor Militärskadetten: „Was auf dem Spiel steht, ist nicht nur die Glaubwürdigkeit der NATO, sondern die Sicherheit unserer Verbündeten und die gemeinsame Sicherheit der Welt.“ (53)

Zur gleichen Zeit berichtete die „New York Times“, der Präsident habe einen Plan der CIA genehmigt. Der sehe eine Ausweitung der Aktivitäten des Geheimdienstes in Pakistan vor. Die Zahl der Drohnenangriffe werde weiter gesteigert. Die Ziele der Angriffe würden deutlich erweitert, vor allem die Provinz Balutschistan werde mit einbezogen. Es würden mehr Spione ins Land geschickt. Die Geldmittel für die CIA wurden kräftig erhöht. (54)

In der „Toronto Sun“ wurde vermerkt, dass durch die zahlreichen US-Drohnenangriffe und die steigende Zahl ziviler Opfer die „anti-amerikanische Wut“ in der Bevölkerung stark gestiegen sei. (55)

Nach der Hinrichtung bin Ladens triumphierte Obama: „Wir haben Al Qaida enthauptet und wir werden sie besiegen.“ (56) Ein hochrangiger Vertreter der CIA verdächtigte bei Auswertung der Aktion „entscheidende Teile“ des pakistanischen Geheimdienstes ISI, schon lange die Hand schützend über bin Laden gehalten zu haben. „Wir haben jetzt ernstzunehmende Hinweise, dass bin Laden nicht nur durch den ISI, sondern auch durch Teile des pakistanischen Militärs geschützt worden ist.“ (57)

Die pakistanische Opposition konterte. Sie verwahrte sich gegen die ohne Einbeziehung Islamabads erfolgte US-amerikanische Geheimaktion auf pakistanischem Boden. Gefordert wurde der Rücktritt des Präsidenten und des Ministerpräsidenten des Landes. Oppositionsführer Nisar Ali erklärte, die US-Aktion „trampelt auf unserer Ehre und Würde herum... Die Regierung schweigt, und es gibt offenbar niemanden, der der Propaganda gegen Pakistan entgegentritt.“ (58)

Die Beziehungen der US-Administration zu Islamabad wurden weiter abgekühlt, als bei einem NATO-Angriff auf Ziele im pakistanischen Grenzgebiet 24 pakistanische Soldaten getötet wurden. (59)

Die USA unterbrachen zeitweilig die Drohnen-Einsätze.

Im Jahr 2012 genehmigte Obama in den ersten fünf Monaten 21 Drohnen-Attacken gegen Pakistan. 2009 – im ersten Jahr seiner Amtszeit - hatte es 45 solcher Angriffe gegeben, 2010 waren es 101 und 2011 64. (60)

Ende April 2012 protestierte die pakistanische Regierung gegen die CIA-Drohnen-attacken auf Ziele im Nordwesten des Landes. „Solche Angriffe stehen in totalem Gegensatz zum internationalen Recht und zu den herrschenden Normen zwischenstaatlicher Beziehungen,“ hieß es in dem Protest. Die Regierung habe wiederholt und schon seit langem ihren Standpunkt bekräftigt, dass durch die Attacken die territoriale Integrität und Souveränität des Landes verletzt werde. (61)

Im August 2013 wies dann die Sprecherin des State Department Harf die Klagen Islamads zurück: „Aber niemand verhält sich naiv gegenüber der Tatsache, dass die Bedrohung immer noch existiert und dass wir den Kampf an diesem und anderen Orten überall auf der Welt weiterführen müssen.“ (62)

Das hielt die pakistanische Regierung nicht davon ab, ihren Repräsentanten in der

UN-Vollversammlung im Oktober 2013 erklären zu lassen, dass alle Drohnenangriffe gegen sein Land illegal seien und sofort eingestellt werden müssten. „Die psychologischen Auswirkungen der Drohnenangriffe auf die Verwandten der Zivilpersonen, die auf un menschliche Weise getötet werden, fördern Gefühle des Hasses und radikalisieren noch mehr Menschen. Drohnenangriffe sind deshalb kontraproduktiv.“ (63)

Einige Tage zuvor, während seines Staatsbesuch in den USA, hatte der pakistanische Regierungschef Nawaz Sharif ein Ende der Drohnenangriffe gefordert.

Anfang November 2013 verurteilte die Regierung in Islamabad die gezielte Ermordung des Taliban-Führers Hakimullah Mehsud durch eine US-Drohne als „Angriff auf den Friedensprozess“. Angekündigt wurde eine Überprüfung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Die US-Administration hatte wiederholt zu verstehen gegeben, dass sie Gespräche der pakistanischen Seite mit Taliban-Vertretern nicht begrüße.

Ende November 2013 begann eine Blockade der Nachschubwege des US-Militärs in der nordwestpakistanischen Provinz Khyber-Pakhtunkhwa als Protest gegen die Drohnenangriffe. Die Verkehrsverbindungen sollen erst dann wieder geöffnet werden, wenn die Drohnenangriffe eingestellt werden. (64)

Was der von den USA geführte Krieg gegen Pakistan bisher eigentlich erreicht habe, fragt die „Berliner Zeitung“: „Wie lange wird die Regierung, wird das Land diesen Druck aushalten? Wie lange werden die Pakistani sich die Bilder von fliehenden Landsleuten, zerstörten Häusern und Opfern von Drohnen-Angriffen anschauen und ruhig bleiben – im Wissen darum, dass das auf Geheiß der Amerikaner geschieht? Der Westen hat seine Lektion im Iran und in Afghanistan bekommen. Gelernt hat er offenbar nichts.“

Er hat nichts gelernt. Die von ihm gezogene Blutspur auch in Pakistan verdeutlicht: Die Zahl der pakistanischen Toten im Afpak-Krieg wird auf 40.000 bis 60.000 beziffert.

4. „Dritte Front“

Drohnenangriffe auf Ziele im Jemen spielen in der Berichterstattung der Massenmedien eine untergeordnete Rolle.

Zwar wurden in den Jahren des Anschlusses Südjemens an den Norden und vor allem in den Folgejahren blutiger Kämpfe gegen die jahrzehntelange Herrschaft des Präsidenten Saleh, gegen Korruption, Machtmissbrauch und Verletzung elementarer Menschenrechte schon mal umfassendere Beiträge in den Medien veröffentlicht.

Das jemenitische Regime wurde und wird von den USA ausgehalten.

Seit Ende 2009, also seit dem ersten Amtsjahr Obamas, wird nun vom Jemen als von einer „dritten Front im Krieg gegen den Terror“ gesprochen. Also neben den Fronten im Irak und in Afghanistan/Pakistan. Die „New York Times“ bezeichnete den Jemen als „dritte, weitgehend verdeckte Front.“

„Inmitten von zwei unbeendeten Kriegen haben die Vereinigten Staaten in aller

Stille eine dritte, weitgehend verdeckte Front gegen Al Kaida im Jemen eröffnet.“ (65) Der US-TV-Sender „Fox“ meldete am 27. Dezember 2009: „Wir haben dort eine wachsende Präsenz und müssen sie haben, für Sonderoperationen, Grüne Barette, Geheimdienste.“

Das Pentagon schickte US-Offiziere als Ausbilder ins Land.

In den Monaten des zu Ende gehenden Jahres 2009 erfolgte eine Reihe von Drohnenangriffen gegen vermeintliche Al-Qaida-Stützpunkte. 120 Menschen wurden dabei getötet.

Jemenitische Oppositionspolitiker schätzten ein, dass die US-Angriffe sich wesentlich gegen die Autonomiebewegung im Süden des Landes richteten.

Am 1. Dezember 2009 berichtete die „New York Times“, die USA hätten „Feuerkraft, nachrichtendienstliche Informationen und andere Formen der Unterstützung“ für militärische Operationen geliefert.

In den Planungen der US-Militärs für die „dritte Front“ werden auch Somalia und Nordostafrika einbezogen.

Im Februar 2009 wurde in den jährlich erstellten Geheimdienstberichten der USA gemeldet: „Jemen taucht wieder auf als Schlachtfeld des Dschihad und potenzielle regionale Operationsbasis für Al-Qaida, um Angriffe im Inneren und nach außen zu planen, Terroristen auszubilden und Bewegungen ihrer Kader zu erleichtern.“ (66)

In seiner Rede zu Afghanistan am 1. Dezember 2009 führte Obama u.a. aus:

„Der Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus wird nicht schnell zu Ende gehen, und er reicht weit über Afghanistan und Pakistan hinaus. Er wird eine dauerhafte Prüfung für unsere freie Gesellschaft und für unsere Führerschaft in der Welt sein... Wir müssen geschickt und exakt beim Gebrauch unserer Militärmacht sein. Wo Al-Qaida und ihre Verbündeten festen Fuß zu fassen versuchen – sei es in Somalia oder im Jemen oder anderswo – müssen sie mit wachsendem Druck und starken Partnerschaften konfrontiert sein.“ (67)

Wenige Tage nach dieser Rede nahm der US-Senat einstimmig eine Resolution an, in der die Lage im Süden der Arabische Halbinsel als „Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA“ dargestellt wurde. Die Resolution verzichtete auf Einzelheiten. Sie behauptete, dass Al-Qaida-Kämpfer sich im Jemen eingenistet hätten und Teile des Landes zu „sicheren Rückzugsgebieten“ nutzten. Obama wurde in der Resolution aufgefordert, die sich daraus ergebenden Gefahren „in der Globalstrategie der Vereinigten Staaten angemessen zu berücksichtigen,“ und „alle geeigneten Maßnahmen einzusetzen und um das jemenitische Volk dabei zu unterstützen, dass Jemen kein gescheiterter Staat wird.“ (68)

Anfang Januar 2010 tauchte überraschend der US-Militärkommandeur für den Raum zwischen Mogadischu und dem Hindukusch David Petraeus in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa auf. Obwohl der damalige Präsident des Landes, Saleh, die Auffassung vertrat, Berichte über Al-Qaida-Aktivitäten im Jemen seien „übertrieben“, verkündete Petraeus, intensivere Aktivitäten im „Antiterrorkampf“ seitens der US-Streitkräfte seien erforderlich. Die US-Militärhilfe für den Jemen werde sich für das laufende Jahr gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppeln.

Ende Januar 2010 berichtete dann die „Washington Post“, dass US-Spezialeinheiten und Geheimdienste tief verwickelt „sien in geheime gemeinsame Operationen mit jemenitischen Truppen“ gegen Al-Qaida-Stützpunkte. (69)

In den Folgemonaten wurden dem Geheimdienst größere Kontrollbefugnisse über Aktivitäten im Jemen eingeräumt. „Verdeckte“ Kommandoaktionen von US-Spezialeinheiten wurden formal der CIA unterstellt.

In den Jahren seit dem Amtsantritt Obamas wurden die militärischen Aktivitäten und Operationen der US-Armee und der CIA zügig verstärkt.

„Der Spiegel“ lässt den US-Nahostexperten Gregory D. Johnson zu Wort kommen: „Seit 2009 gab es dort 75 Drohnenangriffe.“ „Sie treffen eben nicht nur Radikale, sondern auch deren Kinder, sie treffen unbeteiligte Zivilisten – und sie bringen die Jemeniten insgesamt gegen die USA auf... Die zahlreichen Angriffe lassen Qaida-Mitglieder in den Augen vieler Jemeniten als Patrioten erscheinen, während ihre Gegner als Handlanger der Amerikaner angesehen werden.“ (70)

5. „Operation Odissey Dawn“

Die Volksaufstände in Tunesien und Ägypten hatten die Westmächte und ihre Geheimdienste überrascht. Das sollte sich in Libyen nicht wiederholen.

Obama hatte den libyschen Regierungschef Muammar Al-Gaddafi zum Rücktritt aufgefordert. Als das nicht geschah, erwartete er, dass die libysche Armee „für Ordnung“ sorgen werde.

US-Trick mit UN-Resolution

Im März 2011 kam es zu Demonstrationen und dann zu Kämpfen zwischen Rebellen und Regierungstruppen. Als Gruppen von bewaffneten Rebellen von gegen sie verübten Massakern sprachen, trat der UN-Sicherheitsrat zusammen. In der von den Westmächten eingebrachten Resolution, die ohne Gegenstimmen, bei einer Reihe von Stimmenenthaltungen angenommen wurde, wurden die sofortige Herstellung eines Waffenstillstands, ein Ende der Gewalt und aller Angriffe auf Zivilpersonen, eine Flugverbotszone und Überflugrechte gefordert. In westlichen UN-Kreisen hieß es, sollte Gaddafi nicht allen Forderungen sofort nachkommen, könnten westliche Luftschläge in kürzester Zeit erfolgen.

Bei der Abstimmung über die UN-Resolution 1973 hatte Russland, wie etliche andere Staaten, Stimmenenthaltung geübt. Medwedew, zuständig für die Außenpolitik des Landes, hatte den verbalen Versicherungen der Westmächte Glauben geschenkt, es werde buchstabengetreu gehandelt. Der erfahrene russische UN-Botschafter Tschurkin erkannte am 17. März die Ziele der Westmächte. Er schlug deshalb in der Debatte vor, mit der Resolution zunächst einen Waffenstillstand zu fordern. Die USA wiesen den Vorschlag entschieden zurück. Wladimir Putin, zu der Zeit Ministerprä-

sident, zeigte sich entsetzt über die Fassung der Resolution: Sie sei „nicht vollwertig und mangelhaft...Sie erinnert an einen mittelalterlichen Aufruf zu einem Kreuzzug. Faktisch erlaubt sie eine Invasion in ein souveränes Land.“ Die US-Politik der „Einmischung in Konflikte in anderen Ländern“ werde zu „einer stabilen Tendenz.“ Dies sei „gewissenlos und unlogisch.“ (71)

Die Wochenzeitung „ZEIT“ befand: „Dem Präzedenzfall haftet ein Makel an. Aus dem Mandat zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung machten die drei wichtigsten Interventionsmächte freihändig ein Mandat zum Regimewechsel... Aus einer Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung wurde eine Intervention zum Schutz der Rebellion.“ (72)

CNN meldete, Gaddafi habe noch versucht, die UN-Resolution dadurch zu verhindern, dass er seinen Truppen den Befehl erteilte, Bengasi nicht einzunehmen, sondern Positionen außerhalb der Stadt zu beziehen. Nach Bekanntwerden der Resolution trat sein Vize-Außenminister Chaled Kaim vor die Presse und erklärte, man sei grundsätzlich zu einem Waffenstillstand mit den Rebellen bereit und wolle positiv auf die Resolution reagieren. Allerdings gebe es noch Details zu regeln.

Zu dieser Zeit begann das ägyptische Militär Waffen über die Grenze nach Libyen zu schaffen, um den Rebellen zu helfen. Das geschehe mit „Washingtons Wissen“ meldete das „Wall Street Journal“.

Großbritannien, Frankreich und Katar begannen mit Kriegshandlungen gegen Libyen. Die USA zeigten sich nun bereit, Luftschläge gegen Libyen zu verüben. „Es war nie die Frage, ob wir das bewerkstelligen können“, sagte Pentagon-Sprecher Morell später. Minister Gates habe bereits „ohne Einschränkung klargemacht, dass wir das machen können.“ Die US-Botschafterin bei der UNO, Rice, betonte, ihre Regierung spiele nun „eine sehr aktive und engagierte Rolle“. Und US-Außenministerin Clinton hob hervor: „Wir wollen die Opposition unterstützen, die sich gegen den Diktator stellt. Dies ist ein Mann, der kein Gewissen hat und jeden, der ihm im Weg steht, bedrohen wird.“ (73)

„Regime change“ als Ziel

In dem neuen NATO-Aggressionsakt spielten, wie schon erwähnt, die Regierungen Englands und Frankreichs eine aktive Rolle. Die militärische Intervention, vom Pentagon geplant, war vor allem als Operation westeuropäischer NATO-Staaten gedacht. Obama blieb zunächst im Hintergrund. Doch einen wesentlichen Anteil am Kriegsgeschehen hatte die US-Luftwaffe. Obama erklärte einige Tage nach Beginn der Intervention, in Libyen seien „zentrale Werte und Interessen“ der USA tangiert gewesen. „Es mag Nationen geben, die die Augen verschließen, wenn es um Gräueltaten in anderen Ländern geht. Die Vereinigten Staaten sind anders. Und als Präsident weigere ich mich, auf Bilder von Metzeleien und Massengräbern zu warten, bevor ich etwas tue.“ (74) Es gehe nicht um einen Regimewechsel, meinte er. Doch kurz zuvor hatte er seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die libysche Armee diesen Wechsel

vollziehen werde.

In dem NATO-Bericht über den Kriegsverlauf war später zu lesen, dass französische und britische Kampfflugzeuge den Hauptanteil an den Luftschlägen hatten. Jedoch hätten die USA die ausschlaggebende militärische Unterstützung geleistet.

So hätten sich die USA als der „herausragende NATO-Spezialist für Präzisionswaffen“ profiliert. Die 7.700 sogenannten präzisionsgesteuerten Bomben und Raketen, die auf Libyen abgefeuert wurden, seien fast ausschließlich aus US-Beständen gekommen. (75) Die USA übernahmen übrigens das Kommando des Krieges. Admiral Locklear erteilte die Befehle vom US-Kriegsschiff „USS Mount Whitney“, an der Spitze einer Flotte von 24 Schiffen. Scholl-Latour beurteilte die Rolle der USA so:

„Ohne deren Logistik und Spezialwaffen wäre die Operation nicht erfolgreich gewesen.“ (76)

Zu den enormen Verwüstungen, die durch die Luftangriffe verursacht wurden, trugen insgesamt fast 10.000 Luftangriffe bei, bei denen 30.000 Bomben abgeworfen wurden. (77)

Die Westmächten kümmerten sich nicht um den begrenzenden Text der UN-Resolution. Peter Scholl-Latour bemerkte dazu: „Sarkozy und Cameron kümmerten sich nicht um die ursprüngliche Auftragsbegrenzung der Vereinten Nationen. In aller Heimlichkeit waren ihre Elite-Kommandos zu den ‚Thuwar‘ gestoßen, den ‚Revolutionären‘, wie sich die Aufständischen selbst nennen. Sie haben ihnen die Grundregeln des bewaffneten Kampfes beigebracht. Für sie wurden Munition und Granatwerfer an Fallschirmen abgeworfen.“ (78)

Die politisch und militärisch stärkste „Rebellen“-Gruppe bildeten die Islamisten. Ende Oktober wurde Al-Gaddafi gemeuchelt.

In dem französischen Wochenmagazin „Canard Enchaîné“ war zu lesen:

„Obwohl die NATO-Mission, die in Libyen in dieser Woche zu Ende geht, lediglich den Schutz der Zivilisten vorsah, hätten eine US-Drohne und zwei Mirage-Kampffjets den Fluchtkonvoi Gaddafis beschossen. Zudem sollen sich in Sirte 50 französische Elitesoldaten aufgehalten haben, die nicht eingeschritten seien, als Gaddafi gelyncht wurde.

„Focus“ gegenüber habe ein Diplomat aus dem französischen Außenministerium bestätigt: „Das gehörte nicht zum NATO-Auftrag, aber man soll nicht scheinheilig tun. Die Alliierten haben mehrfach versucht, Gaddafi zu liquidieren. Wenn er dann auf der Flucht stirbt und dies manchen Staaten entgegenkommt, bewegt sich das doch im Rahmen des Normalen.“ (79) US-Außenministerin Clinton jubelte: „We came, we saw, he died.“ Wir kamen, wir sahen, er starb.“ (80)

„Regime change“ war vollzogen - unter dem Vorwand, Zivilisten zu schützen. Wiederum eine „humanitäre Aktion“! Bei diesem „Regime change“ verloren mindestens 50.000 Menschen ihr Leben. Unzählige Menschen wurden Opfer der Luftangriffe.

Zerrissenes Land

In das Land, das vor dem Krieg den höchsten Lebensstandard in Nordafrika zu ver-

zeichnen hatte und das auf Grund seiner sozialen Errungenschaften die „Schweiz von Afrika“ genannt wurde, sind nach dem „Regime change“ Zerstörung, Unsicherheit, Willkür und Chaos eingekehrt.

Das Land ist gesellschaftlich hochgradig zersplittert und instabil, heißt es in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). (81) Der durch den NATO-Krieg angerichtete materielle Schaden beträgt schätzungsweise 40 Milliarden US-Dollar.

Jeder zweite Libyer ist arbeitslos. Die Unsicherheit ist gravierend.

Unzählige gefangengenommene Kämpfer der libyschen Armee, Schwarzafrikaner, schwarze Libyer und Angehörigen von Minderheiten wurden von terroristischen Rebellengruppen ermordet. Rassismus tobte sich aus. Morde an Politikern, Journalisten und Richtern gehörten zum politischen Alltag.

Das Land ist von Kämpfen zwischen rivalisierenden Kräften zerrissen. „Zur Zeit sorgen bewaffnete rivalisierende Gruppen für Recht und Ordnung im Lande,“ heißt es im Bericht des UN-Sonderbeauftragten für Libyen, Jan Martin. Eine Vielzahl von Milizen, die nicht zentral kontrolliert werden und zum Teil erbittert gegeneinander kämpfen, operieren im Land. (82) Die Milizen haben jedes Ultimatum zur Abgabe der Waffen ignoriert. Milizverbände kontrollieren die Grenzen, die strategische Infrastruktur und die Gefängnisse.

Sie wollen fünf Ministerien des Landes übernehmen. (83)

Der Publizist Joachim Guilliard schildert die Situation so: „Libyen ist seither ohne zentrale Staatsgewalt, ohne funktionierende Regierung, Verwaltung und Polizei. Es fehlt eine nationale Armee, die sich gegen die Milizen und lokalen Militärräte, unter denen die Macht aufgeteilt ist, durchsetzen könnte.“ (84)

Eine NATO-Delegation, die zwei Jahre nach dem Machtwechsel Ende Juni 2013 das Land bereist hatte, schilderte: „Alle Parteien in Libyen sind der Ansicht, dass die derzeitige Lage des Landes fragil und unhaltbar ist. Armee und Polizei sind derzeit nicht in der Lage, die Sicherheit zu garantieren.“ In Libyen befindet sich „das weltweit größte ungesicherte Arsenal von Waffen“, darunter Minen, Munition sowie tragbare Flugabwehrsysteme. „Die Unfähigkeit der libyschen Regierung, die Kontrolle über das Staatsgebiet herzustellen, hat es kriminellen und anderen bewaffneten Kräften einschließlich transnationalen Dschihadisten-Netzwerken erlaubt, Libyen als Basis oder Transit für militärische Aktivitäten zu nutzen.“ (85)

Es blüht ein umfangreicher Waffenhandel. Viele der Waffen, die von der Ghaddafi-Armee stammen, sind an die „Gotteskrieger“ geliefert worden, die nach Syrien gegangen sind, um dort einen „Gottesstaat“ zu errichten.

Guilliard nennt vier Hauptströmungen, die sich gegenwärtig in Libyen gegenüberstehen und „alles andere als homogen sind“: Die Islamisten stehen dabei gegen die liberalen prowestlichen Kräfte wie auch gegen die Föderalisten, die wiederum ebenfalls erbittert gegeneinander kämpfen. Allen drei steht eine Strömung gegenüber, die in westlichen Medien weitgehend ausgeblendet wird: die Ghaddafi-loyalen Kräfte, die wieder zurück zur ‚Dschamahirija‘ wollen. Dazu kommen viele, die von der Unfähigkeit der Regierung die Nase voll haben. Diese schafft es nicht, das Unwesen der Milizen zu beenden und wieder eine funktionierende Verwaltung herzustellen

sowie den Bestrebungen der islamistischen Organisationen wirkungsvoll entgegenzutreten.“ (86)

Die Regierung will die Gesetze dem islamischen Recht der Scharia anpassen.

Scholl-Latour hatte im Oktober 2011 zu Bedenken gegeben: „Es könnte noch lange ein Guerillakampf toben. Selbst die Wüste eignet sich dafür. Die Gefahr eines Bürgerkrieges ist durchaus real.“ Besorgt warf er einige Fragen über die Zukunft des Landes und seine Menschen auf: „Werden die Verfechter einer ‚Zivilgesellschaft‘, was immer damit gemeint ist, gegen eine im Volk stark verwurzelte Religiosität ankommen? Wird es zu Fehden zwischen den Stämmen, zum Auseinanderdriften von Tripolitaniern und Cyrenaikern kommen? Werden somalische Verhältnisse das Land in den Würgegriff nehmen?“ (87)

Aus heutiger Sicht beantwortet Guilliard die von Scholl-Latour aufgeworfenen Fragen: „Während die Islamisten ihre Machtpositionen sukzessive ausbauten, entstanden im Süden und Osten mächtige Bewegungen, die für eine Aufteilung des Landes in eine lose Föderation aus der Cyrenaika im Osten, Tripolitaniern im Westen und Fessan im Südwesten kämpfen. Anfang 2012 riefen 3.000 Politiker und Stammesführer im Osten eine autonome ‚Republik Barqa‘ aus und begannen mit dem Aufbau unabhängiger Regierungsinstitutionen. ‚Barqa‘ ist der arabische Name der Cyrenaika, die – von Ägypten bis zur Syrte reichend – fast die Hälfte Libyens und drei Viertel seiner Ölreserven umfasst.“ (88)

Der Monat Juli 2013 ist in Libyen der bisher blutigste Monat seit Ende des Krieges gewesen.

„Odyssey Dawn“ inspiriert NATO-Mächte

Der Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen, hat eine Antwort der Militaristen parat: „Das war wohl eine der erfolgreichsten Missionen in der Geschichte der NATO.“ (89) Zugleich stellte Rasmussen – als „Lehre“ aus diesem Krieg und als Vertreter des westeuropäischen Militär-Industrie-Komplexes Mängel fest, die bei der Ausrüstung und Modernität der Westeuropäer sichtbar geworden seien. Das betreffe den Lufttransport, den Mangel an Tankflugzeugen, an Systemen der Feindaufklärung sowie an Hochtechnologiewaffen wie Drohnen oder Cruise Missiles. Man müsse davon ausgehen, „dass wir nicht wissen, wann die nächste Krise kommt. Und dann kann es zu spät sein, mit dem Beschaffen der angemessenen Waffen zu beginnen.“ (90)

Für die Westmächte war die Operation „Odyssey Dawn“ (Morgendämmerung der Odyssee) keineswegs eine Irrfahrt. Die USA verfolgten mit dem Krieg zielstrebig vor allem geostrategische Interessen. Großbritannien und Frankreich waren an den reichen Erdöl- und Erdgas-Vorkommen Libyens interessiert. „Mit 46,4 Milliarden Barrel nachgewiesener Reserven verfügt Libyen über die bedeutendsten Vorkommen in Afrika, wobei der große Teil des Landes noch garnicht erforscht ist,“ vermerkt Joachim Guilliard. Und weiter: „Die unter der Ägide von Paris, London und Washington gebil-

dete Führung der Aufständischen hat, Berichten der französischen Zeitung Liberation vom 2.9.2011 zufolge, Frankreich bereits Anfang April den Zugriff auf ein Drittel des libyschen Öls zugesichert.“ (91)

6. „Regime Change“ gegen Syrien

Im Frühjahr 2011 brachen in der syrischen Gesellschaft Konflikte aus. Herangereifte Probleme, vor allem solche der Demokratisierung des Landes, waren von der Regierung nicht in Angriff genommen worden. In friedlichen Protestdemos wurden Forderungen nach Reformen erhoben. Die Proteste erfolgten in kleineren Städten, die sich in Grenznähe zur Türkei und zu Jordanien befanden. In Daraa kam es zu Auseinandersetzungen, die in Schusswechseln mit Sicherheitskräften eskalierten. Diese Ereignisse wurden zum Ausgangspunkt eines Konflikts, der weitere Teile des Landes erfasste. Die Westmächte und reaktionäre arabische Regime setzten alles daran, den Konflikt zu internationalisieren.

Anders als bei der militärischen Intervention gegen Libyen stehen sich im Syrien-Konflikt zwei grundsätzlich verschiedene Strategien gegenüber. Sie unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zum Völkerrecht, zu den Prinzipien der UN-Charta.

Im März 2012 begann der Sondergesandte der UNO und der Arabischen Liga, Kofi Annan (ehemaliger Generalsekretär der UNO) eine aktive diplomatische Tätigkeit, um eine politische Lösung des Konflikts zu erreichen. Er legte dazu einen Sechs-Punkte-Plan vor. Der Plan sah vor:

- Die Zusammenarbeit aller Beteiligten im politischen Prozess zur gewaltfreien Lösung des Konflikts;
- eine von der UN beobachtete Waffenruhe, die nach dem geordneten Rückzug der syrischen Truppen aus den städtischen Kampfzonen am 12. April um 05.00 Uhr in Kraft treten soll;
- den ungehinderten Zugang von humanitären Organisationen in die von Kämpfen betroffenen Gebiete;
- die Freilassung politischer Gefangener;
- Bewegungsfreiheit für Journalisten im ganzen Land;
- Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Syrien.

Die Reaktion der am Konflikt beteiligten Kräfte war grundlegend verschieden.

Die syrische Regierung stimmte dem Annan-Plan zu.

Russland und China signalisierten volle Unterstützung.

Für die US-Administration äußerte Außenministerin Clinton sogleich Skepsis. Schließlich forderte sie den Rücktritt Assads.

Die Auslands-Opposition lehnte politische Gespräche generell ab Sie wolle „den Palast des Präsidenten mit ihren Waffen erobern,“ so ihre Antwort. (92)

Am 12. April 2012 trat der Waffenstillstand in Kraft. Die Rebellen verfuhrten so, wie angekündigt. Sie negierten den Waffenstillstand.

Grundlegend verschiedene Strategien

Konträre Positionen waren bezogen worden.

Übrigens hatte Anfang März 2012, also noch vor der Initiative Annans, der russische Außenminister Lawrow vor den Außenministern der Arabischen Liga folgendes 5-Punkte-Programm für die politische Lösung des Konflikts dargelegt:

- Sofortiger Waffenstillstand
- Überwachung durch eine ausländische Beobachtergruppe
- humanitäre Hilfe für Bedürftige
- Schaffung der Grundlagen für einen politischen Dialog
- Ablehnung ausländischer Einmischung.

Die russische Initiative fand in westlichen Regierungen und Medien kaum Beachtung. Moskau verstärkte die Bemühungen um eine diplomatische Lösung.

Lawrow erläuterte in einem Beitrag in der Ausgabe von „The Huffington Post“ vom 15. Juni 2012 die vom Völkerrecht vorgegebene Handlungsweise: „In den internationalen Beziehungen existiert eine bestimmte Grenze krisenhafter Situationen, die nicht ohne den Verlust globaler Stabilität überschritten werden darf. Deshalb muss das Bemühen um die Lösung von regionalen Brandherden, einschließlich innerstaatlicher Konflikte, mit größter Ernsthaftigkeit erfolgen, ohne die Anwendung doppelter Standards. ... Alle Seiten innerer Konflikte müssen sicher sein, dass die internationale Gemeinschaft auf der Grundlage fester Prinzipien handeln wird, als einheitliche Front auftretend und nach schnellster Beendigung der Gewalt und nach Erzielung annehmbarer Regelung durch einen umfassenden Dialog strebend. Russland lässt sich hinsichtlich innerstaatlicher Krisen ausschließlich von solchen Prinzipien leiten; und eben davon wird auch unsere Position zu den Vorgängen in Syrien bestimmt. Deshalb haben wir vollinhaltlich und aufrichtig die Mission des Sonderbotschafters der UNO/AL Kofi Annan unterstützt, die auf eine schnellstmögliche Herbeiführung eines allseits annehmbaren Kompromisses gerichtet war. In Erklärungen des Vorsitzenden des Sicherheitsrates der UNO sind in diesem Zusammenhang die Vorgehensweisen fixiert, die wir von Beginn der inneren Erschütterungen in Syrien an verfolgt haben. Diese Ideen, die sich auch in unserer gemeinsamen Erklärung mit der Arabischen Liga, abgestimmt am 10. März dieses Jahres, widerspiegeln.

...Die äußeren Akteure müssen alles in ihren Kräften Stehende unternehmen, um das Blutvergießen zu beenden und die Ausarbeitung eines Kompromisses unter Teilnahme aller in den Konflikt involvierten Seiten zu gewährleisten.“

Die US-Administration, an die nicht zuletzt Darlegungen und Appell Lawrows gerichtet waren, verfolgte eine andere Strategie. Sie war schon durch Hillary Clinton als Antwort auf Annans Sechs-Punkte-Plan zum Ausdruck gekommen: Regimewechsel! Mit seiner wiederholten Forderung: „Assad muss weg!“, knüpfte Obama an eine

von George W. Bush nach dem 11. September 2001 an den Generalstab gerichtete Weisung an. Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark machte 2007 aus deren Inhalt kein Geheimnis mehr. Sieben Staaten seien „auszuschalten“, so die damalige Weisung aus dem Weißen Haus. Clark zählte auf: „Irak, dann Syrien, Libanon, Somalia, Sudan und schlussendlich Iran.“ (93)

Der Irak wurde bereits „ausgeschaltet“. Syrien war nun an der Reihe, um zugleich dessen engsten Verbündeten Iran zu schwächen. Bei einem Militärschlag gegen Syrien könnte der Libanon in das Kriegsgeschehen einbezogen werden.

Hillary Clinton zeigte auch die Methode an, wie der Regimewechsel zu erreichen sei. Sie brachte ihre „Gewissheit“ zum Ausdruck, „es könnte einen Bürgerkrieg mit einer sehr entschlossenen und gut bewaffneten und letztlich gut finanzierten Opposition geben.“ (94) Damit war die US-Strategie deutlich umrissen: bewaffnete Lösung des Syrien-Konflikts.

Von den USA initiiert wurde eine „Gruppe der Freunde Syriens“ gebildet. Ihr gehören die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Ägypten, Italien, Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie die Türkei an. Die Mitglieder dieser Gruppe unterstützen die syrische Opposition politisch und militärisch in unterschiedlicher Weise.

Mit Hilfe der CIA wurden Strukturen der syrischen Opposition im Ausland geschaffen und die Ausbildung und Ausrüstung bewaffneter Kräfte wie der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) gesichert.

Im Februar 2012 äußerte Obama, Assads Sturz sei „nicht mehr eine Frage des ob, sondern nur noch eine Frage des wann.“ (95)

Im Mai 2012 ließ er den Sprecher des Weißen Hauses, Jay Gartner, erklären:

„Wir schließen zusätzliche Maßnahmen nicht aus, falls die internationale Gemeinschaft zu lange warten sollte, und nicht die Maßnahmen ergreift, die ergriffen werden müssen.“ Damit war recht deutlich die Bereitschaft zu einer militärischen Intervention offenbart.

Ende Juli 2012 bekundeten in einem Telefongespräch Obama und der türkische Regierungschef Erdogan den „Abgang“ Assads zu „beschleunigen“. Ein Sprecher des Weißen Hauses ergänzte, beide Politiker würden „in engem Kontakt“ weiter darüber beraten, „wie ein demokratischer Übergang in Syrien gefördert“ werden könnte. (96) Und der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium Mike Hammer teilte mit, seine Administration bemühe sich mit ihren Verbündeten in Syrien „Bedingungen zu schaffen, die zu einem schnellen Kollaps des syrischen Regimes führen...Wir sind jetzt bereit, das zu beschleunigen.“ (97)

Es gehörte zu dieser Strategie, die im UN-Sicherheitsrat von Russland und von China vertretene Position in der Weltöffentlichkeit zu entstellen und zu diffamieren. Weil beide Staaten nicht dem aggressiven Kurs der Westmächte folgten, sondern nach wie vor eine friedliche Lösung des Konflikts anstrebten, wurde ihre Haltung als „Blockade-Position“ hingestellt. Tatsächlich blockierten sie die geplante militärische Intervention der Westmächte. Die US-amerikanische UN-Botschafterin verstieg sich später zu der verleumderischen Erklärung, Russland halte den Sicherheitsrat „weiter

als Geisel“ und sei „Schutzherr eines Regimes, das „eine dreiste Chemiewaffen-Attacke verübt“ habe. (98)

Annans diplomatischen Bemühungen, die von Russland unterstützt wurden, führten am 30. Juni 2012 zu einer Konferenz in Genf. Eine „Aktionsgruppe“ konstituierte sich aus den Chefs der UNO und der Arabischen Liga, der Außenminister Russlands, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Türkei, des Irak, Kuwaits und Katars sowie der EU-Chefdiplomatie. Es kam zu einer Vereinbarung über folgende Schritte: Bildung einer Übergangsregierung in Syrien, Reform der Verfassung des Landes auf der Grundlage eines Gesamtnationalen Dialogs, Mehr-Parteien-Wahlen und Bildung neuer Staatsorgane.

Die Forderung westlicher Regierungen nach sofortigem Rücktritt Assads wurde nicht in das Aktionsprogramm aufgenommen.

Eine Woche später tagte in Paris die „Gruppe der Freunde Syriens“. US-Außenministerin Clinton wandte sich gegen die Genfer Vereinbarungen. Sie forderte erneut den Sturz Assads. Derart inspiriert lehnte der Syrische Nationalrat (SNR) für die Auslands-Opposition die Genfer Vereinbarungen rundweg ab.

Ende Juli 2012 gab Kofi Annan resigniert seinen Rücktritt als Sondergesandter der UNO und der Arabischen Liga bekannt. Nachfolger wurde der ehemalige tunesische Außenminister Brahimi. Er setzt die Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts fort.

Unzählige Menschen wären nicht Opfer der Kriegsfurie geworden, wenn die Westmächte und die Golfmonarchien den Plan Annans und die Festlegungen der Genfer Konferenz befolgt und die von ihnen ausgehaltenen Söldner in ihrem zerstörerischen Handeln gestoppt hätten.

Provokative Aktionen

Die kontraproduktive Haltung der US-Administration gegen eine politische Lösung wurde begleitet von gefährlichen Provokationen Hilfswilliger, um Damaskus zu unbesonnenen Schritten zu veranlassen und damit einen Anlass für eine militärische Intervention zu liefern.

So wurde beispielsweise im Juni 2012 der Absturz eines türkischen Aufklärungsflugzeuges am östlichen Mittelmeerrand, in unmittelbarer Nähe des syrischen Luftraums zum Anlass genommen, Damaskus eines kriegerischen Aktes zu bezichtigen. Unabhängige Experten von International Crisis Group stellten dagegen fest, dass „keine Spuren von Raketenbeschuss am Wrack des Flugzeugs“ gefunden wurden. „Trotzdem hatte die NATO auf den Vorfall, wie von der Türkei beantragt, mit einer Aufstockung der Luftabwehr reagiert. Was schließlich auch zum Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung führte.“ Die Bundesregierung rechtfertigte die Entsendung von Patriot-Raketen an die türkisch-syrische Grenze mit Informationen, die sie von ihrem türkischen NATO-Partner erhalten hatte. Danach habe sie den angeblichen Vorfall als „Abschuss ohne Vorwarnung“ und „unverhältnismäßigen Akt“ bewerten

müssen. (99)

Im Oktober 2012 zwangen türkische F-16-Kampfflugzeuge eine in Moskau gestartete Maschine des Typs Airbus A-320 zur Landung auf dem Esenboga-Flugplatz in Ankara. Der Vorwand für diese Luftpiraterie: Dem türkischen Geheimdienst lägen Informationen über eine „verdächtige Fracht“ vor. Der Airbus setzte am nächsten Tag seinen Flug nach Damaskus fort, nachdem „verdächtige Teile der Ladung“ beschlagnahmt worden waren. Der Vorfall verlief schließlich im Sande.

Im Januar und im Juni 2013 flogen israelisch Kampffjets Angriffe gegen Syriens militärische Forschungsanlage Dschamraja. Dabei wurden auch Wohnanlagen getroffen. Von Seiten der syrischen Regierung wurden die Bombardements als Kriegserklärung gewertet. (100) „Der Spiegel“ bezeichnete die Angriffe als „eine Botschaft in Richtung“ Obama.. „Der Feind betrachtet dich als Papiertiger, wenn du deinen Drohbotschaften keine Taten folgen lässt“, sagte der ehemalige (israelische) Geheimdienstchef Ami Ajalon,“ (101)

Im Mai 2013 beschuldigte die türkische Regierung die syrische Staatsführung, zwei Autobombenanschläge in der türkischen Provinz Hatay verübt zu haben. Der türkische Vizepremier Bülent Arine machte sofort den syrischen Staatschef Assad und den syrischen Geheimdienst als die „üblichen Verdächtigen“ verantwortlich. Die Anschläge erfolgten in einer Grenzregion, die ein Waffenumschlagplatz für Söldner und Zentrum des internationalen Terrorismus ist. Linke und kemalistische Oppositionspolitiker vermuteten, dass die Anschläge durch Kräfte der Freien Syrischen Armee (FSA) wie der Al-Qaida-nahen Al-Nusra-Front herbeigeführt wurden, um ein militärisches Eingreifen der Türkei in den syrischen Bürgerkrieg zu provozieren,“ (102)

Der Nahost-Experte an der Universität Mainz, Günter Meyer, äußert zu der Unterstellung, linke, vom syrischen Geheimdienst ausgerüstete türkische Gruppen seien für die Anschläge verantwortlich: „Denen zu unterstellen, dass sie ausgerüstet worden sind vom syrischen Geheimdienst, würde bedeuten, dass Damaskus ein Interesse an einem Bombenanschlag hier hat. Aber genau das ist nicht der Fall.“ Für Damaskus wäre es „absolut kontraproduktiv“, sich mit Ankara anzulegen, „denn das sind genau die Signale, auf die die Aufständischen, auf die die Opposition wartet, um ihren Druck im Hinblick auf Waffenlieferungen und Flugverbotszone zu stärken.“ (103) Die NATO erhielt infolge der besonnenen Haltung der damaszener Regierung keinen Anlass zum Losschlagen.

Ende Oktober 2013 berichteten israelische und deutsche Medien, ein Stützpunkt der syrischen Luftwaffe südlich der Küstenstadt Lattakia sei durch Raketen zerstört worden. Das Zweite Israelische Fernsehen meldete, ein hochmodernes Flugabwehrsystem sei vernichtet worden.

Obamas „rote Linie“

Da provokative Akte nicht die „Bedingungen“ schufen, die für eine militärische Inter-

vention zum Zwecke eines „Regime change“ ausreichen, und auch Obamas ständige Wiederholung, Assad müsse weg, die verfolgte Strategie nicht voranbrachte, kam offenbar die Idee auf, die syrische Verfügungsgewalt über C-Waffen für westliche Kriegs-Planungen zu nutzen. Für die westlichen Geheimdienste und die der Saudis wie die der Israelis ein Ansporn, in bewährter Art entsprechende „Enthüllungen“ zu liefern.

Im Oktober 2012 verlegten die USA 150 GI's in das jordanische Grenzgebiet zu Syrien. Um, wie es hieß, Jordanien zu sichern, falls das syrische Chemiewaffenarsenal außer Kontrolle geraten sollte.

Im Dezember 2012 teilte die syrische Regierung dem UN-Generalsekretariat und dem UN-Sicherheitsrat mit, dass Söldner in der Nähe von Aleppo eine Fabrik besetzt haben, die Chlor für die Trinkwasseraufbereitung produziert habe. Es bestehe die Gefahr, dass die Söldner Giftgas einsetzen.

Anfang Dezember 2012 sprach ein US-Regierungsvertreter von Erkenntnissen, dass die syrische Regierung in der Lage sei, das hochtoxische Nervengas Sarin militärisch anzuwenden. Damaskus erklärte daraufhin, solche Waffen nicht gegen das eigene Volk einzusetzen. (104)

Im Januar 2013 berichtete „Daily Mail“, Rebellen planten einen C-Waffen-Einsatz, für den sie Damaskus verantwortlich machen wollten. Der Report fußte auf abgefangene e-mails von Söldnertruppen.

Am 19. März 2013 wurden bei einem Raketenangriff auf den Ort Khan Al Assal (Provinz Aleppo) 26 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Die syrische Regierung wandte sich am selben Tag an die UNO und forderte den Einsatz einer „unabhängigen, neutralen technischen Spezialistenkommission“, um die Attacke zu untersuchen.

Die Rakete habe „chemische Substanzen“ enthalten; man wolle, dass „Einzelheiten dieses Verbrechens“ aufgeklärt würden. Vertreter der oppositionellen Milizen behaupteten, die syrischen Streitkräfte hätten Chemiewaffen eingesetzt und aus Versehen „eigene Leute“ getroffen. Die UNO sagte die Untersuchung des Raketenangriffs zu und stellte eine Mission zusammen. Frankreich und Großbritannien legten daraufhin „Beweise“ vor, dass die syrischen Streitkräfte in der Umgebung von Damaskus Giftgas eingesetzt hätten, auch das müsse von der von der Inspektion untersucht werden. Der Mission müsse daher „freier und ungehinderter Zugang im ganzen Land“ gewährt werden. Das lehnte die syrische Regierung ab. (105)

Obama unterstellte nun, Damaskus sei für C-Waffen-Einsätze verantwortlich.

Es gebe eine „rote Linie“, die nicht überschritten werden dürfe. Der Einsatz von chemischen oder biologischen Waffen durch Damaskus werde entsprechende robuste Konsequenzen haben, verlautete offiziell aus Washington. Sobald ein definitiver Beweis über den Einsatz solcher Waffen durch Damaskus vorliegen sollte, würden die erforderlichen Schritte eingeleitet.

Britische Militärexperten erklärten, heimlich Bodenproben in der Nähe von Damaskus entnommen zu haben, die auf den Einsatz von C-Waffen hindeuteten. Allerdings könne nicht bewiesen werden, ob die Waffen von der syrischen Armee oder von Söldnern angewendet worden seien. (106) Der Verdacht gegen Damaskus wurde da-

mit weiter geschürt.

Und vor allem: Obamas „roteLinie“ sollte nun die Notwendigkeit eines „Regime change“ unterstreichen. „Enthüllungen“ waren mehr denn je gefragt.

Ende April 2013 fordert Israels Vize-Außenminister Elkin die USA auf, militärisch einzugreifen, „um die Kontrolle über das syrische Chemiewaffenarsenal zu übernehmen.“ (107)

Kurz darauf informiert das Weiße Haus den Kongress über eine Unternehmung der US-Geheimdienste. Sie hätten offenbar konkrete Hinweise auf einen Chemiewaffeneinsatz des syrischen Regimes entdeckt. Es könne mit „unterschiedlichen Graden der Sicherheit“ gesagt werden, dass das Gift „in einem kleinen Maßstab“ verwendet worden sei. Wahrscheinlich handle es sich dabei um das Nervengift Sarin. „US-Außenminister Kerry spricht von zwei Fällen, ohne Details zu nennen. Er sei aber nicht absolut sicher, dass Machthaber al-Assad tatsächlich Gift gegen die Rebellen eingesetzt habe. Auch sei nicht klar, unter welchen Bedingungen dies geschehen sein könnte.“ „Wir glauben, dass jeder Einsatz von Chemiewaffen in Syrien wahrscheinlich vom Assad-Regime ausging“, hieß es dennoch. (108)

Obama ließ durchblicken, es fehle noch der endgültige Beweis, dass die damaszener Regierung ihre Gegner mit Nervengas angegriffen habe. (109)

Die Syrische Nationale Koalition in Istanbul behauptete Ende April 2013, Assads Streitkräfte hätten „mehr als ein Mal in der Provinz Damaskus, in Home und Aleppo Giftgas gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Es sei ein Muss für den US-Sicherheitsrat nun einzuschreiten. Umgehend müsse zunächst eine Flugverbotszone eingerichtet werden.

Die israelische Regierung kritisierte, dass Washington nicht zügig handle. „Israelische Politiker sehen...die USA in der Pflicht,“ bemerkte Israels Umweltminister Amir Perez , „die internationale Gemeinschaft hätte schon längst in Syrien eingreifen müssen. ,Wir erwarten, dass jene, die rote Linien definieren, das Notwendige unternehmen, allen voran die USA.“ (110)

Sehr aufschlussreich war dann die Erklärung von Carla del Pontes, Mitglied der 2011 vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte für die Syrische Republik eingesetzten Unabhängigen Untersuchungskommission: Mit großer Wahrscheinlichkeit seien syrische Rebellen und nicht die Assad-Regierung für den Einsatz des Giftgases Sarin verantwortlich, erklärte del Pontes. (111)

Weiter auf Kriegskurs

In diesen Monaten wurde von russischer Seite das Ringen um eine friedliche Lösung des Konflikts, vor allem um die Einberufung einer Genf-II-Konferenz, verstärkt.

Die USA und ihre Verbündeten dagegen setzten die Vorbereitungen für ein militärisches Losschlagen der NATO-Staten fort.

Damaskus gelang es, „Rebellen“ und Söldner an mehreren Kampfabschnitten zurückzuschlagen.

Die USA, die schon im Oktober 2012 in das jordanische Grenzgebiet mit Syrien 150 Soldaten verlegt hatten, schickten 200 Soldaten nach Jordanien. Die bereits dort stationierten 150 GI's wurden durch Spezialeinheiten ersetzt. Außerdem wurde ein Planungsstab des Heereshauptquartiers in Jordanien eingerichtet. Das Pentagon stellte der jordanischen Regierung zudem 70 Millionen Dollar zur Verfügung, um deren Truppen auszubilden und auszurüsten. (112)

Im November 2012 ließ US-Präsident Obama nach seiner Wiederwahl wissen, dass die USA und die Türkei eine Flugverbotszone im Norden Syriens durchsetzen wollten. Dazu sollten Patriot-Abwehrraketen an der türkisch-syrischen Grenze stationiert werden.

Ende Dezember 2012 verurteilte Lawrow auf einer Pressekonferenz in Brüssel die gegen die Genfer Vereinbarungen gerichtete Handlungsweise der Rebellen: „An Stelle einer Realisierung wurde in Doha eine „Koalition der revolutionären und oppositionellen Kräfte“ formiert, die eine Deklaration angenommen hat, in der als Hauptziel beschrieben ist der Sturz des Regimes mit militärischen Mitteln sowie die Demontage der Institutionen. Das ist eine Wendung um 180 Grad von dem in Genf erreichten Konsens.“

Anfang Februar 2013 lehnte Lawrow auf der 49. Münchener Sicherheitskonferenz Änderungen an den Genfer Vereinbarungen ab. „Hätten die Teilnehmer...einträchtig und gewissenhaft mit der Umsetzung der gemeinsam formulierten Herangehensweisen begonnen, hätte es heute in Syrien keine so schreckliche und tragische Situation gegeben. Dafür muss man aber die erzielten Vereinbarungen einhalten, ohne etwas abzustreichen oder hinzuzufügen. Gerade zu diesem Zweck schlagen wir vor, ein neues Treffen der ‚Aktionsgruppe‘ durchzuführen,“ so Lawrow (113)

In seiner Rede zur Lage der Nation im Februar 2013 versprach dagegen Obama:

„Wir werden den Druck auf das syrische Regime erhöhen...Wir werden die Oppositionsführer unterstützen.“ (114)

Am 25. Februar 2013 erschien im faz.net ein Beitrag unter der Überschrift „Für tödliche Missionen: CIA“. Darin wurde die US-Strategie u.a.so umrissen: „In Syrien und auch im Irak verstärkt der Auslandsgeheimdienst seine Aktivitäten... In erster Linie geht es um die Stabilität im Irak und um den Sturz des Diktators Baschar al Assad in Damaskus. Doch als dritter –und womöglich wichtigster – Adressat ist Iran im Visier...Wie amerikanische Medien in den vergangenen Tagen unter Berufung auf ranghohe Regierungsmitarbeiter berichteten, versorgen Mitarbeiter der CIA ausgewählte syrische Rebellengruppen mit Lagebildern und über mögliche Ziele von Angriffen. Außerdem bilden sie Aufständische in Lagern in Jordanien aus, etwa im Umgang mit Boden-Luft-Raketen zum Einsatz gegen Assads Luftwaffe...Schließlich unterstützt die CIA verbündete Staaten der Region wie die Türkei, Saudi-Arabien und Qatar bei der Beschaffung von Waffen für die Rebellen sowie bei deren Lieferung über den Landweg von der Türkei in die befreiten Gebiete im Norden Syriens... Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzt, dass in den vergangenen Wochen mindestens 3.500 Tonnen Waffen, Munition und Ausrüstung an ausgewählte syrische Rebellengruppen geliefert wurden.“ (115)

Am 7. Mai 2013 kam es immerhin im Ergebnis von in Moskau stattfindenden Gesprächen mit dem US-Außenminister Kerry zu der Vereinbarung, dass Russland und die USA gemeinsam für eine Genf-II- Konferenz eintreten. Die Konferenz soll an die Ergebnisse der ersten Genfer Konferenz anknüpfen. US-Außenminister Kerry, der gerade erst das „sehr, sehr enge koordinierende Verhältnis zum „tödlichen“ Tun der Terroristen hervorgehoben hatte, versuchte sich nun als Initiator der Folgekonferenz aufzuspielen: „Wir sind der Auffassung, dass das Genfer Kommuniqué tatsächlich ein wichtiger Weg ist, um dem Blutvergießen in Syrien ein Ende zu setzen. Es darf kein Fetzen Papier oder leere Diplomatie sein, sondern muss den Weg zu einem neuen System bahnen, in dem es kein blutiges Gemetzel gibt,“ beteuert der US-Außenminister demagogisch. (116)

Der russische Außenminister Lawrow hatte einen solchen Vorschlag bereits der Münchener Sicherheitskonferenz unterbreitet.

Der Syrien-Gesandte der UN und der Arabischen Liga, Lakhdar Brahimi, begrüßte den in Moskau vereinbarten Schritt und mahnte schnelle weitere Maßnahmen an.

Wenige Tage später aber forderten Obama und der türkische Ministerpräsident Erdogan erneut: „Wir sind uns beide einig, dass Assad weg muss.“ (117) Da diese Forderung als Hemmschuh für eine zweite Genfer Konferenz erscheinen musste, versuchte die US-Administration verbal den Anschein zu erwecken, sie hielte an der Einberufung einer Genf-II-Konferenz fest. Die Konferenz solle, wurde beteuert, möglicherweise noch im Mai stattfinden.

Kerrys Doppelspiel wurde wiederum deutlich, als er bei einem Treffen mit seinem jordanischen Amtskollegen die Teilnahme des syrischen Präsidenten Assad, und damit die Teilnahme des einen Verhandlungspartners an der geplanten Konferenz kategorisch ausschloss.

Vor allem aber: Die USA setzten mit Hilfe der CIA und privater Sicherheitsfirmen alles daran, dass die Aufständischen von NATO-Staaten finanziell und mit modernen Waffen unterstützt wurden. Auch die Golfmonarchien leisteten umfangreiche Unterstützung. Die Nationale Koalition bedankte sich für die 1,5 Milliarden Dollar, die sie bis dato erhalten hatte - aus den USA, Kanada, Deutschland, Saudi-Arabien, Kuwait und Katar.

Ein Pressekommentar warnte: „Es mangelt nicht an Waffen in Syrien, es mangelt am Willen, eine politische Lösung zu finden. Obama beginnt, die USA in einen Konflikt zu verwickeln, der längst nicht mehr von außen kontrollierbar ist.“ (118)

Anfang Juni wurden Patriot-Raketen und Kampfflugzeuge der USA in Jordanien stationiert.

Hillary Clinton kündigte eine Erhöhung der Finanzhilfe für die bewaffnete Opposition um weitere 45 Million Dollar an, die als „humanitäre Hilfe“ ausgewiesen wurde. Die terroristische Nusra-Brigade, die ihre Zugehörigkeit zu Al-Qaida bekannte, bildete inzwischen die Vorhut des bewaffneten Kampfes für einen Regimewechsel. Die Gräueltaten der Terroristen gegenüber Gefangenen und der Bevölkerung nahmen zu.

Vertreter von elf Staaten der „Freunde Syriens“, darunter die der USA, versicherten

auf einem Treffen in Istanbul die Kriegshandlungen der oppositionellen syrischen „Nationalen Koalition“ weiter zu unterstützen.

Chemie-Keule gegen Genf II

Die Obama-Administration spielte zunehmend mit gefälschten Karten. Ihre verbale Zustimmung zu einer zweiten Genfer Konferenz bedeutete, wie ihre praktischen Handlungen zeigten, keineswegs einen Strategiewechsel. Die C-Waffen-Keule sollte im Sinne der Warlords zum Tragen kommen.

Am 4. Juni 2013 verkündete Frankreichs Außenminister Fabius, in Proben aus Syrien sei im Labor Sarin-Gas gefunden worden. Journalisten hätten die Proben mitgebracht.

Wieder betätigt sich der türkische Ministerpräsident als Scharfmacher: Assad habe C-Waffen gegen die Aufständischen eingesetzt, wiederholte er. Er verwies auf „Informationen“ des türkischen Geheimdienstes MIT, die er dem Sicherheitsrat der UN übermitteln werde. „Assad hat die rote Linie schon vor langer Zeit überschritten“, so Erdogan. (119)

Mitte Juni 2013 ließ Obama seinen Vize-Sicherheitsberater Rhodes mitteilen, die US-Regierung habe keine Zweifel daran, dass die Truppen Assads Giftgas gegen die Rebellen eingesetzt hätten. Damit sei die rote Linie überschritten. Die US-Regierung werde nun ausgewählte Rebellengruppen mit Waffen beliefern. (120) Tatsächlich erhalten die Söldner seit langem über verschiedene Kanäle US-amerikanische Waffen.

Das Außenamt in Moskau erklärte, dass die Vorwürfe an die Führung in Damaskus seien nicht mit glaubwürdigen Tatsachen belegt. Juri Uschakow, Berater des russischen Präsidenten meinte, er wolle zwar keine Parallelen „zum Reagenzglas von US-Außenminister Powell“ ziehen, unter Verweis auf die 2003 dem UN-Sicherheitsrat vorgelegten gefälschten „Beweise“ über irakische Massenvernichtungswaffen.

Aber man habe die „Information“ gesehen und „das Vorgebrachte überzeugt uns nicht“. Der Chef des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma, Puschkow, bemerkte, dass die neuen Beweise der US-Regierung „an der selben Stelle fabriziert“ worden sind, wie seinerzeit die „Lügen“ über die Massenvernichtungswaffen des Irak. (121) Präsident Assad dazu: „Hätten Paris, London und Washington nur ein einziges Beweismittel für ihre Behauptungen, hätten sie diese der Weltöffentlichkeit vorgelegt.“ (122)

Am 9. Juli 2013 berichtete der russische UNO-Botschafter über Beweise, dass die Rebellen Sarin eingesetzt hätten. Die UNO stützte diese Aussagen. (123)

Ende Juli 2013 berichteten BRD-Medien von einem wegen eines vermeintlichen C-Waffen-Einsatzes in Khan-al-Assal (Vorort von Aleppo) geplanten, aber verhinderten Besuchs von UN-Kontrolleuren. Sie verschwiegen, dass der Besuch durch eine Rebellen-Offensive verhindert wurde. (124)

Ende Juli 2013 einigte sich die syrische Regierung mit der UNO, dass Experten den vermuteten Giftgaseinsatz an drei Orten untersuchen sollten. Die Mission werde „so-

bald wie möglich nach Syrien reisen“, zitiert am 1. August 2013 die österreichische Zeitung „Standard“ den UN-Sprecher Nesirky.

Bereits Ende Juni, also mehrere Wochen vor dem Giftgas-Anschlag, lagen, wie das Washingtoner Institut for the Study of war berichtete, Pläne für „begrenzte“ Militärschläge gegen Syrien vor. Solche Schläge würden die syrische Luftwaffe beträchtlich schädigen und damit den Nachschub für die Armee behindern. Das wäre eine Möglichkeit, den Aufständischen aus der Defensive zu helfen. (125)

Am 19. August 2013 traf die UN-Kontrollkommission in Damaskus ein. Zwei Tage später (!), am 21 August, erfolgte in der Nähe von Damaskus ein Anschlag, bei dem mehrere hundert Menschen ums Leben kamen.

Am 23. August 2013 kündigte Obama eine Stellungnahme zu einem Giftgaseinsatz in Syrien an. Man sei noch dabei Informationen zu sammeln. Es handle sich aber „klar um ein großes Ereignis.“ Damaskus wäre verdächtig, den Einsatz verübt zu haben. Der Sprecher des russischen Außenministeriums Lukaschewitsch wies darauf hin, dass einige der von „Aktivisten“ stammenden Videoaufnahmen im Internetportal Youtube schon am 20. August, also vor angeblichen Angriffen syrischer Streitkräfte veröffentlicht worden waren.

Auf einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates legte die russische Delegation Satellitenbilder vor, die bewiesen, dass am 21. August nicht die syrische Armee, sondern islamistische Freischärler für den Giftgasangriff verantwortlich waren.

Die libanesische Tageszeitung Al-Safir meldete, der Angriff sei aus einem Gebiet erfolgt, der von der Gruppe Liwa Al-Islam (Banner des Islam) kontrolliert werde. Die Raketen seien von den Terroristen selbst gebaut worden und hätten chemische Kampfstoffe transportiert. Die Meinung, dass es sich bei dem Vorfall um eine Provokation der Assad-Gegner gehandelt habe, werde auch von unabhängigen Experten vertreten.

In einem Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ machte Professor Günter Meyer darauf aufmerksam, Kerry habe „vergessen“, dass der Angriff auf Al-Ghuta ebenso gut von den Rebellen ausgegangen sein könnte. Denn auch sie besäßen C-Waffen und die Mittel zu ihrem Einsatz. Die Zeitung berichtete weiter darüber, dass die Polizei des NATO-Partners Türkei im Mai in der Provinz Adana eine Gruppe von Kämpfern der islamistischen Al-Nusra-Front festnahm und dabei einen Zwei-Kilo-Tank mit dem Nervengas Sarin beschlagnahmte. In diesem Kontext konnten auch Berichte der syrischen Regierung, sie habe an mehreren Orten C-Waffen-Depots der Rebellen entdeckt, so im Juli in Baniyas und nun in Jobar bei Damaskus, nicht pauschal als unglaubwürdig abgetan werden. „Dass auch die Aufständischen über Giftgas verfügen, ist eindeutig, sagte Meyer. „Doch bei jedem Verbrechen fragt man: Wem nützt es?

Und in diesem Fall muss man sagen: Mit Sicherheit nicht dem Regime. Militärisch ist es überall auf dem Vormarsch, und zwar mit konventionellen Waffen.“ Die Einzigen, die Interesse am Einsatz von C-Waffen haben könnten, seien die Aufständischen. „Die Vermutung liegt nahe, dass dieser Massenmord geplant worden ist, um die USA zum Eingreifen zu bewegen.“ (126)

Seit dem 19. August waren Inspektoren der UNO auf Einladung der damaszener

Regierung in Syrien, um Berichte über frühere kleinere Giftgasangriffe zu prüfen. Widersinnig, dass in solcher Situation Damaskus, wie behauptet wurde, massiv chemische Waffen einsetze. Das würde bedeuten, den Warlords Argumente für eine militärische Intervention frei Haus zu liefern.

Ein Sprecher des Oberkommandos der syrischen Streitkräfte erklärte am 24. August, dass Truppen in dem Vorort Jobar ein Lager mit „Rohstoffen für die Erstellung von chemischen Waffen“ gefunden hätten. Es seien Schutzmasken und große Mengen von Medikamenten gefunden worden, die nach dem Einatmen giftiger chemischer Substanzen helfen sollten. Der Fund bestätige, dass „ausländische Kräfte die Terroristen mit allem versorgen, was man für den Einsatz chemischer Waffen brauche“, erklärte der Sprecher.

Der syrische Informationsminister Omran Al-Zoubi wiederholte, dass Syrien niemals chemische Waffen eingesetzt habe. Satellitenbilder und Augenzeugenberichte zeigten, dass die in Frage kommenden Geschosse von Orten abgefeuert worden seien, die von den Aufständischen kontrolliert würden. Ziele seien Gebiete gewesen, in denen es noch Zivilbevölkerung gebe. Die chemischen Substanzen, die die Armee in dem Damaszener Vorort Jobar gefunden habe, stammten aus Saudi-Arabien, aus der Türkei und verschiedenen europäischen Ländern. Ebenso die Medikamente, die zum Schutz gegen solche Angriffe dienten.

Voreilige „Enthüller“, eilige Krieger

Die Nervosität im westlichen Lager nahm zu. Scharfmascherisch wurde zum Losschlagen gedrängt. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu heizte an: „Die gefährlichsten Regimes der Welt dürfen nicht die gefährlichsten Waffen der Welt haben.“ Israel wisse sich zu verteidigen. „Notfalls ist unser Finger am Abzugshahn.“

Der türkische Ministerpräsident Erdogan kritisierte erneut die Tatenlosigkeit des Westens. (127) Nach Meinung von Frankreichs Außenminister Fabius müsse über die von den USA angekündigten Militärschläge schon „in den kommenden Tagen“ entschieden werden.

Der britische Premier Cameron orientierte auf einen frühen Angriffsbeginn, da „keine Zeit mehr zu verlieren“ sei. Bundeskanzlerin Merkel und der britische Premier stimmten in einem Telefongespräch darin überein, dass es „wenig Zweifel“ an der Verantwortung der syrischen Regierung für den Chemiewaffenangriff gebe. Sie seien sich einig, dass jetzt „eine entschlossene Reaktion der internationalen Gemeinschaft“ folgen müsse.

Die Regierungen der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Israels und der Türkei behaupteten, „das Regime“ in Damaskus stehe als Schuldiger für den Giftgaseinsatz fest. (128) Beweise legen sie nicht vor.

Die Kriegsvorbereitungen der westlichen Allianz liefen unterdes, auch ohne Vorlage von Beweisen, auf Hochtouren. Die UN-Untersuchung durch UN-Inspektoren komme „zu spät“ wischte Kerry alle Einwände vom Tisch. (129)

Saudi-Arabien drängte auf einen „Militärschlag“. da es „die größte Gefahr in einem Fortbestehen der schiitischen Achse von der libanesischen Hisbollah über das schiitisch-stämmige Alawiten-Regime Assads bis zum schiitischen Iran sieht.“ (130)

„König Abdullah will unbedingt den Sturz von Assad erreichen“, berichtete dpa am 5. September. Dass auch Israels Regierung die USA anfeuerte, meldete Spiegel online am gleichen Tag: „Die Regierung von Benjamin Netanjahu unterstützte ausdrücklich einen möglichen US-Militärschlag gegen das Regime von Bachar al-Assad.“

In einem Interview mit der russischen Zeitung „Iswestija“ erklärte Syriens Präsident Assad u.a.: „Die Verlautbarungen der Politiker der USA, des Westens und anderer Staaten sind eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes und Verachtung gegenüber der öffentlichen Meinung ihrer Völker. Es ist Nonsens: Erst gibt es Anschuldigungen, und erst dann sammelt man Beweise. Genau das macht das mächtigste Land – die USA.“ Assad weiter: „Was die Untersuchung von Kriegsverbrechen in Syrien angeht, so sind wir die ersten, die eine Untersuchung durch eine internationale Kommission gefordert haben. Als die Terroristen eine Rakete mit Giftgas auf Aleppo abgefeuert haben, und zwar nach vielfachen Verlautbarungen des Westens, die Regierungstruppen seien bereit, chemische Waffen einzusetzen, haben wir eine Untersuchung durch ausländische Fachleute gefordert. Diese Position war mit Russland abgestimmt, wir wollten, dass die USA, Frankreich und Großbritannien sich selbst davon überzeugen, dass das nicht unser Werk ist, sondern dass unsere Feinde chemische Kampfstoffe einsetzen.“ (131)

Obama erklärt dagegen, er wolle Abgeordnete des Kongresses über seine Pläne unterrichten. Geheimdienst-Untersuchungen sollen belegen, dass die Regierung in Syrien für den Abschuss der mit tödlichem Gas gefüllten Granaten in der Nähe von Damaskus verantwortlich wäre. Der Bericht enthalte keinen Beleg, der Assad direkt mit der Attacke in Verbindung bringe. Eine Sprecherin des US-Außenministeriums befand, das sei aber nicht notwendig. Der Oberkommandierende jeder Armee sei letztlich verantwortlich für Entscheidungen, die unter seinem Kommando getroffen würden.

Auch das Geheimdienstgremium der britischen Regierung führte keine Beweise an, sondern lediglich Hinweise, die eine Verantwortung des Assad-Regimes nahelegen sollten.

Die Türkei, die eine 900 Kilometer lange Grenze zu Syrien hat, bereitete sich auf Vergeltungsschläge aus Syrien, dem Iran und seitens der libanesischen Hisbollah vor, falls die USA Syrien angreifen sollten. Laut Medienberichten richtete die türkische Armee ihre Bodenraketen in der südlichen Provinz Hatay gegen Syrien aus. Sie brachte Flugabwehrraketen in die Region. (132)

In der britischen Unterhaus-Debatte musste Premierminister Cameron eingestehen: „Wir haben keine Beweise, dass die Opposition keine C-Waffen hat und dass das Regime diese eingesetzt hat.“ (133)

Russlands Präsident Putin forderte weiterhin Belege für die Behauptung der US-Regierung, es seien die syrischen Regierungstruppen gewesen, die Massenvernichtungswaffen eingesetzt hätten. Sollte es solche Beweise geben, müssten sie den UN-

Beobachtern und dem Sicherheitsrat vorgelegt werden. „Wenn sie keine vorzeigen, heißt das, sie haben keine.“ (134)

Die geplante Genfer Nachfolgekonzferenz wurde auf Ersuchen der USA immer weiter verschoben.

Dagegen wurde in Jordanien das Manöver „Eager Lion“ durchgeführt. Teilnehmer waren 8000 Soldaten aus 18 Ländern. Von den US-Streitkräften, die an dem 12-tägigen Manöver teilgenommen hatten, verblieben, wie Obama wissen ließ, 700 GI's, F-16 Kampfflzeuge, ihre Piloten sowie ein Patriot-Raketenabwehrsystem in Jordanien.

Die Genfer Konferenz wurde indes auf September verschoben.

Die USA-Administration sowie die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs steigerten die Kriegshetze.

An den Rand des Abgrunds

Während die UNO strikt vor Militärschlägen gegen Syrien warnte und mitteilte, zuverlässige Ergebnisse über den Giftgas-Einsatz könne man frühestens in einigen Tagen erhalten, verkündete am 28. August Pentagon-Chef Hagel: „Wir haben unsere Kräfte in Stellung gebracht, damit sie jede Option ausführen können, zu der der Präsident zu greifen wünscht.“ (135)

Der Count down für den Anschlag auf den Frieden lief. Für einen Krieg, wiederum gestützt auf Lügen, „wie das vor dem Krieg gegen Irak getan wurde“, enthüllte ein an Obama gerichtetes Memorandum von zwölf ehemaligen Angehörigen der US-Streitkräfte und der US-Geheimdienste. Sie warnten darin den US-Präsidenten, dass er mit gezielten Falschmeldungen in eine Falle gelockt werden könnte. „Zahlreiche Quellen im Nahen Osten – vor allem solche, die mit der syrischen Opposition und ihren Unterstützern in Verbindung stehen – liefern immer mehr Indizien, die darauf hinweisen, dass es sich bei dem Vorfall mit chemischen Substanzen am 21. August um eine „geplante Provokation der syrischen Opposition und ihrer saudischen und türkischen Unterstützer handelt, mit dem Ziel, einen Anlass zu schaffen, um die USA in den Krieg hineinzuziehen.“ Verwiesen wurde in dem Schreiben auf ein Treffen am 13. und 14. August in einer türkischen Kaserne in Antakiya (Provinz Hatay), die der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) heute als Kommandozentrale diene. An dem Treffen hätten FSA-Militärs sowie Geheimdienstoffiziere aus Katar, der Türkei und den USA teilgenommen. Aus Istanbul angereiste oppositionelle Kommandeure hätten darüber informiert, dass eine „den Krieg verändernde Entwicklung“ unmittelbar bevorstehe und zu einer Bombardierung Syiens durch die USA führen werde. Die Führer der Opposition seien angewiesen worden, sich darauf vorzubereiten, die US-Angriffe zu nutzen, um in Damaskus einzumarschieren und die Regierung Assads zu stürzen, hieß es weiter in dem Memorandum. (136)

Wenige Tage vor dem Weltfriedenstag trat Friedensnobelpreisträger Obama vor die Weltöffentlichkeit. Mit einseitigen, unbewiesenen Schuldzuweisungen, ohne UNO-Mandat, sollen Militärschläge gegen Syrien geführt werden. Mit dem Ziel, „den

Einsatz oder die Weiterverbreitung irgendwelcher Massenvernichtungswaffen, einschließlich chemischer oder biologischer Waffen, innerhalb Syriens, nach dort oder von dort, zu verhindern oder davon abzuschrecken...oder um die USA, ihre Verbündeten und Partner vor der Gefahr zu schützen, die solche Waffen darstellen.“ Dieser Krieg, so Obama, solle mindestens 60 Tage andauern. Seine Erklärung schloss keineswegs aus, dass die beabsichtigte Intervention nicht auf Syrien begrenzt bleiben könnte. Die Gefahr eines Flächenbrandes mit unabsehbaren Folgen für die ganze Welt wurde akut. Nicht genug der Opfer – die US-Administration setzte auf einen weiteren Weltordnungskrieg, ohne UN-Mandat.

US-Kriegsschiffe waren längst im Mittelmeer stationiert worden, um mit Marschflugkörpern Ziele in Syrien zu treffen. Langstreckenbomber warteten einsatzbereit auf einer Vielzahl von Stützpunkten, über die die USA in der Region – wie überall in der Welt – verfügen.

Unverfroren und herausfordernd äußerte am 30. August US-Außenminister Kerry: „Die Welt wartet darauf, dass der Präsident den Befehl gibt.“ (137)

NATO-Generalsekretär Rasmussen reagierte prompt, „die Verantwortlichen“ müssten umgehend „zur Rechenschaft“ gezogen werden. (138) Der französische Premier Ayrault unterstrich: „Wir wollen das Ende des Regimes von Assad. Wenn wir nicht zuschlagen, ist keine politische Lösung möglich.“ (139)

Eine intensive politische und diplomatische Aktivität wurde ausgelöst.

Premier Camaron erlitt im britischen Parlament für ein „Ja“ zur Aggression eine deutliche Niederlage.

Obama, der für einen „Militärschlag“ den Kongress befragen wollte, verzichtete darauf, als ihm bewusst wurde, dass er eine Abfuhr erhalten könnte.

Am 9. September äußerte US-Außenminister Kerry dann in London, seine Regierung wolle auf einen „Militärschlag“ verzichten, wenn Assad „sämtliche Chemiewaffen... innerhalb einer Woche“ der internationalen Gemeinschaft übergebe. Später gab er allerdings zu verstehen, dies sei „rhetorisch“ gemeint gewesen und kein „Ultimatum“. Der russische Außenminister Lawrow griff das „rhetorische Angebot“, das gar keines sein sollte“ (140) auf und entwickelt daraus eine Initiative für eine politische Lösung des Konflikts. Er forderte die syrische Regierung auf, ihr Chemiewaffen-Arsenal unter internationale Kontrolle zu stellen und zu vernichten. Damaskus solle „der Organisation für das Verbot chemischer Waffen beitreten“.

Moskau übermittelte den USA und ihren Verbündeten einen Arbeitsplan für das weitere Vorgehen. Danach sollte Damaskus, nach dem Beitritt zur Konvention über das Verbot chemischer Waffen seine Lager und Produktionsstätten mitteilen. Den Inspektoren der Organisation für das Verbot chemischer Waffen, die mit der Überwachung der Konvention betraut sind, sollte der Zutritt möglich sein. Schließlich wäre in Zusammenarbeit mit internationalen Experten zu entscheiden, wie die Giftstoffe und Waffen zerstört werden könnten. (141)

Die syrische Regierung erklärte sich bereit, ihr C-Waffen-Arsenal kontrollieren und vernichten zu lassen sowie der Chemiewaffen-Konvention beizutreten.

Die US-Kriegsmaschine war zunächst gestoppt, ein Teilerfolg für eine friedliche

Lösung erzielt..

Weiter auf Konfrontationskurs

Obama hielt die Angriffsdrohungen aufrecht. Am 11. September ließ er wissen, „es sei noch zu früh zu sagen“, ob der Vorschlag Russlands Erfolg haben werde. „Ich habe das Militär angewiesen, seine derzeitige Stellung beizubehalten, falls die Diplomatie scheitert,“ (142)

Die Belieferung der Aufständischen mit Waffen wurde fortgesetzt.

Der syrische Präsident Assad, der inzwischen bei der UNO den Beitritt zur Internationalen Chemiewaffenkonvention beantragt hatte, reagierte auf Obamas „Skepsis“: „Wenn wir sehen, dass die USA wirklich Stabilität in unserer Region wollen, dass sie aufhören, mit einem Angriff zu drohen und keine Waffen mehr an Terroristen liefern, dann werden wir überzeugt sein, dass der notwendige Prozess zu einem Ende kommen kann.“ (143)

Die USA und Russland einigten sich auf einen Arbeitsplan zur Sicherstellung und Vernichtung der syrischen C-Waffen.

Die USA hatten verschärfte, von der Internationalen Konvention abweichende maximale Sonderregelungen durchgesetzt. So habe Damaskus schon in einer Woche - und nicht wie sonst üblich in 60 Tagen – eine vollständige Liste seiner chemischen Kampfstoffe, aufgeschlüsselt nach Art und Menge, sowie aller Lager chemischer Waffen und ihrer Produktionsstätten vorzulegen. (144)

Obama begrüßte nun das Abkommen. Er betonte zugleich, er sei bereit, auch im Alleingang militärisch vorzugehen, falls Syrien gegen die Auflagen verstoße.

Kerry meinte, die in der Konvention vorgesehene Standortprozedur sei in diesem Fall „viel zu langsam“. Er unterstellte, Damaskus sei für den Giftgasangriff am 21. August verantwortlich. Die Pressesprecherin der US-Vertretung bei der UNO, Pelton, fordert sogar, dass Syrien „sofort“ seine Chemiewaffen offenlegen, übergeben und unter internationaler Überwachung vernichten müsse. Damaskus wurde schließlich eine Frist von sieben Monaten gestellt, um die C-Waffen aus der Welt zu schaffen.

Übrigens: Die USA sind der entsprechenden Konvention 1997 beigetreten, haben es jedoch in den zurückliegenden 16 Jahren nicht geschafft, ihre C-Waffen-Bestände vollständig unschädlich zu machen. (145)

Westerwelle bemühte sich, die „deutsche Position“, die bisher keinerlei konstruktive Überlegungen aufzuweisen hatte, einzubringen. Russland müsse, so der deutsche Außenminister, „als bisherige Schutzmacht des (syrischen) Diktators endlich genügend Druck auf das Regime ausüben, damit es nicht weiter auf Zeit spielt.“ (146) Dabei legte die syrische Regierung der Organisation zur Kontrolle chemischer Waffen (OCPW) fristgemäß alle erforderlichen Unterlagen über C-Waffenbestände und Produktionsstätten vor.

„Junge Welt“ machte auf einen wesentlichen Aspekt der diplomatischen Schlacht aufmerksam: „Mit der Vernichtung der in Syrien lagernden chemischen Kampfstoffe

erhofften sich Washington und Partner, ein wesentliches Kriegshindernis beseitigen zu können. Bei einem Angriff zum gegenwärtigen Zeitpunkt hätte sich das Risiko, dass die Chemiewaffen außer Kontrolle geraten und den Dschihadisten in die Hände fallen, immens erhöht – eine auch für die westlichen Interventionsmächte und Israel eher gruselige Perspektive.“ (147)

Die UN-Waffeninspektoren veröffentlichten ihren Bericht. Daraus ging hervor, dass am 21. August in großem Maße Chemiewaffen eingesetzt worden waren. Das Giftgas Sarin wurde dabei mit Boden-Boden-Raketen verschossen. Schuldige für diesen Einsatz nannte der Bericht nicht. Die „Berliner Zeitung“ vermerkte: „Der UN-Report ist kein Freibrief für einen Militärschlag.“ (148)

In Gesprächen zwischen Lawrow und Kerry schlug die russische Seite vor, Experten beider Ländern sollten mit UN-Fachleuten einen Zeitplan erarbeiten. Parallel zu den Gesprächen über die syrischen Chemiewaffen wurden Beratungen für eine Genf-II-Friedenskonferenz geführt. (149)

Erpressung scheitert

Die Westmächte und die NATO setzten weiterhin alles daran, die Option einer militärischen Intervention offen zu halten. Ein Kommuniqué des UN-Sicherheitsrates zur Lösung des syrischen C-Waffen-Problems sollte dafür genutzt werden. Lawrow wurde unter Druck gesetzt. Das Kapitel VII der UN-Charta, das militärische Strafmaßnahmen ermöglicht, sollte in das Kommuniqué aufgenommen werden. Dies für den Fall, dass die Vernichtung der C-Waffen nicht, wie vorgesehen erfolge. Es wurde behauptet, Lawrow habe im Gespräch mit Kerry einer solchen Fassung zugestimmt.

NATO-Generalsekretär Rasmussen griff in die Auseinandersetzung ein, indem er die Ansicht vertrat, nur eine Androhung mit militärischer Gewalt könne Assad zur Beseitigung seiner C-Waffen bewegen. Die militärische Option bleibe daher auf dem Tisch. (150)

Auch die BRD-Regierung schaltete sich ein. Regierungssprecher Seibert sei beauftragt zu erklären: „Die Indizien (sprächen) klar dafür, dass das Assad-Regime hinter dem Waffeneinsatz steht. Eine „robuste“ Resolution des UN-Sicherheitsrates sei erforderlich. „Auch die Androhung von Konsequenzen sollte darin enthalten sein.“ (151)

„Die amerikanischen Partner fangen an, uns zu erpressen“ erklärte Lawrow. Und er fügte erläuternd hinzu, die USA hätten gedroht: „Sollte Russland im UN-Sicherheitsrat die Entschließung über Kapitel VII nicht akzeptieren, so werden wir die Arbeit in OPCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) in Den Haag drosseln.“

„Das, so Lawrow, ist eine absolute Abkehr davon, worüber wir uns mit John Kerry geeinigt haben: Zunächst ein Beschluss der OPCW und erst dann die diesen Beschluss unterstützende Entschließung des UN-Sicherheitsrates, jedoch nicht über das Kapitel VII.“ (152)

In einem Interview wies Lawrow - nach dem Scheitern des Erpressungsversuchs – darauf hin, dass das Ergebnis der Debatte um das verabschiedete Kommuniqué des

UN-Sicherheitsrats „ insgesamt positiv“ sei. „Es widerspiegelt keinerlei Änderungen in den Herangehensweisen an die syrische Krise – es gibt keinerlei vom Sicherheitsrat der UNO gebilligte Drohungen mit der Durchführung irgenwelcher Einschüchterungen mit Gewaltaktionen. Alles bleibt auf der politischen Ebene.“ (153)

In diesen Tagen einer vom Westen vorgeführten Demonstration Psychologischer Kriegführung, veröffentlichte die „New York Times“ am 13. September einen Gastbeitrag von Präsident Putin. Darin führte er u.a. aus: „Der potenzielle Angriff der Vereinigten Staaten gegen Syrien, der trotz des starken Widerstands aus vielen Ländern und seitens zahlreicher bedeutender politischer und religiöser Führer einschließlich des Papstes weiterhin möglich ist, würde mehr unschuldige Opfer und eine Eskalation zur Folge haben, den Konflikt weit über Syriens Grenzen hinaustragen.

Ein Angriff würde zu noch mehr Gewalt führen und eine neue Welle des Terrorismus auslösen... Es könnte das gesamte weltweite System von Recht und Ordnung aus dem Gleichgewicht bringen.

Syrien erlebt keinen Kampf für Demokratie, sondern einen bewaffneten Konflikt zwischen Regierung und Opposition in einem multireligiösen Land. Es gibt nur wenige Streiter für Demokratie in Syrien. Aber es gibt mehr als genug Al-Qaida-Kämpfer und Extreme jeder Couleur, die die Regierung bekämpfen...

Von Anfang an hat sich Russland für einen friedlichen Dialog ausgesprochen, der es den Syrern ermöglicht, selbst ein Kompromissmodell für die künftige Entwicklung des Landes auszuarbeiten. Wir schützen nicht die syrische Regierung, sondern das internationale Recht. Wir müssen den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einbeziehen und sind überzeugt: Recht und Ordnung zu verteidigen. Das ist eine der wenigen Möglichkeiten zu verhindern, dass die internationalen Beziehungen ins Chaos abgleiten....Im Rahmen des geltenden internationalen Rechts ist die Ausübung von Gewalt ausschließlich zur Selbstverteidigung oder nach einem Beschluss des Sicherheitsrats gestattet. Alles andere ist der UN-Charta zufolge inakzeptabel und stellt einen aggressiven Akt dar.

Niemand bezweifelt, dass in Syrien Giftgas eingesetzt wurde. Aber es gibt jeden Grund anzunehmen, dass es nicht von der syrischen Armee, sondern von Truppen der Opposition eingesetzt wurde, um ein Eingreifen ihrer mächtigen ausländischen Förderer zu provozieren, die an der Seite der Fundamentalisten stehen. Berichte, dass Kämpfer einen weiteren Angriff – diesmal gegen Israel – planen, können nicht ignoriert werden.

Es ist beängstigend, dass es für die Vereinigten Staaten zur Gewohnheit geworden ist, militärisch in innere Konflikte anderer Staaten einzugreifen. Ist das in Amerikas langfristigem Interesse? Ich bezweifle das. Millionen in der ganzen Welt sehen in Amerika kein Modell der Demokratie, sondern ein Land, das ausschließlich auf brutale Gewalt setzt und unter der Parole ‚Wer nicht für uns ist, ist gegen uns‘ Koalitionen zusammenschustert...

Wir müssen aufhören, die Sprache der Gewalt zu sprechen und auf den Pfad zivilisierter diplomatischer und politischer Verständigung zurückkehren.“ (154)

Oppositionelle, Rebellen, Aufständische, Terroristen...

Westliche Politiker und Massenmedien sprachen zunächst von der „syrischen Opposition“.

Bald war auch von „Rebellen“, „Aufständischen“ und mitunter dann auch von „Terroristen“ die Rede. Eine Folge der Internationalisierung des Konflikts durch die USA, ihre NATO-Verbündeten und die reaktionären Golfmonarchien.

Was die Opposition gegen Assad und die Baath-Partei angeht, so weist sie eine große Differenziertheit auf. Sie hat historische Wurzeln, ist aber auch durch die jüngere Geschichte und aktuelle Ereignisse hervorgerufen. Nicht wenige, die unzufrieden sind, nehmen an bewaffneten Auseinandersetzungen teil.

Da ist das „Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel“ (NCB).

Das sind Oppositionsgruppen, die, innerhalb des Landes wirkend, die gegenwärtige Regierung scharf kritisieren.

Da ist die 2012 von den USA, der EU und anderen Staaten in Katar aus der Taufe gehobene „Syrische Nationale Koalition“ (NCC), eine Allianz, die verschiedene Oppositionsgruppen zusammenfasst. Ihr Vorgänger, der „Syrische Nationalrat“ (SNR) mit 20 Mitgliedern, hatte westlichen Vorstellungen nicht entsprochen.

Da ist die „Freie Syrische Armee“ (FSA). Sie setzt sich aus Oppositionellen, die schnell zu den Waffen griffen, aus Deserteuren der syrischen Armee und ausländischen Söldnern zusammen. Ihre Reihen werden immer mehr von Al-Qaida-Kräften und islamistischen „Gotteskrieger“ durchsetzt. Um ein Beispiel aus der jüngsten Zeit zu nennen: Es charakterisiert die Haltung der FSA, dass sie sofort den russischen Plan zur Vernichtung der syrischen Chemie-Waffen kategorisch ablehnte.

Die FSA und der NSA genießen die volle Unterstützung der „Gruppe der Freunde des syrischen Volkes“ und von Golfstaaten.

Da ist das „Nationale Koordinationsbüro für demokratischen Wandel“ (NCB), eine gewaltfreie, demokratische Opposition, unter dessen Dach 16 Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten arbeiten. Sie legten auf einem Seminar in Brüssel fest, alle Kräfte für eine gewaltfreie Lösung des Konflikts einzusetzen. Bei einer Genf-II-Konferenz unter UNO-Schirmherrschaft müsse Assad dazu gebracht werden, seinen alleinigen Machtanspruch aufzugeben. Die Opposition erkenne an, dass Assad Teile der Bevölkerung hinter sich habe. Es sollte eine Koalitionsregierung entstehen, die zunächst örtliche und regionale – Waffenstillstände einleitet und einen Prozess der Normalisierung, der auf freie Wahlen und Schritte der Demokratisierung zielt. (155)

Da ist die Gruppe „Den syrischen Staat aufbauen“ (BSS). Sie versucht im Lande den gewaltlosen Widerstand fortzusetzen und die Grundlagen für eine Übergangsregierung zu legen. Ihr Vorsitzender Louay Hussein lehnte eine Teilnahme an Genf-II ab, da er nur persönlich eine Einladung erhalten habe. Man habe versucht, neben der Regierung und der NCC eine „dritte Seite“ in die Gespräche einzubeziehen, die „wirklichen Stimmen Syriens. Doch das Mandat von UN-Vermittler Brahimi sei „begrenzt durch die Interessen der USA und Russlands.“ Saudi-Arabien stelle sich zudem

gegen jede Lösung, die nicht mit dem Abtreten Assads beginne. (156)

Da sind – neben Oppositionsgruppen - ausgesprochen terroristische Gruppen und Verbände wie Al-Qaida, Dschihadisten, Al-Nusra-Front und sunnitisch-religiöse Extremisten. Viele von ihnen sind aus arabischen Ländern, beispielsweise aus Libyen, auch aus westeuropäischen Ländern über die Türkei und Jordanien nach Syrien eingeschleust worden. Kerry behauptete übrigens, unter den Söldnern „in Syrien gibt es überhaupt keine Al-Qaida-nahen Rebellen.“ (157)

Etliche hundert Millionen Dollar hat die USA-Administration für einen „Regime change“ zur Verfügung gestellt. Um mit Hilfe von CIA-Experten Rebellen, Freischärler und Al-Qaida-Terroristen den letzten Schliff für's Töten zu verpassen und sie für provokatorische Akte und taktisches Verhalten in den Gefechten mit der syrischen Armee zu schulen.

Im März 2013 war bei faz.net zu lesen: „Wie amerikanische Medien in den vergangenen Tagen unter Berufung auf ranghohe Regierungsmitarbeiter berichteten, versorgen Mitarbeiter der CIA ausgewählte syrische Rebellengruppen mit Lagebildern und über mögliche Ziele von Angriffen. An der „Versorgung mit Lagebildern“ ist bekanntlich auch die BRD beteiligt, die mit einem „Aufklärungsschiff“ vor der libanesischen Küste operiert.

Die CIA bildet außerdem Aufständische in Lagern in Jordanien aus. Beispielsweise im Umgang mit Boden-Luft-Raketen zum Einsatz gegen Assads Luftwaffe... Schließlich unterstützt die CIA verbündete Staaten der Region wie die Türkei, Saudi-Arabien und Qatar bei der Beschaffung von Waffen für die Rebellen sowie bei deren Lieferung über den Landweg von der Türkei in die befreiten Gebiete im Norden Syriens.“ (158)

Trotz dieser Unterstützung mussten im Jahre 2013 die Aufständischen Niederlagen hinnehmen. Nach Angaben der syrischen Regierung herrscht ein militärisches Patt zwischen den Truppen der Regierung und den Aufständischen. Weder die bewaffnete Opposition noch die Regierungstruppen seien derzeit in der Lage, „die andere Seite zu besiegen“. (159)

„Seit Monaten kämpfen Rebellengruppen gegeneinander“, berichtete die „Berliner Zeitung“. „Zumeist sind es Konflikte zwischen den radikalen Gruppen wie der algerischen al-Nusra-Front und dem Al-Kaida-Ableger „Islamischer Staat im Irak und im Scham (ISIS) auf der einen und der Freien Syrischen Armee (FSA) auf der anderen Seite.“

Die zur Al-Qaida gezählte Al-Nusra-Front wird als „islamistischer Hardliner“ bezeichnet. Damit, so schrieb die „Junge Welt“, dürften die „moderaten“ Kräfte unter den Aufständischen weiter marginalisiert werden. Auch die von den „Freunden Syriens“ bisher aufgebauten Strukturen dürften ihre Bedeutung verlieren.“ (160)

Publizist Jürgen Todenhöfer legt dar, mit welchen Kräften der Westen seinen antiiranischen Stellvertreterkrieg in Syrien führt: Es gebe 100.000 bewaffnete Rebellen, von denen es sich bei über 80 Prozent um religiös motivierte Extremisten unterschiedlicher Richtungen handle. Unter ihnen befänden sich mehrere tausend ausländische ‚Dschihadisten‘ aus Libyen, Tunesien, Jordanien, dem Irak und auch aus Europa.

Mindestens 15.000 der extremistischen Rebellen zählten sich zur Al-Nusra-Front, die

Al-Qaida-Chef Aiman Al-Sawahari direkt unterstehe. Die ‚Freie Syrische Armee‘ habe dagegen höchstens noch 20.000 Kämpfer.“ (161)

Der Stellvertreter des UN-Sonderversmittlers für Syrien, Lamani, spricht von 2.000 verschiedenen bewaffneten Gruppen unterschiedlicher Größe und Ausrichtung. Es gebe „Nationalisten“, die Demokratie wollten, „Extremisten“ mit völlig anderen „Zielen jenseits von Syrien. Und es gebe „Kriminelle, die die Situation ausnutzen, um ein Museum zu plündern oder Leute entführen, um Geld zu erpressen.“ (162)

Die „New York Times“ fragte am 5. September 2013 unter der Überschrift „Brutalität der syrischen Rebellen stellt den Westen vor Dilemma“, ob man die zunehmend aus „Banden von Straßenräubern, Kidnappern und Mördern“ zusammengesetzten Rebellengruppen militärisch unterstützen solle.

In einem offiziellen Bericht, der im September 2013 dem UN-Menschenrechtsrat übergeben wurde, wird von einer deutlichen Zunahme von Tötungen und anderen Verbrechen durch Oppositionsgruppen im Norden Syriens gesprochen. Das sei vor allem auf den Zustrom ausländischer Extremisten zurückzuführen. (163)

In Opposition zu Genf-II

Über viele Monate war die russische Diplomatie bemüht, die Voraussetzungen für eine Genf-II-Konferenz zu schaffen. Nachdem sich auch die USA für die erforderlichen Vorbereitungen bekannte, ging es vor allem auch um die Teilnahme von Vertretern der oppositionellen Kräfte an der Konferenz. Sie soll am 12. Dezember, möglicherweise aber im Januar 2014 stattfinden.

Der Vorsitzende der „Syrischen Nationalen Koalition“, Dscharba, sagte eine Teilnahme an der Konferenz unter der Bedingung zu, dass Assad zurücktrete. Später wurden weitere Forderungen erhoben: Freilassung aller Gefangenen und Lieferung von Luftabwehrraketen, Einstellung der Bombardierungen und sofortige Einberufung einer Übergangsregierung. Eine Teilnahme des Iran an der Konferenz lehnte er ab. Nach einer Vollversammlung der Koalition wurde zusätzlich die Einrichtung von Korridoren verlangt, um die Bewohner belagerter Orte zu versorgen oder in Sicherheit zu bringen. Die SNR plädiert inzwischen für einen Waffenstillstand und ein Wiederaufbauprogramm.

Die destruktive Haltung von Oppositionsgruppen gegen Genf-II wird von einem massiven Konfrontationskurs Saudi-Arabiens unterstützt.

Die Dschihadisten und Kampfverbände der Salafisten, die sich zu einer Allianz für die Einführung eines islamischen Kalifats in Irak und Syrien zusammengeschlossen hatten, lehnen Gespräche über und in Genf entschieden ab.

Die Konferenz mache keinen Sinn, wenn nicht zuvor Assad zurücktrete, erklärte die Führung Saudi-Arabiens. Kerry äußerte dazu, man sei sich bei dem „Ziel in Syrien“ einig, unterscheide sich aber in der Taktik, (164)

Einem Bericht der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden (Washington) zu-

folge stellt Saudi-Arabien, zusammen mit Pakistan, eine 50.000 Mann starke Söldnerarmee auf. Ihre Aufgabe solle angeblich sein, Assad zu stürzen. In der US-Zeitschrift „Foreign Policy“ berichtete der Nahost-Experte David Kenner, Saudi-Arabien stütze sich in seinem Kampf gegen Syrien auf ein Netzwerk mit Jordanien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Frankreich. (165)

Der syrische Informationsminister Al-Zoubi legte dar, auf der „Genf-II-Konferenz“ solle ein „politischer Prozess“ beginnen. Wer meine, dass etwas anderes geschehe, solle die „Genfer Vereinbarung lassen.“ Saudi-Arabien müsse zudem aufhören, seine Terrorpolitik nach Syrien, Irak, Libanon, Algerien Tunesien oder Libyen zu tragen. Zoubi machte die saudische Führung für die Zerstörung seines Landes verantwortlich. (166)

Wenn keine Vertretung der Opposition zustandekommt, werde es „Genf-II“ nicht geben, erklärte der Sondergesandte der UNO und der Arabischen Liga, Brahmi.

Ende August/Anfang September 2013 veröffentlichten hochrangige Diplomaten einen Appell für Frieden in Syrien. Darin hieß es u.a.: „Diejenigen, die sagen ‚Wir können mit Assad nicht reden oder verhandeln‘, vergessen, dass das gleiche für die algerische FLN, Ho Chi Minh, die UdSSR, die PLO, IRA, ETA, Mandela und die ANC sowie mehrere Guirillabewegungen in Lateinamerika gesagt wurde. Die Frage ist nicht, ob wir mit dem Gegner sprechen, sondern nach wie vielen unnötigen Toten wir endlich zustimmen werden, dies zu tun. Die Zeit, wo die USA und einige übriggebliebene Verbündete als Gendarmen der Welt handeln, ist vorbei. Die Welt wird multipolarer, und die Völker der Welt wollen mehr Souveränität, nicht weniger...

Es gibt keinen Ort, wo die permanente Kriegs-Strategie jämmerlicher gescheitert ist als im Nahen Osten. Auf lange Sicht haben der Sturz von Mossadegh in Iran, das Abenteuer des Suez-Kanals, die zahlreichen israelischen Kriege, zwei Golf-Kriege, die Drohungen und Sanktionen gegen den Irak, dann gegen den Iran, nicht anderes getan, als das Blutvergießen zu erhöhen. Syrien kann nur ein neuer westlicher Fehlschlag werden, ohne einen radikalen politischen Wandel.“ (167)

7. Um die Ausschaltung des Iran

Seit Jahrzehnten steht der Iran auf der Abschussliste der US-Imperialismus. Ende der 1970er Jahre, nach dem Sturz des Schah-Regimes und der Konstituierung einer islamischen Republik, begann es mit Sanktionen. Später mündete es in militärische Drohungen.

Zbigniew Brzezinski maß in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ dem Iran im Kampf um globale Vorherrschaft eine wesentliche Bedeutung bei. Der Iran gehöre nämlich zu den Ländern, die als „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt von entscheidender Bedeutung“ zu betrachten seien (168) Er orientierte darauf, die Möglichkeit einer „großen Koalition zwischen China, Russland und vielleicht dem Iran als antihegemoniales Bündnis“ zu verhindern. (169)

2002 erklärte dann der damalige US-Präsident George W. Bush zum Auftakt des „war

on terror“ den Iran zum „Schurkenstaat“ und – neben Nordkorea und Syrien – zum Mitglied der „Achse des Bösen“.

Proamerikanisches Regime gefragt

Seitdem wird Krieg gegen den Iran vorbereitet - und geführt: als kalter Krieg, als Wirtschafts- und als Psychologischer Krieg.

Wechsel in der US-amerikanischen Präsidentschaft von den Republikanern zu den Demokraten – oder umgekehrt - haben daran nichts geändert.

So erklärte George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar 2002: „Die Vereinigten Staaten werden nicht zulassen, dass die gefährlichsten Regime der Welt uns mit den zerstörerischsten Waffen der Welt bedrohen. Iran strebt aggressiv nach solchen Waffen...“ (170)

Barak Obama betonte in seiner Rede zur Lage der Nation am 24. Februar 2012:

„Es soll kein Zweifel aufkommen: Amerika ist entschlossen, Iran daran zu hindern, an Atomwaffen zu kommen. Ich werde zur Erreichung dieses Ziels keine Option vom Tisch nehmen.“ (171)

US-Präsidenten interessiert nicht, dass der Iran seit 1968 Mitglied des Atomwaffensperrvertrages ist. Teheran hat wiederholt erklärt, dass seine Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag auch nach dem Sturz des Schah-Regimes selbstverständlich erhalten bleibe. Der Iran strebe nicht nach Atomwaffen. Atomwaffen sollten der Vergangenheit angehören.

Der Vertrag garantiert das Recht auf Urananreicherung, sofern diese unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) erfolgt.

2003 kündigte der damalige iranische Präsident Mohammed Chatami die Fortsetzung des Atomprogramms mit einem gesamten Brennstoffkreislauf an, der die nukleare Unabhängigkeit vom Ausland sichern soll.

Mit der Urananreicherung beansprucht das Land ein Recht, das für andere Länder selbstverständlich ist. Der Atomwaffensperrvertrag untersagt seinen Unterzeichnern keineswegs, Urananreicherung zu betreiben und damit die Atomwaffenfähigkeit zu erreichen.

US-Präsidenten interessiert auch nicht, dass führende Politiker des Iran, zuletzt der gegenwärtige Präsident Ruhani vor der UN-Vollversammlung, wiederholt erklärt haben, ihr Land werde niemals eine Atombombe bauen. Der iranische Revolutionsführer Ajatollah Khamenei hatte vor Jahren versichert, dass die Atomwaffe als Massenvernichtungswaffe „haram“, d. h. aus religiösen Gründen verboten sei. Der ehemalige iranische Präsident Ahmadinedschad hatte betont: „Die Atomwaffe ist eine unmenschliche und unmoralische Waffe. Sie gehört dem vergangenen Jahrhundert an. Wir wollen keine Atombombe bauen. Wenn wir es tun wollten, würden wir es offen sagen.“ (172)

Die USA wollen mit einem Regimewechsel in Syrien und später im Iran die Voraussetzungen für die Durchsetzung ihrer geostrategischen und geoökonomischen Ziele

in der Region schaffen. Es geht um die Zurückdrängung russischen und chinesischen Einflusses und um die reichen Ölvorkommen in der Region. Der Iran selbst verfügt nach Saudi-Arabien über die größten Rohölreserven unter den OPEC-Staaten. Er ist drittgrößter Erdölexporteur in der Welt. Nach Russland verfügt er über die größten Erdgas-Vorräte in der Welt. Das Land ist im wichtigsten Ölgebiet der Welt, nämlich am Persischen Golf ebenso präsent wie am Kaspischen Meer.

Nach Meinung des früheren Generaldirektors der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Mohammed ElBaradei seien die Amerikaner und Europäer im Atomstreit nie an einem Kompromiss mit der Regierung in Teheran interessiert gewesen, „aber an Regierungswechsel durch jegliche notwendige Mittel.“ (173) In der „Berliner Zeitung“ war zu lesen: „Eigentliches Ziel ist die Installierung eines proamerikanischen Regimes in Teheran. Deshalb weigert sich Washington auch, dem Iran Sicherheitsgarantien zu geben, obwohl sich der Atomstreit vermutlich lösen ließe. Das Land ist von zentraler Bedeutung für die Beherrschung ganz West- und Zentralasiens. Dabei geht es den USA generell um die Eindämmung des russischen und chinesischen Einflusses sowie konkret um den Zugriff auf die enormen Rohstoffreserven der Region.“ (174) Die Auseinandersetzungen mit Teheran begannen zu einem Zeitpunkt, als das Land mit der Wiederaufnahme der vom Schah-Regime begonnenen, und von den USA und der BRD kräftig unterstützten Arbeit am Atomprogramm noch gar nicht begonnen hatte. Schon 1996 bezeichnete der damalige und heutige israelische Premier Netanjahu den Iran als „größte Bedrohung“ für „die gesamte zivilisierte Welt“.

Militärische Lösung in peto

Im Laufe der Jahre liefen die „Vorbereitungen für einen Angriff auf den Iran...verbal-propagandistisch, praktisch-militärisch auch politisch“ auf Hochtouren. (175) Kriegspläne seitens der USA und Israels wurden nicht nur erörtert, sondern auch in Manövern durchgeprobt. Kriegsdrohungen wurden Jahr für Jahr von US-amerikanischen und israelischen Politikern und Militärs artikuliert und in Massenmedien verbreitet. Obama versicherte der US-Kriegspartei schon als Präsidentschaftsanwärter: „Die Gefahr aus dem Iran ist realistisch, und mein Ziel wird es sein, diese Gefahr zu eliminieren.“ (176) Präsidentschaftsanwärterin Hillary Clinton versuchte ihren Konkurrenten Obama zu übertreffen, als sie sich zu der Äußerung verstieg: „Wir werden Iran auslöschen“ (177)

In den ersten Monaten seiner Präsidentschaft verlängerte Obama die seit drei Jahrzehnten bestehenden Sanktionen gegen Iran um ein weiteres Jahr. Er verlangte von Teheran ein „Einlenken“ in der Atomproblematik. Ultimativ setzte er dafür eine „Deadline“: „Wir haben nicht vor, endlos zu warten und die Entwicklung nuklearer Waffen und den Bruch internationaler Verträge zuzulassen, um dann eines Tages zu erwachen, uns in einer viel schlimmeren Situation wiederzufinden und nicht mehr handlungsfähig zu sein.“ (178)

Hillary Clinton ging mit folgendem Plan an die Öffentlichkeit: „Wenn die USA einen

Verteidigungsschirm über der Region aufspannen, und wir sogar noch mehr tun, um die militärischen Kapazitäten der Golfstaaten zu stärken, dann ist es unwahrscheinlich, dass Iran stärker oder sicherer sein wird. Die Iraner werden dann weder in der Lage sein, jemanden einzuschüchtern oder zu dominieren, wie sie es offensichtlich zu können glauben, wenn sie erst einmal Atomwaffen haben.“ (179)

Als Israels Luftwaffe einen „umfassenden Krieg“ an „mehreren Fronten“ probte, vertrat US-Vizepräsident Biden die Auffassung, die USA könnten „einem anderen souveränen Staat nicht sagen, was er zu tun hat.“ (180)

Obama legte aber auch Wert darauf zu betonen, er setze ebenso auf „diplomatische Kanäle“, um den Atomkonflikt mit dem Iran zu lösen. Mutmaßungen über eine Rückendeckung der USA für einen israelischen Angriff auf Iran, wies er zurück.

Offensichtlich sollte damit die ordnungspolitische Rolle, die Israel in der Region in Anspruch nehmen möchte, blockiert werden. Kurz darauf äußerte Obama aber, er „verstehe sehr gut, dass Israel Iran als Bedrohung betrachtet.... ich glaube nicht, dass es mir zukommt, für die Israelis zu entscheiden, was ihre Sicherheitsbedürfnisse sind.“ (181)

Um den zahlreichen Sanktionen der Westmächte gegen Iran Nachdruck zu verleihen, stationierten die USA Anfang 2010 Patriot-Flug-Abwehrsysteme in vier Staaten der arabischen Halbinsel – in Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Kuwait. Der Vorsitzende des US-Generalstabs, Admiral Mike Mullen, befand, das Pentagon müsse militärische Optionen für den Fall bereithalten, dass Obama sie abberufe. Zur gleichen Zeit hatte das US-Militär Pläne für einen Angriff auf die iranischen Atomanlagen ausgearbeitet. Der US-Oberkommandierende für die Region General Petraeus meinte, es wäre „unverantwortlich“, hätte die US-Armeeführung nicht über eine „ganze Vielfalt“ von Möglichkeiten im Atomstreit mit Iran nachgedacht. (182) Der General antwortete auf die Frage, ob die iranischen Atomanlagen unangreifbar seien: „Ach was, die kann man mit Sicherheit bombardieren.“ (183)

Das Pentagon stationierte Anfang 2010 Militärausrüstungen im Wert von 800 Millionen Dollar in Israel. Bisher lag die Obergrenze bei 400 Millionen Dollar. (184)

Anfang Juli 2010 setzte Obama die vom Kongress beschlossenen neuen Sanktionen gegen Iran in Kraft. „Mit diesen Sanktionen“, so Obama, „stoßen wir ins Herz der Fähigkeit der iranischen Regierung, ihr Atomprogramm zu finanzieren und weiterzuentwickeln.“ (185)

Anfang September 2011 wurde von den USA im türkischen Bezirk Kürecik eine Radaranlage stationiert, die zum NATO-Raketen-Abwehrsystem gehört. Die iranische Zeitung „Jomhuri Islami“ schätzte ein, Ziel der Stationierung sei, „den iranischen Luftraum auszuspionieren und zu überwachen.“

In den Jahren 2009 und 2010 wurden Cyber-Attacks gegen das iranische Atomprogramm durchgeführt. Der Computer-Wurm „Stuxnet“, eine US-amerikanisch-israelische Gemeinschaftsentwicklung, habe, so wurde in westlichen Medien berichtet, die Computerprogramme, die Zentrifugen in iranischen Forschungsanlagen steuerten, durcheinandergebracht. Das Atomprogramm sei dadurch um Jahre zurückgeworfen worden. 2012 erfolgte mit dem Virus „Flame“ eine weitere, ungleich schwerere Atta-

cke gegen die ölverarbeitende Industrie des Iran.

Im Rahmen „verdeckter Aktionen“ westlicher Geheimdienste wurden ab Januar 2010 iranische Atomwissenschaftler gezielt ermordet. Ardeschir Hosseinpour starb als erster einer Mordserie. Noch im gleichen Monat fiel der Physiker Massud Aqli-Mohammed einem Anschlag in der Nähe seiner Teheraner Wohnung zum Opfer. Im November 2010 starb der Neutronentransport-Experte Madschid Schahriari, als eine Magnetbombe an seinem Auto explodierte. Im Juli 2011 wurde der Atomwissenschaftler Dariusch Resainedschad durch Kopfschuss getötet. Im Januar 2012 wurde der junge Wissenschaftler Mostafa Ahmadi, Direktor der Urananreicherungsanlage in Natans, Opfer eines Attentats.

Auch Bombenanschläge gegen Einrichtungen der iranischen Revolutionären Garden (IRGC) gehören zu den Operationen westlicher Geheimdienste. Im November 2011 wurden bei einem mörderischen Bombenanschlag auf einen Raketenstützpunkt der IRGC zahlreiche IRGC-Angehörige getötet, darunter ein General. (186)

Memorandum – ein folgenschwerer Irrtum

Gespräche und Verhandlungen zwischen den UN-Veto-Mächten und Deutschland mit dem Iran scheiterten an ultimativen Forderungen des Westens gegenüber Teheran. 2003 hatte sich dann Teheran unter dem ständigen Druck der Westmächte in eine Lage hineindrängen lassen, die seitdem zu einem eskalierenden „Atomstreit“ führte. Knut Mellenthin beleuchtete in der „Junge Welt“ vom 29. Februar 2012 diese die internationale Atmosphäre belastende Problematik: „Im Oktober 2003 ließ Teheran sich darauf ein, als freiwillige vertrauensbildende Maßnahme alle mit der Urananreicherung verbundenen Arbeiten für die Dauer der Verhandlungen zu unterbrechen. Zum selben Zeitpunkt erklärte sich Iran bereit, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag (NPT) einzuhalten, das erweiterte Kontrollrechte der IAEA vorsieht. Es handelt sich dabei nicht um einen verbindlichen Teil des NPT. Nur 139 der 189 Vertragsstaaten haben das Zusatzprotokoll unterzeichnet; lediglich 104 haben es auch schon ratifiziert.

Als Ziel wurde in der gemeinsamen Teheraner Erklärung vom 21. Oktober 2003 definiert, ‚zufriedenstellende Versicherungen in Bezug auf Irans Programm zur Gewinnung von Atomenergie‘ auszuarbeiten. Zu einem späteren Zeitpunkt der Gespräche vereinbarten Iran und das EU-Trio (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) im Pariser Abkommen vom 14. November 2004, dass am Ende ein umfassendes langfristiges Übereinkommen stehen sollte, das unter anderem ‚objektive Garantien dafür (erhalten sollte), dass Irans Atomprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient‘. Die iranische Seite war davon ausgegangen, dass mit ‚objektiven Garantien‘ eine Ausweitung und Perfektionierung der Kontrollmaßnahmen und Inspektionen durch die IAEA gemeint waren. Auf diesem Gebiet war Teheran zu einem weitreichenden Entgegenkommen bereit. Ein folgenschwerer Irrtum, wie sich zeigen sollte. Stattdessen sahen sich die Iraner unerwartet mit der ultimativen Forderung des Trios

konfrontiert, aus der freiwilligen Unterbrechung bestimmter Arbeiten einen unbegrenzten Dauerzustand zu machen.“

Die Beschuldigungen gegen Teheran wurden fortgesetzt. Der damalige US-Vizepräsident Cheney behauptete, der Iran stehe an der Spitze der potenziellen Krisenherde in der Welt. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer verlangte eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“ gegen den Iran.

Im Februar 2005 nannte George W. Bush in seiner „Rede zur Lage der Nation“ als nächstes politisches Ziel seiner Administration die „Demokratisierung“ des Iran.

Das EU-Trio versprach im Mai 2005 dem Iran eine sogenannte nukleare Kooperation. Man wolle Teheran beim Ausbau der Atomenergie unterstützen. Allerdings, so die, offenbar von Israel erzwungene, nicht verhandelbare Bedingung, Teheran müsse dauerhaft auf die Urananreicherung verzichten. Das Moratorium sollte zu einem Dauerzustand werden. Der Iran sollte der Urananreicherung und allen damit verbundenen Arbeiten und Forschungstätigkeiten eine Absage erteilen.

Das „Friedensjournal 1/2006 konstatierte: „Die USA und die EU haben bisher weder die iranischen Strombedarfsprognosen, und damit die angepeilte nukleare Kraftwerkskapazität in Frage gestellt, noch von sich aus die Alternative regenerativer Energie-Technologien für Irans Energieversorgung ins Spiel gebracht. Ganz im Gegenteil erklärte sich die EU in ihrem Angebot vom 8. August 2005 bereit, Iran beim massiven Ausbau der Atomenergie zu unterstützen, allerdings mit der nicht verhandelbaren Bedingung eines dauerhaften iranischen Verzichts auf Urananreicherung. Diese Bedingung liefe aus iranischer Sicht darauf hinaus, die für die Sicherung der Energieversorgung sensibelste Stufe der Energieerzeugung ins Ausland zu verlagern und sich in eine dauerhafte Abhängigkeit zu begeben.“ Teheran hob das Moratorium teilweise auf.

Der IAEA-Vorstand wandte sich darauf hin an den UN-Sicherheitsrat. Der beschloss Ende 2006 Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran.

Dabei ging es wesentlich um Fragen der Urananreicherung und den Zugang von IAEA-Inspektoren zu allen Industrie- und Forschungsanlagen, darunter auch militärischen. 2012 erklärte sich die iranische Regierung bereit, IAEA-Inspektoren den Zugang zum Industrie- und Forschungskomplex Parchin, einem reinen Militärstützpunkt, zu gestatten. Der Iran war zunächst von den Erfahrungen Iraks ausgegangen, wo eine erlaubte Inspektion entsprechender Einrichtungen dazu gedient hatte, spätere Angriffziele auszuspionieren.

Am 14. Februar 2012 nahm die EU das vom iranischen Chefunterhändler Said Dschalili unterbreitete Angebot zur Wiederaufnahme von Gesprächen an. Die EU vertritt in diesem Falle offiziell auch die fünf UN-Veto-Mächte sowie Deutschland.

Auf einer Pressekonferenz bezeichnete Obama diese Verhandlungen als „letzte Chance“ Teherans, die sie „ergreifen müssen, um noch schlimmere zukünftige Konsequenzen für Iran abzuwenden... Ich meine, sie sollten verstehen, dass das Fenster für eine diplomatische Lösung dieser Angelegenheit schrumpft.“ (187) Die Erfolgsaussichten dieser Verhandlungen waren von vornherein gering, wenn nicht chancenlos, da die EU praktisch den Verzicht Irans auf sein Atomprogramm verlangte.

Die Verhandlungen wurden im April 2013 unterbrochen. Eine Wiederaufnahme wurde erst nach den am 14. Juni stattfindenden Präsidentenwahlen in Iran erwartet. Ebenfalls im April verkündete Pentagon-Chef Hagel während seines Israel-Besuch die Absicht der US-Administration, die israelische Armee mit hochmodernen Waffen auszurüsten. Darunter Antiradar-Raketen, um gegnerische Luftabwehr auszuschalten, Radargeräte für Kampfflugzeuge, weiterentwickelte Boeing-Tankflugzeuge und Kipprotor-Wandelflugzeuge (halb Flugzeug halb Hubschrauber). Im Mai 2013 beschloss der US-Senat eine Resolution, nach der die Administration verpflichtet ist, im Falle eines israelischen Überfalls auf den Iran, den Aggressor zu unterstützen. Es wird „verlangt, dass, falls Israel gezwungen ist, in legitimer Selbstverteidigung zu militärischen Aktionen gegen das iranische Atomwaffenprogramm zu greifen, die Regierung der USA an der Seite Israels stehen muss und der Regierung Israels, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der USA und der verfassungsmäßigen Verantwortung des Kongresses, die Anwendung militärischer Gewalt zu autorisieren, diplomatische, militärische und wissenschaftliche Unterstützung bei der Verteidigung seines Territoriums, seiner Bevölkerung und seiner Existenz leisten muss.“ (188) Im Juni verhängte die US-Regierung etliche neue Strafmaßnahmen gegen Iran und seine Handelspartner.

Neue Töne – neue Widersprüche

In Iran war der gemäßigte Politiker Hassan Rohani zum neuen Präsidenten gewählt worden. Nach Bildung der iranischen Regierung wurden neue Initiativen Teherans zur Lösung des Atomkonflikts angekündigt.

Israels Regierungschef Netanjahu reagierte mit den Worten: „Man darf sich nicht von den betrügerischen Worten des iranischen Präsidenten hinters Licht führen lassen. Er verdreht alles, damit sich die Zentrifugen (für die Urananreicherung) weiter drehen können.“ (189)

In der UN-Vollversammlung sagte Obama in seiner Rede, die USA wollten zwar weiterhin verhindern, dass der Iran eine Atombombe baue. „Die Hürden mögen sich als zu hoch erweisen, aber ich bin der festen Überzeugung, dass der diplomatische Weg gegangen werden muss.“ (190) Er fügte hinzu, die USA seien jedoch „bereit“, „zur Sicherung unserer Kerninteressen in der Region alle unsere Machtmittel, einschließlich militärischer Gewalt, einzusetzen.“ (191)

Rohani sagte in seiner Rede: „Wir sollten damit beginnen, über ‚Koalitionen für einen dauerhaften Frieden‘ überall auf dem Erdball nachzudenken, statt über ‚Kriegskoalitionen‘ in verschiedenen Teilen der Welt.“ Die Menschen überall auf der Welt seien der Gewalt und des Extremismus überdrüssig. Sie hofften auf Veränderungen des gegenwärtigen Zustands. Dies sei „eine einmalige Chance für uns alle.“ (192)

Der Kommentar Netanjahus: Die Rede sei „zynisch und heuchlerisch gewesen. Wie erwartet.“ (193)

Ende September 2013 kam es zum ersten Mal seit der Islamischen Revolution in Iran

1979 zu einem Gespräch zwischen einem US-amerikanischen Präsidenten und einem iranischen Staatschef. Nach dem Telefongespräch erklärte Obama, es sei um „andauernde Bemühungen“ gegangen, den Atomstreit zu beenden. Es gebe noch „bedeutende Hindernisse. Aber er glaube, „dass wir eine umfassende Lösung finden können.“ (194) Nach einem Treffen mit Netanjahu fiel Obama wieder in die bekannte Kriegsrhetorik zurück, indem er betonte, dass die „militärische Option“ nach wie vor aktuell sei.

Die iranische Regierung bekräftigte ihren Standpunkt, dass die Anreicherung unter allen Umständen fortgesetzt werde und nicht verhandelbar sei. Über „die Rahmenumstände, den Grad, die Menge, die Form und die Orte der Anreicherung“ könne gesprochen werden. (195)

Im Fernsehsender NBC beschimpfte Netanjahu die Religionsgemeinschaft der iranischen Schiiten als „messianischen, apokalyptischen, radikalen Kult, (der) wild in seinen Ambitionen und seiner Aggressivität“ sei. (196)

Mitte Oktober setzten in Genf die Vertreter Irans und der Sechsergruppe die Gespräche über eine Lösung des Atomstreits fort. Sie wurden nach Unterbrechung Anfang November weitergeführt. Man einigte sich offenbar auf Grundzüge eines ersten Teilabkommens – auf ein sechsmonatiges Moratorium, bei dem Teile des iranischen Atomprogramms „eingefroren“ würden. Die Westmächte würden das mit einer „bescheidenen“ Lockerung von Sanktionen beantworten.

Während der Verhandlungen konterte der israelische Ministerpräsident, ein Abkommen mit dem Irak wäre ein historischer Fehler. Israel sei deshalb nicht verpflichtet, sich an das Abkommen zu halten. Saudi-Arabien und Ägypten äußerten ihren Unmut über die neue Nahost-Politik Obamas.

Der französische Außenminister Fabius ließ dann die Verhandlungen platzen, als er erklärte, er könne für Frankreich den vorliegenden, gemeinsam erarbeiteten Entwurf für ein Interimsabkommen nicht unterzeichnen. Man müsse schließlich „den Bedenken Israels Rechnung tragen.“ (197) Hintergrund für die Haltung der Pariser Regierung: „Paris wolle Großaufträge im Hightech-Bereich und im Transportwesen aus Saudi-Arabien und den Arabischen Emiraten. Diese möchten genauso wie Israel eine Einigung mit dem Iran unbedingt verhindern.“ (198)

Die Verhandlungen, kurz unterbrochen, führten dann Ende November zu einer Übereinkunft. Ein „Gemeinsamer Aktionsplan“ wurde vereinbart. Zum zweiten Mal ging Teheran ein Memorandum ein. Es gilt zunächst für ein halbes Jahr, kann dann – bei gegenseitigem Einvernehmen – verlängert werden. Sein Inhalt: während seiner Geltungsdauer stellt der Iran die Anreicherung von Uran mit dem spaltbaren Isotop 235 auf 20 Prozent ein. Die Anreicherung auf 3,5 Prozent wird eingefroren. Das bedeutet, dass zusätzliche Gaszentrifugen, die für die Anreicherung notwendig sind, nicht installiert werden. Bisher nicht genutzte Zentrifugen-Reihen werden nicht in Betrieb genommen. Der Westen verspricht dagegen, während des Moratoriums keine neuen Sanktionen zu beschließen. Die USA wollen für diese Zeit einige von ihr verhängte Strafmaßnahmen lockern, Die jetzige Vereinbarung soll „Elemente“ einer im Detail noch auszuhandelnden endgültigen Lösung beinhalten. Sie müsste das Recht des Iran

auf friedliche Nutzung der Atomenergie, einschließlich der Anreicherung zum Ziel haben. (199) Ob Teheran dieses Mal keinen folgenschweren Irrtum begangen hat, wird sich erst noch erweisen.

8. Andauernder Palästina-Israel-Konflikt

In seiner Kairo-Rede - Anfang Juni 2009 – führte Obama zur Situation zwischen Israel und Palästina u.a. aus: "Die starken Bande der Vereinigten Staaten zu Israel sind allgemein bekannt. Diese Bande sind unzerbrechlich. Sie basieren auf den kulturellen und historischen Verbindungen und dem Wissen um die Tatsache, dass das Streben nach einer jüdischen Heimat in einer tragischen Geschichte verwurzelt ist, die nicht geleugnet werden kann...

Andererseits lässt sich auch nicht leugnen, dass die Palästinenser Muslime und Christen auf der Suche nach einer Heimat gelitten haben. Seit mehr als sechzig Jahren ertragen sie den Schmerz der Vertreibung. Viele warten im Westjordanland, im Gazastreifen und den angrenzenden Ländern auf ein Leben in Frieden und Sicherheit, das sie noch nie haben führen können. Sie ertragen die täglichen Demütigungen – kleine und große -, die die Besatzung mit sich bringt...

Die Verpflichtungen, die die Parteien im Rahmen der Road Map eingegangen sind, sind eindeutig. Um Frieden zu ermöglichen, ist es an der Zeit, dass sie und wir alle unserer Verantwortung nachkommen...

Es ist an der Zeit, dass sich die Palästinenser auf das konzentrieren, was sie aufbauen können. Die Palästinenserbehörde muss ihre Fähigkeit zu regieren entwickeln, mit Institutionen, die die Bedürfnisse der Bürger befriedigen. Die Hamas hat die Unterstützung einiger Palästinenser, sie muss aber auch erkennen, dass sie eine Verantwortung trägt. Um eine Rolle dabei zu spielen, die Wünsche der Palästinenser zu erfüllen und die Palästinenser zu einen, muss die Hamas die Gewalt beenden und vergangene Abkommen sowie das Existenzrecht Israels anerkennen.

Gleichzeitig müssen die Israelis anerkennen, dass das Existenzrecht Palästinas genauso wenig verwehrt werden kann wie das Existenzrecht Israels. Die Vereinigten Staaten betrachten den fortgesetzten Bau israelischer Siedlungen nicht als legitim. Der Bau verletzt bestehende Abkommen und untergräbt die Bestrebungen, Frieden zu erreichen. Es ist an der Zeit, dass diese Besiedlung aufhört.

Israel muss auch seiner Verpflichtung nachkommen und sicherstellen, dass die Palästinenser leben, arbeiten und ihre Gesellschaft voranbringen können." (200)

Die Ausführungen Obamas könnten den Eindruck erwecken, die hier behandelte Problematik würde ausgewogen beurteilt. Die politische Praxis, die die US-Administration an den Tag legt, sieht dagegen anders aus.

Der ursprüngliche Nahostkonflikt bezog sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts auf die Region Palästina. Dahinter verbergen sich sechs Kriege zwischen dem im Mai 1948 gegründeten Staat Israel und einigen seiner Nachbarstaaten sowie eine Reihe bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern. (201)

1993 kam es zwischen Israel und der Palästinenserbehörde zu einem Abkommen, das den Abzug der israelischen Truppen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen beinhaltete. Die Jerusalemfrage und das Flüchtlingsproblem wurden vertagt. Dennoch hegten die Palästinenser die Hoffnung auf einen Staat in den Grenzen der von Israel 1967 besetzten Gebiete.

Der damals verkündete Friedensprozess erwies sich recht schnell als kurzlebiger Akt. Trotz des von Obama zur Chefsache erklärten Problems blieb es bei verbalen Beteuerungen. Immerhin hatte er aber von Israel gefordert, den Siedlungsbau in den seit 1967 besetzten Gebieten zu stoppen. Zur politischen Praxis oder Heuchelei der US-Administration gehört jedoch, dass sie mit ihrem Veto eine UN-Resolution zu Fall brachte, die den Expansionismus Israels in den besetzten Palästinensergebieten verurteilen sollte.

Während seiner ersten Amtszeit als Präsident hat Obama ein Mal den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten auf die Grenzen von 1967 und eine Zwei-Staaten-Lösung gefordert. Grundlage von Verhandlungen zwischen Israel und Palästina sollten die Grenzen von vor dem sogenannten Sechs-Tage-Krieg sein. Das hinderte ihn jedoch nicht, auf dem Jahrestreffen der Pro-Israel-Lobby AIPAC im Mai 2011 zu erklären, er sei falsch verstanden worden. Die Grenzen Israels könnten nicht entlang der Grenzen von 1967 verlaufen. Er beteuerte eherne Solidarität mit Israel.

Israel hat seit Oktober 2010 – nach dem Ende eines zeitlich begrenzten Bau-Moratoriums – die Baumaßnahmen für israelische Siedlungen verdoppelt.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag beurteilte Obamas Politik in seiner ersten Amtsperiode hinsichtlich der Frage Israel-Palästina so: „Obama hat Millionen Palästinenser in dem von Israel besetzten Westjordanland und im Gazastreifen im Stich gelassen, indem er Israel weder beim Bau der Mauer noch beim Siedlungsausbau oder bei der endgültigen Annexion Ostjerusalems Einhalt gebot. Niemand glaubt noch angesichts der geschaffenen Fakten an eine Zwei-Staaten-Lösung.“ (202)

Im November 2012 kam es zu Kriegshandlungen Israels gegen den Gaza-Streifen, nachdem israelische Soldaten die Grenze nach Gaza überschritten hatten. Anhänger der säkularen Volksfront zur Befreiung Palästinas antworteten mit dem Abschuss einer Panzerabwehrrakete auf ein israelisches Militärfahrzeug. Die Kriegshandlungen eskalierten im Rahmen der von Israel durchgeführten Operation „Säulen der Verteidigung“. Der israelische Minister für die Verteidigung der Heimatfront, Avi Dichter, riet den Soldaten seines Landes Gaza „neu zu formatieren“ und es „mit Bomben sauberzuwischen.“ 1350 Orte im Küstenstreifen von Gaza wurden durch Luftangriffe zerstört. Über 120 Palästinenser wurden Opfer der israelischen Angriffe. Militante palästinensische Gruppen aus dem Küstenstreifen feuerten mehr als 300 Raketen auf den Süden Israels ab.

„Junge Welt“ kommentierte: „Die kindische Frage, wer (diesmal) ‚angefangen‘ habe; erweist sich... immer wieder als irrelevant, denn ihre Beantwortung hängt davon ab, wo man den Anfang ansetzt. Wer die Ursache für die je ausgesprochene Gewalt im Terror der Hamas sieht, wird sich fragen lassen müssen, wie es zu dieser Terroraktivität gekommen ist: ja, wie es überhaupt dazu kam, dass die Hamas die Herrschaft

im Gazastreifen erlangte, vor allem aber, welchen gravierenden Anteil die israelische Politik am Zustandekommen der gegenwärtigen Konstellation im Gazastreifen hatte.“ (203)

„Frankfurter Rundschau-online“ schrieb mit Blick auf bevorstehende Wahlen in Israel und Netanjahus Haltung zu den Vorgängen: „Auch ein kleiner Waffengang kann ihm Wählerstimmen bringen. Das war 1996 so, als er erstmals zu Israels Premier gewählt wurde, und es war so bei seinem politischen Comeback 2009. Wenn es darum geht, wer härter –oder besser brutaler – gegen Palästinenser vorgehen kann, trauen Israelis ihm mehr zu als jedem seiner Konkurrenten.“ (204)

Auf der UNO-Vollversammlung Ende November 2012 stimmten 138 Staaten für den Beschluss, wonach Palästina Beobachterstaat wird. Das hat keine unmittelbare Auswirkung auf den völkerrechtlichen Status Palästinas, erleichtert ihm jedoch den Zugang zu wichtigen internationalen Organisationen und Organen. Gegen den Beschluss stimmten Israel, die USA und weitere sieben Staaten. 41 Länder übten Stimmenthaltung. (205)

Im Sommer 2013 unternahm Washington den Versuch, die seit 2008 unterbrochenen direkten Verhandlungen zwischen Palästina und Israel zu aktivieren. Außenminister Kerry traf sechs Mal mit Präsident Abbas zusammen. Sein Absicht beschränkte sich darauf, Israelis und Palästinenser „wieder an den Verhandlungstisch“ zu bringen.

Es kam lediglich zur Bildung eines Ausschusses, der Kerrys Vorschlag prüfen soll.

Israel ging auf eine zentrale Forderung ein, palästinensische Gefangene freizulassen. Zugleich wurde Palästina aufgefordert, Konzessionen zu machen. Abbas hatte bisher immer drei Forderungen vertreten: Anerkennung der Grenzen von 1967 als Grundlage von Verhandlungen, israelischer Siedlungsstopp im Westjordanland sowie Freilassung von mehr als 100 palästinensischen Langzeithäftlingen. (206)

Der deutsche Nahost-Experte Michael Lüders schätzte ein, dass die Aussichten für Verhandlungen schlecht seien. 60 Prozent des Westjordanlandes seien inzwischen unter fester Kontrolle der israelischen Siedler. Vor diesem Hintergrund fragten die Palästinenser, worüber noch verhandeln? (207)

Einen Tag vor dem Beginn von „Friedensgesprächen“ zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde beschloss die israelische Regierung den Bau von 1.187 weiteren Wohneinheiten in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Kerry blieb nichts weiter übrig, als diesen Beschluss für illegal zu erklären. Einen Stopp des Bauvorhabens forderte er nicht. Israel entließ 27 palästinensische Langzeithäftlinge.

Die Palästinenserführung sagte nach dem Tod von drei Palästinensern bei Zusammenstößen nahe Jerusalem eine neue Verhandlungsrunde mit Israel ab.

Israelische Truppen drangen Anfang November in den Gazastreifen ein, um einen Tunnel zu zerstören und Hamas-Aktivisten zu töten. (208)

VI

Auf- und Umbruch im ehemaligen „Hinterhof“

Der US-Imperialismus hat über viele Jahrzehnte Lateinamerika als seinen „Hinterhof“ betrachtet. Als Tummelplatz seiner Transnationalen Konzerne. Längst befindet sich der Subkontinent im Aufbruch. Der Kampf seiner Völker um wirtschaftliche und politische Emanzipation hat Erfolge erzielt. Als Leuchtturm für das Ringen um nationale Souveränität wirkte das sozialistische Kuba. Demokratischer und sozialer Wandel in einer Reihe von Ländern hat menschenfeindliche Militärdiktaturen beseitigt.

Die Macht der Transnationalen Konzerne diktiert noch in einigen Ländern das Geschick der Menschen. In anderen Ländern ist die Macht dieser Konzerne zurückgedrängt oder wird schrittweise überwunden. Die nationalen Ressourcen werden zunehmend für Maßnahmen gegen Armut, Hunger, Krankheiten und Analphabetismus genutzt.

Die Entwicklung in den Ländern Lateinamerikas verläuft keineswegs widerspruchsfrei. Konterrevolutionäre Kräfte im Innern und die Machenschaften der USA von außen erschweren, blockieren oder verhindern so manchen Politikwechsel und so manchen Reformschritt.

Der Hauptstoß der US-Administrationen richtete sich seit Jahrzehnten gegen Kuba.

1. Kuba vor allem

Seit einem halben Jahrhundert gilt ein US-Embargo gegen Kuba. Mit dem Amtsantritt Obamas wurden zunächst einige Beschränkungen aufgehoben, die seit 1982 in Kraft waren. Sie betrafen Exil-Kubaner in den USA, die nun wieder ohne Beschränkungen Angehörige auf Kuba besuchen und ihnen Geld in unbeschränkter Höhe überweisen können. Außerdem erhielten US-Firmen die Erlaubnis, Verbindungen per Satellit und Glasfaserkabel nach Kuba aufzubauen. Unmissverständlich erläuterte Obama seine „Reformschritte“ : die „Zielsetzung unserer Politik gegenüber Kuba bleibt die gleiche, die Methoden müssen aber verändert werden.“ (1)

Fidel Castro konstatierte, Obama habe zwar einige der niedrigen Hürden beseitigt. Aber die Blockade bleibe. Und er verteidige ihren Bestand mit fast den gleichen Worten wie seine Vorgänger: Fände Kuba wieder auf den „rechten Weg“ zurück, so würden ihm die USA auch großzügig die jahrzehntelange Rebellion verzeihen.

Unmittelbar nach den „Reformschritten“ Obamas legte das US-Außenministerium wieder einmal eine Liste der „Terroristenstaaten“ vor. Kuba fand sich dort wieder. Ein Staat, der seit Jahrzehnten Ziel terroristischer Anschläge war, die von den USA aus unternommen wurden und die logistische Unterstützung der CIA hatten.

Das waren hunderte Anschlagversuche auf Fidel Castro, die Invasion in der Schweinebucht, Brandstiftungen in Zuckerrohrplantagen, Kaufhäusern und Lagerhallen, über der Insel abgeworfene Spezialbehälter mit Schweinepest und anderen Viren. (2) Im September 2009 verlängerte Obama die Blockade gegen Kuba um ein weiteres Jahr. Sie wurde zugleich gegen Drittländer umgesetzt, die mit Kuba Handel treiben, „Das nationale Interessen der USA“ erfordere diese Maßnahme, so der US-Präsident.

Im Jahr zuvor hatten 185 Staaten in der UNO-Generalversammlung für eine Aufhebung der Blockade gestimmt. In der UNO-Vollversammlung im Oktober 2009 verurteilten 187 der 192 Mitgliedsstaaten das US-Embargo. Sie appellierten an alle Staaten, das Embargo zu ignorieren.

US-Außenministerin Clinton meinte zynisch: „Es ist meine persönliche Überzeugung, dass die Castros kein Ende des Embargos und keine Normalisierung mit uns wollen, weil sie damit ihre Entschuldigung für all das verlieren würden, was in Kuba in den letzten 50 Jahren nicht passiert ist.“ (3)

Als ein Gefangener nach einem 85 Tage währenden Hungerstreik trotz aller Bemühungen kubanischer Ärzte verstarb, entfesselten Politik und Medien in den USA und in EU-Staaten eine heftige Kampagne. Obama lamentierte, dass „die kubanischen Autoritäten immer noch mit geballter Faust auf die Sehnsucht der Kubaner antworten, anstatt die Möglichkeit zu ergreifen, eine neue Zeit anbrechen zu lassen,“ (4) In einem Pressegespräch sagte er, angesichts des demokratischen Wandels in der Welt sei es „eindeutig Zeit für das kubanische Regime, sich zu verändern“. (5) Kurz darauf fügte er hinzu: „Solange ich Präsident bin, werde ich immer bereit sein, unsere Kuba-Politik zu ändern, wenn wir eine ernsthafte Absicht seitens der kubanischen Regierung erkennen, dem Volk Freiheit zu gewähren.“ Kuba müsse politische Gefangene freilassen und grundlegende Menschenrechte gewährleisten. Wenn es in den kommenden fünf Jahren eine „positive Bewegung“ geben sollte, werde auch die US-Regierung „positiv“ reagieren.

Kubas Außenminister Bruno Rodriguez wies Obamas Angebot als „alt und sich wiederholend“ zurück. Es habe immer eine tiefe Kluft gegeben zwischen dem, was Obama sagte, und dem, wie er tatsächlich handle – nicht nur mit Blick auf Kuba. Zwischen den zwei oder drei von ihm geführten Kriegen und konfrontiert mit der Krise der US-Wirtschaft sowie dem rechten Flügel der Republikanischen Partei, habe der US-Präsident keine Zeit, sich darüber zu informieren, was in Kuba los sei. (6)

Auf der UNO-Generalversammlung im November 2012 stimmten 188 der 193 Mitgliedsstaaten zum 21. Mal in Folge für die Beendigung der US-Blockade gegen Kuba. Der gesamte wirtschaftliche Schaden, den das Land durch die Blockade bisher erlitten hat, bezifferte Kubas stellvertretender Außenminister Abelardo Moreno auf 1,1 Billionen US-Dollar.

Als Ziel der Blockade hatte 1960 die damalige US-Regierung vorgegeben, „durch Schwächung der Wirtschaft ein niedriges Einkommensniveau herbeizuführen, Hunger, Elend und Verzweiflung zu erzeugen und so zum Sturz der Regierung beizutragen.“ (7)

An dieser Zielsetzung hat sich auch unter Obama nichts geändert.

Die US-Administration setzte 2013 Kuba erneut auf die Liste der Staaten, die „den Terrorismus unterstützen“.

Im Juni 2013 hoben die USA den Medienkrieg gegen Kuba auf eine neue Stufe:

Das von der Administration finanzierte Büro für Übertragungen nach Kuba wendet neue Methoden zur Herbeiführung eines Systemwechsels auf der sozialistischen Insel an. Internet und E-Mail-Verkehr sowie der Informationsaustausch über SMS werde

massiv ausgeweitet. Massenhaft sollen Sendungen und Videos der speziell für Kuba geschaffenen staatlichen US-Propagandasender Radio Marti und TV MARTI verbreitet werden. Als technische Neuerung wird ein kleines Gerät mit hoher Speicherkapazität, das völlig aus Papier gefertigt ist und wie ein USB-Stick in den Computer gesteckt wird, in großen Mengen nach Kuba eingeschleust. Eine Million Kubaner sollen auf diese Weise pro Monat mit den Marti-Sendungen versorgt werden. Als Clou der ideologischen Diversionsattacke wird ein Produkt mit dem Namen „Piramideo“ eingesetzt. Damit soll der Durchbruch zur Beherrschung der Aktivitäten von Kubanern in sozialen Netzwerken erreicht werden. Auf seiner in Spanien angemeldeten Homepage stellt sich der auf Kuba nutzbare Dienst mit dem Slogan „Verbinde Dich – Melde Dich an – Hab Spaß“ „als soziales Netzwerk, das Dir den Kontakt mit Deinen Leuten ermöglicht“, vor. Einmal über eine kostenlose Telefonnummer in Spanien registriert, kann ein Teilnehmer über sein normales Mobiltelefon mit einer einzigen Verbindung eine nahezu unbegrenzte Anzahl von Empfängern erreichen.“ (8)

Das US-Außenministerium und die „Agentur der Vereinigten Staaten für Internationale Entwicklung“ haben für 2014 erneut 20 Millionen Dollar für Programme zur Herbeiführung eines konterrevolutionären Systemwechsels auf Kuba bereitgestellt. Auf der UN-Generalversammlung Ende Oktober 2013 stimmten 188 Staaten für ein Ende der US-Blockade gegen Kuba. Die USA und Israel stimmten dagegen. Die extritoriale Ausweitung der US-Blockade gegen Kuba auf Drittländer bezeichnete Venezuelas Vertreter als „flagrante Verletzung der UN-Charta“. Chinas UN-Repräsentant Wang Min erklärte, die Blockade verletze „die Interessen und die Souveränität“ dieser Staaten. China werde das nicht hinnehmen.

2. Verstärkte US-Einmischung in Südamerika

Im Zentrum der Destabilisierungspolitik der USA in Südamerika stehen vor allem Venezuela und Bolivien.

Die Obama-Administration bevorzugt in ihrer Disziplinierungs- und Züchtigungspolitik gegenüber anderen Staaten ein Konzept der „Smart Power“: Was darunter zu verstehen ist erläuterte die frühere Außenministerin Clinton: „Wir müssen das nutzen, was ‚Smart Power‘ genannt worden ist: das komplette Arsenal von diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Werkzeugen, die uns zur Verfügung stehen, und für jede Situation jeweils das richtige Werkzeug oder die richtige Kombination von Werkzeugen auswählen. Mit der ‚Smart Power‘ wird die Diplomatie die Vorhut unserer Außenpolitik sein.“ (9)

Am Beispiel der Kuba-Politik Washingtons ließe sich das ganze „Arsenal der Werkzeuge“ in der jeweiligen „Situation“ demonstrieren: Die Ausnutzung der diplomatischen Vertretung, die jahrzehntelange Embargo-Praxis, der militärische Aggressionsakt in der Schweinebucht, der Rechtsschutz für terroristische Elemente und ihre Mordanschläge sowie die jüngst vollzogene Eskalation des Psychologischen Krieges gegen Havanna.

In Südamerika versuchen die USA seit Jahren die bestehenden Machtverhältnisse in einer Reihe von Ländern zu unterminieren. Diskriminierungen der führenden Repräsentanten dieser Länder gehören dazu.

Gegen Venezuela gerichtet diffamierte Obama den ehemaligen Präsidenten Chavez, als „die Kraft, die dem Fortschritt in der Region entgegensteht.“ Das entspräche „nicht dem guten internationalen Verhalten, das wir von jedem in der Region erwarten sollten.“ (10) Chavez hatte Obama aufgefordert, das Embargo gegen Kuba aufzuheben und die Absicht aufzugeben, in Kolumbien US-Soldaten auf Stützpunkten zu stationieren.

Auf der 64.UN-Vollversammlung führte Chavez in seiner Rede u.a. zur Politik des Friedensnobelpreisträgers aus: „Wir nehmen den Präsidenten der Vereinigten Staaten beim Wort: Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Einverstanden. Fangt an, indem Ihr alle Atomwaffen vernichtet. Zerstört sie! Macht das! Die zweite Säule von Obama: den Frieden fördern. Gut, Präsident Obama, suchen wir den Frieden in Kolumbien. Dort herrscht ein Bürgerkrieg...Denkt Präsident Obama etwa daran, seine zweite Säule, die Suche nach Frieden, mit sieben zusätzlichen Militärbasen in Kolumbien zu verfolgen? Diese sieben Militärbasen sind eine Bedrohung, nicht nur für den möglichen Frieden in Kolumbien, sondern für den Frieden in Südamerika....Hier klage ich an und fordere von Präsident Obama, er möge nachdenken und seine Säule durchsetzen. Fördern wir den Frieden.“ (11)

Nach dem Ableben von Chavez wurde der Sozialist Maduro zum Präsidenten des Landes gewählt. Das relativ knappe Wahlergebnis nahmen der unterlegene Exkandidat Capriles und die Rechten zum Anlass, eine Neuauszählung der Stimmen zu verlangen. Ihre Forderung wurde von Obama unterstützt. Die EU-Zentrale in Brüssel schloss sich nach einer Intervention Washingtons an. Dabei hatte die übliche Kontrolle der Wahlergebnisse von 54 Prozent der Wahlunterlagen bereits stattgefunden.

Im Juni 2013 verhandelten Vertreter der venezolanischen Rechten in den USA über den Kauf von 18 Flugzeugen. Die Maschinen sollen im November auf einem US-Militärstützpunkt in Kolumbien stationiert werden und zu gegebener Zeit Angriffe auf Venezuela fliegen.

Die Spannungen zwischen den USA und Venezuela verschärfen sich im Sommer 2013 nach provokatorischen Äußerungen der designierten US-Botschafterin bei der UNO, Samantha Power. Falls sie ernannt werde, so Power, werde sie sich gegen „repressive Regime“ einsetzen und gegen die Unterdrückung der Zivilgesellschaft in Ländern wie Venezuela, Kuba, Iran und Russland vorgehen. Venezuelas Präsident Maduro forderte eine „sofortige Richtigstellung“ von Washington. Das US-Außenministerium stellte sich hinter Power. (12)

Im Oktober 2013 ordnete Maduro die Ausweisung von drei Diplomaten der US-Botschaft in Caracas an. „Sie halten Treffen mit der extremen Rechten Venezuelas ab, um Aktionen zur Sabotage der Ökonomie und der Stromversorgung zu finanzieren“, warf Maduro ihnen vor. (13)

Kurz zuvor hatten die US-Behörden Maduro die Überfluggenehmigung durch den Luftraum ihrer Kolonie Puerto Rico verweigert. Maduro klagte an: „Unter der Präsi-

dentschaft von Obama gab es den vom Pentagon geführten Staatsstreich in Honduras, den von der CIA ferngesteuerten Versuch eines Staatsstreichs gegen den Präsidenten von Ecuador, Rafael Correa,, den von Washington durchgeführten Staatsstreich in Paraguay, um Präsident Fernando Lugo zu beseitigen. Daher ist die Beziehung der Regierung Obama zu uns schizophoren. Sie denken, sie können uns mit ihrer ‚sanften Diplomatie‘ täuschen. Wir verzichten aber auf diese ‚tödliche Umarmung‘. Eine stabile und permanente Beziehung gibt es erst, wenn sie uns respektieren.“ (14)

Auch auf Bolivien konzentrieren sich US-amerikanische Destabilisierungsversuche. Präsident Evo Morales, dessen Maschine bei einem Flug von Moskau zurück in seine Heimat zur Landung in Österreich gezwungen worden war, betonte: „Wir werden künftig diese Art von Einschüchterungen und kriminellen Übergriffen weder akzeptieren noch erlauben.“ Obama sei „ein Verbrecher, der das Leben und das Völkerrecht attackiert.“ (15)

Morales warf den US-Geheimdiensten vor, die E-Mail-Korrespondenz von Mitgliedern seiner Regierung ausgespäht zu haben.

In Ecuador arbeiteten die USA nach dem Amtsantritt von Präsident Rafael Correa mit Oppositionellen zusammen, um die neue Regierung des Landes zu destabilisieren. Nach Wikileaks unterstützten US-Diplomaten Oppositionspolitiker bei der Bildung eines Bündnisses der Regierungsgegner.

In Kolumbien existieren Pläne des Pentagon zur Errichtung von Militärstützpunkten seit Jahren. Fidel Castro kritisierte einen 2009 zustande gekommenen Vertrag zwischen Washington und Bogota. Das komme „einer Annexion von Kolumbien durch die Vereinigten Staaten gleich“, so Castro. (16) Inzwischen existieren US-Nutzungsrechte an sieben kolumbianischen Militärstützpunkten.

2013 wurden internationale Proteste laut, als bekannt wurde, dass Kolumbiens Präsident Santos eine Mitgliedschaft seines Landes in der NATO betreibt. Ein Sprecher des US-Außenministeriums unterstützte die Absicht: „Unser Ziel ist es sicherlich, Kolumbien dabei zu helfen, ein starkes Mitglied vieler verschiedener internationaler Organisationen zu werden, und das könnte die NATO einschließen.“ (17)

Kurz danach unterschrieb der kolumbianische Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzon in Brüssel eine „Vereinbarung zur Zusammenarbeit und Verteidigung“ seines Landes mit der NATO. In der jüngsten Ausgabe des Online-Magazins „NATO-Briefe“ gab der „Oberkommandierende des Allied Comand Transformation“, General Palomeros, zu verstehen: „Wie wichtig solche Partnerschaften sind, haben wir unter anderem bei unseren Einsätzen in Afghanistan und Libyen gesehen. Diesen Weg müssen wir weitergehen.“ Das Motto dieses Kurses laute: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“ (18)

Im Sommer 2009 wurde der demokratisch gewählte Präsident von Honduras, Manuel Zelaya, durch einen militärischen Staatsstreich gestürzt und mit einem von der US-Militärbasis Solo Cano gestarteten Flugzeug nach Costarico ausgeflogen. Zelaya äußerte über die in Honduras entstandene Situation: „Militärkassen haben in Lateinamerika immer für Rückschritt gesorgt: In Honduras sind die Militärs nun wieder an der Macht und setzen auf Staatsterrorismus. Die vorherrschenden Faktoren, die

Rückkehr der Todesschwadronen, Wahlbetrügereien, das Schließen von unabhängigen Kommunikationsmedien, politische Unterdrückung der Opposition und die Verletzung aller Menschenrechte. Es macht uns Sorge, dass die Regierung der Vereinigten Staaten sich demokratischer Werte entledigt hat, indem sie ihre Strategie, abhängig von den Manövern der Diktatur, ändert. Das führt uns zu Wahlen nach dem Muster Afghanistans.. Wir sind besorgt, weil die Destabilisierung der moralischen Werte der US-Regierung dabei ist, die Demokratie und den Völkergeist Lateinamerikas zu schädigen.“ (19)

Das Pentagon nutzte die neuen Machtverhältnisse in Honduras, um im Lande Stützpunkte zu errichten. 2012 wurde eine Vereinbarung über eine Basis für die US-Armee getroffen, nachdem 2010 ein US-Stützpunkt an der Grenze zu Nicaragua eingerichtet worden war.

Empörung und Proteste hat das Bekanntwerden von Details über Spionageangriffe von US-Geheimdiensten in Lateinamerika ausgelöst.

Argentiniens Außenminister Hector Timerman informierte, dass die geheimen E-Mail-Zugangsdaten von über hundert prominenten Politikern und anderen Persönlichkeiten des Landes „offensichtlich von einem Spionagenetz“ abgefischt worden seien.

Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff kritisierte vor der UNO scharf die Spionageaktivitäten der USA in ihrem Land. Das Ausspähen privater Kommunikationsdaten sowie der von Diplomaten und Unternehmen sei „vollkommen unakzeptabel und illegal.“ (20) Ein seit langem von Rousseff geplanter Staatsbesuch in Washington wurde von ihr abgesagt.

Im US-Internetportal Benjamin Dangl (21) wurde am 17.Juli 2013 ein Text veröffentlicht, in dem es u.a. heißt:“Washington unterstützte zwar in den vergangenen Jahren erfolgreich Putsche gegen linksgerichtete Führer in Honduras und Paraguay, aber ein US-beherrschtes regionales Handelsabkommen wurde abgeschmettert, seine Militärstützpunkte wurden aus einigen Regionen hinausgedrängt, die US-Politik im Drogenkrieg erfährt in Schlüsseländern Widerstand, und die lateinamerikanischen Regierungen suchen sich anderswo Kredite und Hilfe. Südlich der US-Grenzen hat eine historische Veränderung stattgefunden, und Washington schien oft wie von gestern und auf der Suche nach Verbündeten...” (22)

V

Afrika im Fadenkreuz

Die USA als Weltführungsmacht wollen auch auf dem afrikanischen Kontinent eine Vormachtstellung einnehmen.

In der Schlussphase seiner Präsidentschaft beauftragte George W. Bush das Pentagon mit der Bildung und Aufstellung des US Africa Command (AFRICOM). Es wurde vor allem mit der Notwendigkeit begründet, den „Krieg gegen den Terrorismus“ zu verstärken. Ende 2008 war eine eigene Befehlsstruktur geschaffen. Sie soll „die Aktivitäten des US-Verteidigungsministeriums und anderer US-Ministerien und Behörden im Raum Afrika koordinieren und bündeln,“ (1) Als Aufgabenstellung wird „eine noch effektivere Konzentration auf die spezifischen politischen, ökonomischen und sozialen Probleme.“ genannt. (2)

Tatsächlich soll das Kommando den Zugang der US-Konzerne zu den Rohstoffen und die Sicherung der Transportwege auf dem Kontinent, auf dem über eine Milliarde Menschen lebt, militärisch sichern. Bei Bildung des Kommandos gingen die USA davon aus, dass 25 Prozent des zu importierenden Öls aus Afrika kommen würden. Lobbyisten hatten seit 2002 dem Weißen Haus militärische Präsenz in Afrika geraten, um vor allem gegen China als Wirtschaftskontrahenten einen Vorteil zu erlangen bzw. neue Erdölfördergebiete für die US-Ölindustrie zu sichern. (3) China habe „das Potenzial des Kontinents nicht nur als Lieferant für Öl und andere Rohstoffe erkannt, sondern auch als großen Absatzmarkt für die kommenden Jahrzehnte.“ (4)

Ursprünglich wurden die militärischen Belange der USA gegenüber Afrika in der vom Pentagon eingerichteten globalen Kommandostruktur vom European Command (EUCOM) abgesichert. In der Anlage der weltweiten Struktur geht es vor allem um die Einkreisung Russlands und Chinas. Und zwar durch das Northern Command, das European Command, das Central Command und das Pacific Command.

Die militärische Präsenz der USA auf dem Kontinent beginnt nicht erst mit dem AFRICOM. Die Militärkooperation mit einer Reihe von Staaten war schon vor Bildung des Kommandos üblich wie auch die Lieferung von Rüstungsmaterialien.

Seit 2005 führen die US-Streikräfte – vor allem in der Sahel-Zone – Manöver mit Truppenverbänden afrikanischer Staaten durch.

Während einer Stip-Visite in Ghana mimte Obama den Kenner der Probleme der Völker des Kontinents. Er geißelte, als „Sohn Afrikas“ empfangen, obwohl er nie auf dem Kontinent gelebt hat, in einer kurzen Rede Korruption, Vetternwirtschaft, Willkür, Gewalt und Kriege. Und er weckte „Hoffnungen“ hinsichtlich Gesundheit, friedliche Konfliktlösung, Demokratie, die im Prozess eines „Wandels“ nach Afrika kommen müsse. „Wenn es Völkermord in Darfur gibt oder Terroristen in Somalia, dann sind das nicht einfach afrikanische Probleme – sie sind weltweite Herausforderungen für die Sicherheit, und sie verlangen eine globale Antwort,“ meinte Obama. (5)

Wo „globale Antworten“ gegeben werden müssen, da müssen die USA zur Stelle sein. Insofern erhöhen sich die „Anforderungen“ an die militärische Präsenz der USA. „Spiegel-online“ zählt einige auf: Im März 2011 übernahmen die USA in den ersten Tagen des Krieges gegen Libyen die Koordinierung der Luftschläge.

„Afrika, vor allem, wenn wir Jemen dazuzählen, ist das neue Schlachtfeld im Kampf

gegen Al-Qaida“, sagt Meleagrou-Hitchens vom International Center for the Study of Radicalisation (ICSR). In Afrika übe Washington die Kriegsführung der Zukunft: Man könnte das Konzept je nach Sichtweise „regionale Lösung für regionale Probleme“ nennen – oder „Schattenkrieg der Stellvertreter.“ AFRICOM liege „die Philosophie zugrunde, dass die Zeit großer amerikanischer Bodeneinsätze vorbei ist. Sie kosten zu viel Geld und zu viele amerikanische Menschenleben. Amerikanische Soldaten, Diplomaten und Entwicklungshelfer sollen an einem Strang ziehen und afrikanische Partnerregierungen dabei unterstützen, sich selbst zu helfen: Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme, so nennt sich das offiziell.“

„In der Praxis sieht die Arbeitsteilung so aus: An der Front kämpfen Afrikaner. In Somalia etwa macht eine Mission der Afrikanischen Union Jagd auf al-Schabab – die Soldaten werden von Ländern der Region entsandt. Die USA unterstützen die Afrikaner mit Schulungen und mit kleinen Teams von Spezialeinheiten, die als Berater fungieren.“ (6)

Obama verstärkt das von George W. Bush geforderte militärische Engagement in Afrika. Die Waffenlieferungen an einzelne Staaten wurden wertmäßig um ein Vielfaches gesteigert. Das trifft vor allem auf die Demokratische Republik Kongo, Dschibouti, Äthiopien, Kenia, Liberia und Nigeria zu. Die Mittel für die militärische Ausbildung afrikanischer Soldaten und für militärische Sonderprogramme wurden erheblich erhöht. (7)

Das Pentagon hat auf dem afrikanischen Kontinent ein umfangreiches Spionagenetz ausgebaut. In Dschibouti, Äthiopien und auf den Seychellen vor der ostafrikanischen Küste sind Drohnenbasen eingerichtet. Neben den Überwachungsdrohnen „Raven“ (Rabe) sind seit 2011 die raketenbestückten „Predator-“, „Raptor-“ (Raubvogel) und „Reaper-“Drohnen (Sensenmänner) im Einsatz.

Zwei Probleme existieren für AFRICOM:

Sein Hauptquartier sollte auf dem Inselstaat Sao Tome and Principe im Golf von Guinea oder in Liberia oder in Marokko eingerichtet werden. Die Planung scheiterte, da die USA bei den Menschen wenig Vertrauen genießen.

Es kommt hinzu, dass die Kritik an der von Obama forcierten Taktik tödlicher Drohnenschläge beträchtlich zugenommen hat. „Nichts erzeugt bei der ohnehin US-kritischen Bevölkerung einen größeren Hass auf die Supermacht als anonyme Drohnenschläge, gibt der einst in Afghanistan stationierte US-General Stanley McChrystal zu bedenken. Die tödlichen Angriffe aus dem Himmel trieben den Islamisten noch mehr Sympathisanten in die Hände. Auch in anderen Teilen der Welt wird zudem kritisiert, dass auch viele Zivilisten den oft völkerrechtswidrigen Schlägen zum Opfer fallen.“ (8)

VI

Obamas „Wertesystem“

Der US-Präsident beteuert immer wieder, dass die USA, wo immer sie auf der Welt militärisch agieren, für den „Schutz des amerikanischen Volkes“ verantwortlich seien, für die „Sicherheitsinteressen der USA und ihrer Verbündeten“ einträten und die Völker vor „terroristischen Anschlägen zu schützen“ hätten. Und es folgt die Aufzählung „westlicher Werte“, indem missbräuchlich die Begriffe Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden genannt werden.

Für den Schutz dieser Werte benötigen die USA militärische Schlagkraft. „Zeitgemäße Waffen“ sollen bei ihrer Anwendung Kosten und eigene Opfer minimieren.

Der „Schutz der Völker vor terroristischen Anschlägen“ schließe ein, dass die NSA global „Aufklärung“ betreibt, um „dem Feind zuvor zu kommen“. Wer millionenfache Ausspähung von Menschen und die Abfischung von Informationen für eine Verletzung der Menschenrechte verurteilt und dies beweiskräftig der Öffentlichkeit mitteilt, begehe Verrat an der „Schutzmacht“ und gehöre in den Knast.

Die „Sicherheitsinteressen“ der USA schließen ein, die erwartete „Wahrheit“ von des Terrors Verdächtiger mit entsprechenden Verhörmethoden zu erhalten.

Die USA-Administration meint, sie könne in den internationalen Beziehungen wie eine Weltregierung, wie ein Weltrichter und wie ein Weltgendarm handeln.

Die zunehmende Schwäche des Imperiums soll im militärischen Bereich durch verstärkte Entwicklung und Einsätze von Hightech-Systemen aufgefangen werden. Obama ist seit den ersten Tagen seiner Präsidentschaft ehrgeizig bemüht, die militärische Überlegenheit der US-Streitkräfte zu gewährleisten. Hier sein Credo: „Die Struktur unserer Streitkräfte wird schlanker, aber die Welt muss wissen, dass die Vereinigten Staaten ihre militärische Überlegenheit mit Streitkräften beibehalten werden, die agil, flexibel und auf alle Notfälle und Bedrohungen vorbereitet sind.“ (1)

Er bezog das – 2009 kaum drei Monate im Amt, sieben Monate vor der Verleihung des Friedensnobelpreises - ausdrücklich auch auf die NATO: „Wir brauchen eine neu geschaffene NATO, die schneller und beweglicher“ sein müsse. Sie brauche eine „neue strategische Vision“. (2) Obamas CIA-Chef, John Brennan, deutete vor dreieinhalb Jahren an, was unter „agil“ und „flexibel“ und „beweglich“ verstanden werden sollte. Man setze nicht mehr auf den „Hammer“, sondern auf das „Skalpell“. Die „Berliner Zeitung“ kommentierte unter der Überschrift: „Der Schattenkrieg eines Friedensnobelpreisträgers“, „dass es Obama sehr ernst meint mit seinem Vorhaben, die Kriegsführung der USA umzukrempeln. Bodeneinsätze mit Zehntausenden von Soldaten, wie sie noch im Irak stattfanden und in Afghanistan andauern, dürften der Vergangenheit angehören. Der Krieg, wie wir ihn kennen, wird abgelöst durch einen Schattenkrieg – mit digitalen Angriffen, mit nächtliche Kommandoaktionen, mit unbemannten Flugkörpern, deren Raketen von Computern am anderen Ende der Welt ins Ziel gelenkt werden.“ (3)

Der Schattenkrieg, wie er hier angedeutet ist, wie er verübt wird, kennt weitere Beispiele, auch angedachte, in der Entwicklung befindliche. Über diese, die „Werte“ der freiheitlich-demokratischen Ordnung des Imperialismus schützenden Hightech-Systeme mehr in dem folgenden Abschnitt.

1. Schattenkriege

Hyghtech-Kriege per Mausclick

Obamas Vorgänger George W. Bush war seinerzeit regelrecht ins Schwärmen geraten, als er über moderne Methoden des Tötens in der Kriegsführung sprach.

Er meinte „vernetzte Kriege, von denen Afghanistan einen ersten Eindruck bekam... Unbemannte Drohnen, die Informationen vom Schlachtfeld ins Weiße Haus beamen und als ferngesteuerte Kriegerroboter Waffen abfeuern.“ (4)

Obama ließ keinen Bruch in dieser Kriegsführung zu. Er erhöhte beträchtlich die Einsätze mit Drohnen. Die „Frankfurter Allgemeine“ beschäftigte sich ausführlich mit den „Vorteilen“ des Hygh-Tech-Waffensystems: „Im Irak und in Afghanistan wurden und werden sie ständig... Bewaffnete Drohnen bieten den einzigartigen Vorteil, dass sie ein erkanntes Ziel mit Hilfe ihrer Sensoren – Video-Kamera mit Zoom-Objektiv, Infrarotkamera und Radar – nicht nur über einen sehr langen Zeitraum beobachten können, sondern auch im geeigneten Moment ohne Zeitverlust selbst zuschlagen können. Auf dem Laserstrahl ihres Zielsystems und dank satellitengestützter Navigation (GPS) werden Präzisionsbomben oder Luft-Boden-Raketen über größere Entfernungen ins Ziel gelenkt.“ (5)

Obama bezog Pakistan, den Jemen und Somalia in die von Drohnen heimgesuchten Einsatzgebiete mit ein. „Der Einsatz bewaffneter Drohnen im pakistanischen Luftraum ist eine ‚verdeckte Operation‘ der CIA... Nach den Worten von Obamas CIA-Direktor Leon Panetta ist der Krieg der Drohnen die bislang ‚aggressivste Operation‘ in der Geschichte des Geheimdienstes – und ein Erfolg.“ (6)

Drohnen haben teilweise bereits eine Reichweite von nahezu 4.000 Kilometern. Sie sollen in Zukunft auch in der Luft aufgetankt werden können.

Der Friedensnobelpreisträger ist bei diesen Einsätzen „voll bei der Sache“. Die CIA sucht in den Einsatz-, also Zielgebieten „lohnende Objekte und „geeignete Verdächtige“ aus. Der Präsident entscheidet und befiehlt „Feuer frei!“. Tausende Kilometer entfernt erfolgt dann die Hinrichtung.

Bei den bisherigen Drohnen-Angriffen starben mehr als 3.000 Menschen. „Die meisten von ihnen waren offensichtlich Zivilisten. Studien der Stanford University und der New Yorker University haben errechnet, dass bei Einsätzen in Pakistan, die zwischen 2008 und 2011 stattfanden, bis 75 Prozent aller Opfer aus der Bevölkerung stammen.“ (7) Auch der US-amerikanische Terrorspezialist Peter Bergen bestätigt diesen Fakt. Er „hat ausgerechnet, dass in Pakistan Drohnen sieben mal so viel Mitläufer töteten wie hochkarätige Terroristen. 20 Prozent der Getöteten sollen dort Schätzungen zufolge Zivilisten sein, aller Präzisionsfernsteuerung zum Trotz.“ (8)

„Effiziente Kriegsführung“ mit High-Tech-Waffensystemen rechnet sich nach Meinung des Pentagon. Weshalb die Streitkräfte über mehr als 7.500 Drohnen verfügen, das sind mehr als 40 Prozent der Flugzeuge des US-Streitkräfte.

„2002 haben US-Militärs für Drohnen rund 500 Millionen Dollar ausgegeben, 2011

waren es fast fünf Milliarden. Tendenz: dramatisch steigend. Die US-Luftwaffe trainiert mittlerweile mehr Piloten für Drohneneinsätze als für Kampfflieger; erst im Herbst (2012) wurden neue Startbasen bekannt, in Äthiopien und auf den Seychellen.“ (9) Vorbereitet wird die Einrichtung eines Drohnen-Stützpunktes auch in Northwest-Afrika.

2012 wurden 447 Drohnen-Attacks verübt.

Die von Obama so stark geförderte „moderne Kriegführung basiert auf der von den USA seit jeher praktizierten Politik der Stärke und nutzt die „Vorzüge“ dieser barbarischen Kriegführung.

Erstens setzt sie sich über völkerrechtliche Prinzipien und menschenrechtliche Gesichtspunkte hinweg. Der Krieg wird in beliebige Länder ohne Ankündigung und Erklärung getragen. Menschen werden ohne Anklage, ohne Verfahren, ohne Urteil hingerichtet.

Zweitens belasten Herstellung und Einsatz von Drohnen den Kriegsetat weniger als Bomber.

„Drohnen sind kostengünstig; die Flugzeuge sind kleiner und billiger als ein Kampfflugzeug, die Ausbildung eines Piloten ist viel preisgünstiger als die eines Jetpiloten, der auch noch abgeschossen werden kann, bevor seine Ausbildung amortisiert ist.“ (10)

Drittens gestaltet sich der Kriegseinsatz für Kampfpiloten ausgesprochen „familienfreundlich“. US-Oberstleutnant Matt Martin beschreibt seinen „Arbeitstag“ als Drohnenpilot so: „Morgens pendeln wir im Auto zur Arbeit, setzen uns da vor eine Wand voller Bildschirme, fliegen ferngesteuert ein Kampfflugzeug in Tausenden Meilen Entfernung und schießen Raketen auf Feinde. Dann holen wir die Kinder von der Schule ab oder kaufen noch ein paar Liter Milch auf dem Heimweg.“ (11)

Viertens verdrängt diese Kampfführung das Kriegsgeschehen immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung. Die sowieso manipulierte, von den eigenen Machtinteressen bestimmte Berichterstattung tritt immer mehr in den Hintergrund.

Fünftens kommt kein einziger GI in Gefahr, sein Leben zu verlieren. Drohneneinsätze sind Kampfhandlungen ohne Besatzungskrieg. Das zählt um so mehr, als für die Militärs der Mensch immer mehr zur knappen Ressource wird, wie aus zögernden Freiwilligenmeldungen zu entnehmen ist. „Drohnen sind ein Waffensystem, wie es sich Strategen schon immer gewünscht haben. Mit ihnen können sie Macht ausüben, aber das eigene Risiko minimieren, präzise und tödlich zuschlagen, ohne die eigenen Soldaten in Gefahr zu bringen.“ (12)

Sechstens fällt das Töten mit High-Tech-Waffen leichter. Die Schwelle militärischer Attacks wird gesenkt. Der Kampfauftrag läuft wie in einem Computerspiel ab.

Die Distanz zum zur Hinrichtung bestimmten Feind ist gewaltig. Die Zurückhaltung zum Töten wird geringer. „Die Vermutung ist plausibel, dass Töten leichter fällt, wenn das Opfer ein weit entfernter Unbekannter ist, der auf dem Bildschirm auftaucht, wie eine Figur im Videospiel.“ (13)

Siebtens spart die moderne Kriegführung die Gefangennahme, die aufwendige Vernehmung (auch Folter) und die Unterbringung von gefangengenommenen Feinden ein.

Erstschlag im Cyberkrieg

Die Computerisierung, Elektronisierung und Vernetzung militärischer Bereiche und Belange ist in den zurückliegenden Jahren rasch vorangeschritten.

1995 trat in den USA die Geheimdirektive „Information warfare“ in Kraft. Darin wurden die Ziele der „Info-Kriegführung“, des sogenannten Cyber-Krieges, definiert. „Gegnerische Informationen und ihre Funktionen“ müssten „vermindert, manipuliert oder zerstört“ werden können. Ein Jahr später wurden erste Konzepte für mögliche militärische Einsätze erarbeitet. Als Kampffeld wurden alle per Internet erreichbaren Informationsstrukturen bestimmt. Als Kampfmittel wurden Viren, Würmer, Trojaner und Schnüffelprogramme festgelegt. Der „Länderbericht USA“ legte dar, dass eine „für die USA vorteilhafte Kriegführung mit Hilfe modernster Informationstechnologie“ auf dem Programm stehe. „Aus dem Schlachtschiff Amerika“ könne so eine Art „Starship Amerika“ werden. (14)

Dem früheren Chef des US-Weltraumkommandos, Luftwaffengeneral Richard Myers, schwebte zu dieser Zeit vor: „Wenn man die Computernetze der feindlichen Luftverteidigung durch die Manipulierung der (Computer-)Einsen und Nullen beeinträchtigen kann, könnte das eine elegantere Vorgehensweise sein, als 2.000-Pfund-Bomben auf Radare abzuwerfen.“

Schon kurz nach Obamas Amtsantritt kam es zur ersten bekanntgewordenen US-Cyber-Kriegführung. Der Präsident hatte den als „Operation Olympic Game“ getarnten digitalen Erstschlag mit dem Virus „Stuxnet“ befohlen. Der Schlag richtete sich gegen Teherans Atomanlage Natans. Eine Manipulationssoftware wurde installiert. Bei diesem Angriff auf die iranische Prozeßsteuerungstechnik wurden 30.000 Rechner infiziert. Teheran sprach von 30.000 betroffenen Rechnern in Industrieanlagen. „Das ist zum ersten Mal ein Angriff auf Prozeßsteuerungstechnik“, bestätigte der Hamburger Computerexperte Ralph Langner. Seit Jahrzehnten würden theoretisch Szenarien durchgespielt, in denen Kraftwerke, Kläranlagen und Raffinerien eines Landes sabotiert werden. (15) Obama sei bewusst gewesen, dass mit der „Stuxnet“-Aktion eine neue Art der Kriegführung eröffnet worden sei, berichtete die „New York Times“. (16)

Seit 2010 ist der Vier-Sterne-General Keith Alexander Chef zur Abwehr und Ausführung von Cyberangriffen. Er ist übrigens auch Chef der NSA.

Die NATO-Mitglieder verstärkten ihre Zusammenarbeit im „Cyberspace“, „es geht schließlich um einen weltweiten Gefechtsraum, der keine klassischen Kombattanten kennt.“ (17)

Im Mai 2012 erfolgte ein weiterer Schlag im Rahmen des Cyber-Krieges. Mit dem Virus „Flame“ wurde Irans ölverarbeitende Industrie schwer getroffen. Er löschte die Daten auf hunderten Computern. Dieses neue Schadprogramm sei 20mal umfangreicher als „Stuxnet“, teilte das russische Antivirus-Unternehmen Kaspersky mit. (18) „Flame“ spionierte bereits seit über drei Jahren Computeranwender und Netzwerke

im Iran, Nahost und Nordafrika aus. (19)

Die NATO behandelt den Cyberwar als ständigen Tagesordnungspunkt und Teil der sogenannten Verteidigungsplanung des Bündnisses.

Das Völkerrecht, das Gewaltmonopol der UNO und ihre Prinzipien der Nicht einmischung sowie die Achtung der Souveränität kennen weder USA noch NATO.

Der Weltgendarm und seine hilfswilligen NATO-Mitglieder schaffen sich ihr eigenes Recht, ein Faustrecht. Nach der Devise „Macht geht vor Recht“ versammelten sich in Tallin auf Einladung eines Think Tanks der NATO und unter Vorsitz „eines Pentagon-nahen US-Militärjuristen“ Völkerrechtsexperten, um über „die Regeln des Kriegs der Zukunft“ zu diskutieren. „Völkerrecht ist größtenteils Gewohnheitsrecht. Und was als Gewohnheitsrecht gilt und gelten kann, das stellen Experten fest,“ meinte „Der Spiegel“. Und weiter: „Das „Tallin-Manual“, das dabei entstand, gilt als erstes, informelles Gesetzbuch für den Krieg der Zukunft.“ Es sei das „Handbuch des internationalen Rechts für die Cyber-Kriegführung...Es ist kein offizielles NATO-Dokument, doch in der Hand Barack Obamas kann es die Welt verändern. Was einflussreiche Völkerrechtler da an Regeln zusammengefügt haben, ist geeignet, die Grenzen zwischen Krieg und Frieden zu verwischen und eine heftige Datenattacke blitzschnell in einen echten Krieg mit Bomben und Raketen eskalieren zu lassen. Militärs könnten es auch als Einladung zu einem präventiven Erstschlag im Cyberwar lesen.“ (20)

Das Cyber-Kommando des Pentagon – zur Zeit 900 Mitarbeiter - soll auf 4.900 aufgestockt werden.

Der Direktor des Instituts für Friedenssicherungsrecht, Klaus Kreß, warnt. Wichtige „Hemmschwellen“, die bislang vor kriegerischer Eskalation politischer Konflikte oder terroristischer Akte schützen sollten, würden ‚zur Disposition gestellt‘... Ein Cyber-Angriff auf die Wall Street mit mehrtägigem Ausfall der Börse war der Casus belli unter den Experten in Tallin...So bleibt es letztendlich jedem Staat überlassen, welche wirtschaftlichen Schäden ihm als ausreichend erscheinen, einen Krieg zu wagen. Einen ‚Dambruch‘ für das völkerrechtliche Gewaltverbot befürchtet Völkerrechtler Kreß. (21)

Kurs auf Strahlenkanonen und Plasma-Energie

Der Friedensnobelpreisträger im Weißen Haus setzt auf ein Denkmodell für Kriege der Zukunft – Schattenkriege sind sein Traum. Der US-Soldat soll vom Schlachtfeld weitgehend zurückgezogen werden. Viel Vorarbeit wurde dafür bereits geleistet, viele Erfahrungen sind gesammelt worden. Mit bewaffneten Drohnen und der Cyberkrieg.

Das US-Verteidigungsministerium hat den Ehrgeiz, dass bis 2015 ein Drittel der Kampffahrzeuge und -Flugzeuge der US-Armee aus Robotern besteht. (22)

Die USA testen ein erstes unbemanntes, bewaffnetes Kriegsschiff der US-Marine.

„Es geht um sogenannte Killerroboter. Das sind vollautomatische Maschinen, die Personen identifizieren und töten können. Es handelt sich dabei um Waffensysteme

me, die der Mensch zunächst zwar aktiviert, nach dem Einschalten aber orten die Maschinen selbständig ihre Ziele und greifen sie an...Neben autonom operierenden Drohnen gelten Maschinen mit Kettenantrieb, Maschinengewehr und mehrfacher Sensorausstatter als Prototyp des Killerroboters.“ (23)

Im Irak-Krieg waren 12.000 Kriegsmaschinen im Einsatz – vom brieftaschengroßen Aufklärer über den Tötungsautomaten „Swords“, der mit Kameraaugen auch im Dunkel sieht, bis hin zum „Global Hawk“-Spionageflugzeug mit 35 Meter Spannweite. (24)

Ein weiteres Waffensystem – die Strahlenkanone – gilt als „Geländeverweigerungs- waffe“ auf Mikrowellenbasis. Der Diplompsychologe Gebauer, Mitbegründer der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen, erläutert: „Eine Apparatur auf einem Fahrzeug feuert einen Mikrowellenstrahl ab, der bei Menschen punktgenau knapp unter die Haut eindringt und dort Temperaturen von 50, 60 Grad erzeugt, was extrem schmerzhaft ist. Die Menschen versuchen also, aus dem Strahl rauszulaufen, den sie nicht sehen. Aber wer sagt, dass man immer ausweichen kann? Und dass sich die Temperatur nicht erhöhen lässt?“ (25) Auch Gewehre, die Plasma-Energie verschießen, sollen zum Einsatz kommen. „Man ionisiert die unmittelbare Umgebung des Menschen. Der Getroffene fühlt sich, als blicke er direkt in die Sonne – desorientiert, gelähmt“, so Gebauer weiter. „Noch bedenklicher sind Waffensysteme, die entwickelt werden, um in die Umwelt einzugreifen. Das U.S.Army Research Laboratorium hat beispielsweise elektromagnetische Pulswaffen vorgeführt, die Fahrzeuge verschiedener Typen anhalten sollen, indem sie sämtliche elektronische Systeme zusammenbrechen lassen...Sie legen womöglich nicht nur Panzer oder Raketenab schussbasen lahm, sondern auch die Stromversorgung des Krankenhauses und das Wasserwerk. Ein klarer Verstoß gegen die Genfer Konvention.“ (26)

Dem russischen Militärexperten, General a.D. Leonid Iwaschow, zufolge basteln die USA auch an neuartigen Waffen mit globaler Wirkung. Das sind zum einen geophysikalische Waffen und zum anderen Waffen, um die menschliche Psyche und das Bewusstsein zu beeinflussen – beispielsweise durch künstlich erzeugte magnetische Stürme und weitere Wellen-Bewegungen. Menschenmengen sollen aus verschiedenen Entfernungen beeinflusst werden. Ziel sei, jeweils Angst, Apathie, Depression , Erregtheit oder Aggression auszulösen, um bei Bedarf das Verhalten von Menschen zu steuern. (27)

Auch an die Bekämpfung von Widerstandsaktionen von Menschen ist gedacht. Sie sollen mit chemischen Beruhigungswaffen, mit sogenannten Calmatives, in Schlaf versetzt werden. (28)

Die in US-amerikanischen Kriegslabors betriebenen Forschungen und die schon im Einsatz befindlichen neuen Waffensystemen, überhaupt der erreichte Stand von Automatisierung und Robotisierung der Kriegsführung, veranschaulichen, wie weit die Welt auf dem Weg in die Barbarei bereits vorangekommen ist.

2. Kein Pardon für Whistleblower

„Gäbe es keine Edward Snowdens...“

Die Weltöffentlichkeit verdankt ihm die Aufklärung über die „Größte Anzunehmende Überwachung“, den GAU. „Westlich-demokratische Regierungen“ sind entsetzt über das Tun der NSA. Die US-Administration ließ ihn auf die Fahndungsliste setzen. Sie lässt Whistleblower verfolgen, jagen. Whistleblowers, Personen also, „die für die Allgemeinheit wichtige Informationen aus einem geheimen oder geschützten Zusammenhang an die Öffentlichkeit bringen“, (Wikipedia) werden geächtet.

Julian Assange, der Mitbegründer der Enthüllungsplattform Wikileaks, sitzt in der Londoner Botschaft Ecuadors fest. Er muss befürchten, aus fadenscheinigen Gründen nach Schweden ausgeliefert und von dort in die USA verschleppt zu werden.

Bradley Manning, ehemaliger Obergefreiter der US-Armee, wurde in den USA für 35 Jahre ins Gefängnis geworfen. „Wegen Weitergabe von Staatsgeheimnissen“ an die Enthüllungsplattform Wikileaks. Manning hatte es gewagt, einen kleinen Teil der Verbrechen, der Grauel, die im Irak und in Afghanistan von US-Truppen begangen wurden, der Öffentlichkeit vor Augen zu führen. Ihn habe u.a. die „scheinbar lustvolle Blutrünstigkeit“ schaudern lassen, mit der US-Hubschrauberbesatzungen Zivilisten und Journalisten in Bagdad zusammengeschossen hatten. Und er habe einen Einblick über die Folter, denen die in Guantanamo festgehaltenen Häftlinge ausgeliefert sind, geben wollen. Das Gericht warf ihm vor, Al-Qaida „zugearbeitet“ zu haben. Das hohe gegen ihn verhängte Strafmaß solle, so der Anklagevertreter der US-Armee, „eine klare Botschaft an alle Soldaten aussenden, die erwägen, Informationen der nationalen Sicherheit offenzulegen.“ Ein Urteil zur Abschreckung also. Whistleblower sollen als Landesverräter gebrandmarkt werden.

Edward Snowden, ehemaliger Mitarbeiter der NSA, hat die Weltöffentlichkeit „über die großangelegten Spionageprogramme der Vereinigten Staaten und Großbritanniens informiert. Er hat die global betriebene, massenhafte und verdachtsunabhängige Ausforschung und Speicherung von E-Mails, IP-Adressen sowie von Telefon- und anderen Kommunikationsdaten durch US- und andere westliche Geheimdienst publik gemacht. Er hat das milliardenfache Ignorieren der Privatsphäre Unschuldiger enthüllt. (29)

Snowden erhielt zeitweises Asyl in Russland.

Am 14. Juni 2013 erstattete das FBI gegen ihn Strafanzeige. Ihm wird – bisher – Diebstahl von Regierungseigentum, widerrechtliche Weitergabe geheimer Informationen sowie Spionage vorgeworfen.

Vor Pressevertretern erklärte Snowden Mitte Juli auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo u.a.: „Ich glaube an das Prinzip, das in Nürnberg 1945 deklariert wurde: ‘Einzelpersonen haben internationale Pflichten, welche über die Verpflichtungen von nationalem Gehorsam hinausgehen. Daher haben Bürger die Pflicht, lokale Gesetze zu brechen, um Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit zu verhindern.’“

Dementsprechend tat ich, was ich als Recht anerkannt habe, startete eine Kampagne, um diese Fehlverhalten zu korrigieren. Ich habe nicht versucht, mich zu bereichern. Ich habe nicht versucht, US-Geheimnisse zu verkaufen. Ich habe mich nicht mit einer ausländischen Regierung verbündet, um meine Sicherheit zu garantieren. Statt des-

sen habe ich mein Wissen an die Öffentlichkeit gebracht, damit öffentlich diskutiert werden kann, was uns alle betrifft, und ich habe die Welt um Gerechtigkeit gebeten.“ (30)

Die Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichte am 2. August 2013 ein Statement zum erfolgreichen Asylantrag Snowdens in Russland: „Herr Snowden, ein amerikanischer Bürger, wurde gezwungen, aus seinem Land zu fliehen, um, geschützt, der Öffentlichkeit die Verbrechen seiner Regierung vor Augen zu führen. Präsident Obama, der mit einem Programm gewählt wurde, das den Schutz von Whistleblowern versprach, hat inzwischen mehr Whistleblower, die sich zu Aspekten der nationalen Sicherheit geäußert haben, verurteilt als alle anderen Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten zusammen...Die Regierung Obamas hat durch ihren Umgang mit Bradley Manning, Thomas Drake, James Risen, James Rosen und anderen gezeigt, dass es für Whistleblower und Journalisten, die sich mit Fragen der nationalen Sicherheit beschäftigen, in den Vereinigten Staaten keinen sicheren Platz mehr gibt.“ (31)

Wikileaks-Sprecher Kristinn Hrafnsson spricht in diesem Zusammenhang von einem „Aufstieg des Faschismus in den USA und Großbritannien.“ (32)

Die Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum Deutschland fordert in einem offenen Brief an US-Präsident Obama die Einstellung der Anklage gegen Edward Snowden und den Schutz der US-Regierung für ihn und andere Whistleblower. In dem Brief heisst es u.a.: „Edward Snowdens jüngste Enthüllungen haben eine dringend notwendige und längst überfällige öffentliche Debatte über die akzeptablen Grenzen der Überwachung in einem demokratischen Staat entfacht, eine Debatte, deren Aufkommen sie am 5. Juni begrüßt haben. Die Enthüllungen stellen die Legitimation der geheimen Verfahren des Foreign Intelligence Surveillance Court und der geheimen Congressional Intelligence Committees als eigentliche Foren um die fundamentalen Menschenrechte von Amerikanern und Menschen auf der ganzen Welt zu bestimmen, in Frage...“

Wir sind deshalb darüber bestürzt, dass Anklage gegen Snowden erhoben wurde, die sich teilweise auf das vage und überholte Spionagegesetz von 1917 stützt. Aussagen des Außenministeriums, dass Snowden schlicht aufgrund der Art der erhobenen Anklagepunkte kein Whistleblower sei, widersprechen eindeutig internationalen Standards der freien Information und Meinungsäußerung... Lassen Sie alle Anklagepunkte gegen Edward Snowden fallen.“ (33)

Die „Berliner Zeitung“ schrieb: „Als Barack Obama im Januar 2009 das Amt des US-Präsidenten antrat, wollte er es anders machen als sein Vorgänger George W. Bush. Zumindest versprach Obama, dass seine Regierung transparent sein und verantwortlich die Bürgerrechte bewahren wolle. Nun zeigt sich, was Obama damit meinte... Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat Obamas Vorgänger George W. Bush damit begonnen, die USA in einen Hochsicherheitsstaat zu verwandeln. Obama ist nun dabei, Amerika zu einem Überwachungsstaat zu machen. Das ist viel gefährlicher. Ungeniert hat die US-Regierung in den vergangenen Jahren eine gewaltige Rasterfahndung geschaffen, die den gesamten Globus umspannt. Es gibt aus Sicht des

Weißes Haus auf dieser Welt nur noch Verdächtige, aus deren Reihen die wirklich Schuldigen herausgepickt werden müssen. Koste es was es wolle.“ (34)

In einem weiteren Kommentar der Zeitung wird gesagt: „Es ist kaum zu fassen, dass ausgerechnet unter der Führung dieses Präsidenten die USA zu einem Schnüffelstaat ungeahnten Ausmaßes geworden sind, der kritische Journalisten verfolgt wie keine Regierung seit der McCarthy-Ära Anfang der 1950er Jahre. Der einstige Bürgerrechtler und Verfassungsjurist Barack Obama lässt zu, dass derzeit sieben Journalisten wegen Geheimnisverrats angeklagt werden...Zugleich aber fördert er einen Krieg im Geheimen mit Killerdrohnen, Datenspionage und Einschüchterung kritischer Bürger...“

Dank Edward Snowden wissen wir, dass unsere Datenschutzgesetze keinen Dollar mehr wert sind, wenn sich die NSA in unsere Netze einklickt.“ (35)

3. Folter- Bestandteil des System

Die verbrecherischen Umtriebe von US-Sondereinsatzkräften, CIA-Beamten, GI's und angeheuerten zivilen „Sicherheitsorganistoren“ in Iran und Afghanistan, ja, wo auch immer, gehörten zu den Begleiterscheinungen der von George W. Bush proklamierten Errichtung einer „Neuen Weltordnung“ des US-Imperialismus.

Die als „Vergeltung“ befohlenen Massaker an Einwohnern Falludschas und Hadithas, die Ermordung von Frauen und Kindern durch Genickschuß in diesen irakischen Städten, erinnern an Methoden der „Bandenbekämpfung“ der SS in okkupierten Gebieten Europas.

Als die Foltermethoden im Abu-Ghoreib-Gefängnis an die Öffentlichkeit gelangten, beeilte sich Washington, die Fakten über die barbarische Peinigung und Entwürdigung von Menschen herunter zu spielen. Von „Einzeltätern“ und von „krimineller Lustentfaltung einiger Weniger“ war die Rede. US-General Geoffrey Miller sprach vom „Fehlverhalten einiger weniger Soldaten“. G. W. Bush meinte, es habe sich nur um „einige wenige, faule Äpfel“ gehandelt.

Präsidial geschützt

Fakt ist, dass gemäß dem Entwurf eines Pentagon-Gutachtens Präsident Bush ein Folterbefehl zustand. Ihm oblag es als Oberbefehlshaber der Armee den dafür eingesetzten Kräften das Recht einzuräumen, bei Verhören physische und psychische Mittel anzuwenden, einschließlich der Folter. Der damalige US-Justizminister John Ashcroft weigerte sich, „näher auf ein Rechtsgutachten einzugehen, in dem Juristen der Regierung Folter unter bestimmten Umständen als zulässig bezeichnet hatten.“ Nach Angaben von US-Medien waren Experten des Justiz- und des Verteidigungsministeriums in Gutachten von 2002 und 2003 „zum Schluß gekommen, dass der Präsident nicht zwangsläufig an internationale Gesetze zum Folterverbot gebunden

sei. Folter bei Verhören könne im Zuge des Antiterrorkrieges zulässig sein, wenn es darum gehe, von Gefangenen Informationen zur Verhinderung von Terroranschlägen zu erhalten.“

Der ehemalige Oberkommandierende der US-Besatzungstruppen in Irak, Generalleutnant Ricardo Sanchez, billigte, laut „Washington Post“, persönlich „extreme“ Verhörmethoden.

Die „New York Times“ berichtete, daß die von der CIA angewandten Foltertechniken vom Justizministerium sanktioniert und von der Bush-Administration genehmigt worden waren.

Unmittelbar nach dem 11.9. habe Washington eine geheime Liste von Folterpraktiken zusammengestellt.

Fakt ist ferner, dass sich die Bush-Administration bei der Anwendung von Folter auf jahrzehntelange US-amerikanische Erfahrungswerte stützte. An der US-Militärschule „School of the Americas“ (SOA) in Fort Benning – sie wurde 2001 in „Western Hemisphere Institute for Security Cooperation“ (WHINSEC) umbenannt - wurden Foltertechniken auf der Grundlage geheim gehaltener Lehrbücher seit vielen Jahren gelehrt. Die in Irak angewandten Methoden waren, wie „Guardian“ nachwies, in einem aus den 1980er Jahren stammenden Handbuch der CIA für Honduras entliehen.

Thomas Blanton, Direktor des National Security Archive (NSA) an der George-Washington-University in Washington bestätigte, die Misshandlungen im Abu Ghoreib-Gefängnis lehnten „sich in ihrer Qualität an die Vorgaben der Folterausbildung an, wie sie die CIA in den 1980er Jahren in Honduras und Guatemala verübt hatte. Die Methoden erinnerten auch stark an das Kubark-Folterhandbuch. Die darin geschilderten Verfahren wurden in den 1960er Jahren in Vietnam angewandt.“

Die Praktiken in Guantanamo entsprechen üblicher Folter. Selbstmordversuche von Gefangenen sprechen Bände. Der Kommandant des US-Stützpunktes auf Kuba, Konteradmiral Harry Harris, kommentierte die Selbstmordversuche von Gefangenen zynisch mit den Worten: „Sie haben keinen Respekt vor dem Leben...“

US-Präsident Bush schmetterte eine Grundsatzentscheidung des Obersten Gerichts der USA einfach ab. Das Gericht hatte befunden, er habe mit der Errichtung von Militärtribunalen und der Unterstellung von Gefangenen unter die Militärgerichtsbarkeit seine Rechte überschritten. Bush entschied, dass alles so zu bleiben habe, wie er es angeordnet habe. Es bleibe auch die Behandlung der Gefangenen als „feindliche Kämpfer“ (Enemy Combatant).

General Geoffrey Miller, von 2002 bis 2004 Kommandeur des Gefangenenlagers Guantanamo, erhielt bei einem „Festakt“ im Pentagon den vierthöchsten Militärorden der USA. General Banto John Craddock, zuständig für Guantanamo, wurde NATO-Oberbefehlshaber.

Straffreiheit für Folterer

Obama ordnete am zweiten Tag nach Amtsübernahme an, Guantanamo binnen ei-

nes Jahres zu schließen. Am 22. Januar 2009 unterzeichnete er einen Erlass, der die humane Behandlung von Gefangenen vorschreibt und jegliche Folter verbietet. In seiner Rede zur Lage der Nation am 24. Februar 2009 führte er u.a. aus: "Um den Extremismus zu bezwingen, müssen wir auch dafür Sorge tragen, die Werte aufrechtzuerhalten, die unsere Truppen verteidigen – weil es keine Kraft auf der Welt gibt, die mächtiger ist als das Vorbild der Vereinigten Staaten. Deshalb habe ich die Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo angeordnet., und ich werde mich dafür einsetzen, dass aufgegriffenen Terroristen schnell und zuverlässig Gerechtigkeit widerfährt." (36)

Seitdem sind fast fünf Jahre vergangen, und Guantanamo existiert weiter.

Zunächst stellte sich der Senat quer. Er blockierte die Finanzierung der Verlegung der Gefangenen in Gefängnisse in den USA. Dann verbot Obama, auf Anraten des Pentagon, die zunächst zugesagte Transparenz hinsichtlich der Freigabe der Dokumente über verübte Folterpraktiken. Die Kommandeure befürchteten negative Wirkungen auf ihre Kampfverbände.

Drei Monate nach Amtsantritt versicherte Obama den Mitarbeitern von Geheimdiensten, sie müssten sich nicht wegen Folders vor Gericht verantworten: "Die Männer und Frauen in unseren Geheimdiensten dienen mutig an den Frontlinien einer gefährlichen Welt. Ihre Leistungen und ihre Namen sind unbekannt, aber ihren Opfern ist es ja zu verdanken, wenn heute jeder einzelne Amerikaner sicherer leben kann. Wir müssen ihre Identitäten mit der gleichen Wachsamkeit schützen, wie sie unsere Sicherheit geschützt haben, und wir müssen ihr Vertrauen stärken, damit sie weiter ihren Job tun können." (37) Wenige Tage später schloss er wiederum Strafverfolgungen nicht aus. Dies zu entscheiden sei jedoch Sache des Justizministers. Zugleich sicherte er dem CIA seine volle Unterstützung zu. Wiederum Tage später entschied er, dass Prozesse gegen Häftlinge in Guantanamo nicht vor Zivil-, sondern von Militärgerichten zu erfolgen haben. (38)

Entsprechende Militärtribunale waren unter Bush geschaffen worden. Rechte der Angeklagten sind dabei – im Vergleich zu Zivilgerichten – deutlich eingeschränkt. „Die Fortführung der Tribunale ist der Sorge der Regierung geschuldet, ordentliche Gerichte könnten die

Verfahren gegen mutmaßliche Terroristen vorzeitig einstellen, weil die Gefangenen im Lager Guantanamo misshandelt wurden.“ (39)

Obama lavierte und setzte schließlich die Praxis seines Vorgängers fort. So verfügte er – entgegen einer früheren Entscheidung – , dass 44 Fotos über Folter, die von US-Angehörigen verübt worden waren, nicht veröffentlicht wurden. „Die Fotos, die der Welt vorenthalten bleiben sollen, zeigen offenbar noch Schlimmeres, noch Widerwärtigeres, noch Unmenschlicheres. Es soll Fotos von Vergewaltigungen geben, Fotos von weiblichen Gefangenen, die missbraucht werden, und Fotos, auf denen einem minderjährigen männlichen Gefangenen sexuelle Gewalt angetan wird.“ (40)

Amnesty International forderte Obama auf, eine unabhängige Untersuchungskommission einzurichten und die Folterverantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Ein Geheimbericht des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK), in dem systemati-

sches Foltern in Guantanamo nachgewiesen wurde, gelangte an die Öffentlichkeit. Mutmaßlich Al-Qaida-Mitglieder seien mit Schlägen, Schlafentzug, extremen Temperaturen und simuliertem Ertrinken (Waterboarding) gequält worden. Der UN-Berichtersteller für Folter, Manfred Nowak, befand, die neue Administration habe die Verpflichtung, früheren Regierungsmitgliedern wie Bush und Rumsfeld den Prozess zu machen. Obama reagierte auf die auch von Bürgerrechtlern gestellten Forderungen mit den Worten: "Ich habe keine Interesse, meine Zeit mit einer Untersuchung der Politik der vergangenen acht Jahre zu verbringen." (41)

Rechtlosigkeit bleibt

Das Militärgerichtsverfahren gegen angebliche Akteure der Anschläge vom 11. September 2001 wurde wiederholt verschoben. „Das Gerichtsverfahren gegen die mutmaßlichen Drahtzieher der Terroranschläge vom 11. September 2001 vor einem Militärtribunal überwacht ein Zensor, damit keine Geheimnisse an die Öffentlichkeit gelangen – oder das, was der Herr Zensor für ein Geheimnis hält. Zudem dürfen die Verteidiger der fünf Angeklagten über den Inhalt ihrer Gespräche mit ihren Mandanten im Gefangenenlager Guantanamo nicht einmal vor Gericht sprechen.“ (42) Bei einer Reihe von Häftlingen fehlen gerichtsfeste Grundlagen für eine Inhaftierung. Nachweise, dass sie an terroristischen Anschlägen teilgenommen oder Al-Qaida angehört hätten, sind nicht gegeben.

Washington kündigte im Herbst 2009 an, es werde die Praxis fortgesetzt, „gefährliche“ Terrorverdächtige ohne Anklage oder Verfahren, also ohne rechtsstaatlichen Prozess, unbegrenzt gefangen zu halten.

Anfang Februar 2011 erklärte der damalige Verteidigungsminister Gates, das Gefangenenlager Guantanamo werde nicht geschlossen.

Der neue CIA-Chef General Petraeus meinte, es sei dringend geboten, dass US-Behörden „spezielle Verhörtechniken“ anwenden dürfen, wenn ein Gefangener Informationen zurückhält, die dringend gebraucht werden, um Leben zu retten. (43)

Am Silverstertag 2011 verlieh Obama mit seiner Unterschrift zwei Terrorabschnitten Rechtskraft, die rechtsstaatswidrige Praktiken aus der Bush-Ära legalisieren. So dürfen nunmehr Terrorverdächtige festgesetzt werden, ohne sie vor Gericht zu stellen. Das US-Militär erhält das Recht, Gefangenenlager im Ausland zu errichten. Und es dürfen im Ausland und in den USA Terrorverdächtige vom Militär festgenommen, verhört und ohne zeitliche Begrenzung festgehalten werden. (44)

Ende Oktober 2012 veröffentlichte das Enthüllungsportal Wikileaks über 100 Akten aus dem US-Verteidigungsministerium aus den Jahren 2001 bis 2004. Darunter Zeugnisse einer „Politik der Rechenschaftslosigkeit und Straflosigkeit“, wie Wikileaks-Gründer Assange mitteilte. Mit seinen Richtlinien zur Behandlung Inhaftierter habe Washington einen rechtsfreien Raum geschaffen, in dem das US-Militär Verdächtige von der Bildfläche habe verschwinden lassen können ohne weitere Spuren zu hinterlassen. So sei Festgenommenen oft bewusst keine Gefangenennummer zugewiesen

worden, damit sie möglichst in keinem offiziellen Dokument auftauchten. In Guantanamo seien zeitweilig bis zu 780 Männer in Drahtkäfigen gesperrt worden, die beschuldigt wurden, mutmaßliche Taliban- oder Al-Qaida-Kämpfer zu sein, ohne aber je angeklagt zu werden, so Assange. (45)

Im Januar 2013 wurde von der US-Regierung das Büro geschlossen, das zur Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo eingerichtet worden war. In dem Lager befinden sich noch 166 Inhaftierte. Obama hatte, wie gesagt, nach seinem Amtsantritt die Schließung des Lagers binnen eines Jahres versprochen. „Ende April (2013) erst sagte Obama: 'Ich glaube weiterhin, dass wir Guantanamo schließen müssen'. Tatsächlich glaubt er das schon, seit er 2009 sein Amt angetreten hat... Der Prozess gegen die mutmaßlichen 9/11-Attentäter (gerät) zur Farce, und rund hundert der 166 noch immer Inhaftierten befinden sich im Hungerstreik – gut zwanzig von ihnen werden mittlerweile zwangsernährt. Die UN verurteilte dies als Verstoß gegen das Völkerrecht.“ (46)

Der Hungerstreik richtet sich nach elfeinhalb Jahren gegen die Haft ohne Anklage, gegen die Haftbedingungen schlechthin und gegen wachsende Spannungen zwischen ihnen und dem

Wachpersonal.

Bei 86 der verbliebenen 166 Inhaftierten haben CIA, FBI, Justiz- und Pentagon übereinstimmend festgestellt, dass sie keine Straftaten begangen haben, dass sie nicht angeklagt werden und keine unmittelbare Gefahr darstellen.

Im Herbst 2013 wurde die Studie „Ethik fallengelassen“ veröffentlicht. Sie ist von 20 US-amerikanischen Experten aus Militär, Medizin, Rechts- und Gesundheitswesen verfasst. In der Studie wird nachgewiesen, dass Ärzte im Dienste der medizinischen Einheit der CIA in Guantanamo und in geheimen Kerkern in Afghanistan an „Verhören und Misshandlungen teilgenommen haben.“ Sie berieten auch Militärs zu Haftbedingungen, mit denen Ängste bei Gefangenen gesteigert werden könnten. (47)

Weltweit mehren sich die Proteste gegen das Unrecht und die Forderungen nach Schließung Guantamos.

Der UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, schrieb: „Präsident Bush hat die Folter wieder eingeführt... Der Präsidialerlass vom 18. September 2004 steht in offenkundigem Widerspruch zur UNO-Konvention gegen Folter... Barack Obama tat seine Absicht kund, Guantanamo zu schließen. Die gerichtliche Verfolgung der Folterer sowie die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die Geheimgefängnisse in Drittstaaten betreffend, lehnte er aber ab, anders gesagt: Obama gewährte den Folterern Straffreiheit. Wer die Folter nicht bestraft, legitimiert die Folter... Die Washington Post titelt: ‚Der schwache Punkt Obamas sind die Menschenrechte.‘ Die Radikalkritik der Washington Post ist berechtigt. Der Universalschutz der Menschenrechte ist – all seiner schönen Reden zum Trotz – keine Priorität für Obama. Und dies schürt wiederum den Hass auf den Westen.“ (48)

Der seit Jahren angekündigte sogenannte Jahrhundertprozess gegen sechs Gefangene in Guantanamo hat es bisher nur zu Anhörungen gebracht. Gegen den Hauptverdächtigen Chalid Scheich Mohammed hat die CIA das berüchtigte Wasserboarding

– das simulierte Ertränken – 183 Mal angewandt, wie die „New York Times“ am 20. April 2009 berichtet hatte. „Die Tatsache, dass Waterboarding so viel Male wiederholt wurde, könnte Zweifel an der Effektivität aufkommen lassen.“ Die „Effektivität“ im gegebenen Fall: Chalid Scheich Mohammed hat sich für die Organisation der Anschläge vom 11.9.2001 und etwa 30 weitere Anschläge und Anschlagversuche schuldig bekannt. Auf die vor fünf Jahren vom Militärgericht gestellte Frage, ob er sich schuldig bekenne, antwortete er: „Ja, wir wollen keine Zeit verschwenden.“ (49) „Der Spiegel“ schrieb: „Der berühmteste Angeklagte ist Chalid Scheich Mohammed, der angebliche Chefplaner der Anschläge. Er sitzt im Gerichtssaal in der vordersten Reihe und ist hier der Star, ein koboldhaftes Männchen mit weißem Turban und Armeejacke; nichts erinnert mehr an den stämmigen Mann, den man von Fotos kennt.“ (50) Zum Schicksal der seit Jahren eingekerkerten Gefangenen heisst es: „86 offenkundig unschuldige Insassen könnten längst frei sein. Doch der Kongress verhindert das mit der Begründung, sie könnten in ihren Heimatländern Terroranschläge planen. Weitere 46 Männer sollen ‚auf unbestimmte Zeit‘ gefangen bleiben. Sie gelten als gefährlich, aber die Beweismittel reichen nicht für einen Prozess.“ (51) So bleibt zum Kapitel „Folter“ zu sagen: Die Folterverantwortlichen, Ex-Präsident George W. Bush und Mitglieder seiner Regierung werden nicht wegen Kriegsverbrechen belangt.

Der Soldat Bradley Manning dagegen wurde, weil er dazu beigetragen hat, die Wahrheit über im Irak begangene Untaten der US-Armee und der CIA öffentlich zu machen, fast für den Rest seines Lebens ins Gefängnis geworfen. Obama akzeptiert Folter von gestern und heute. Guantanamo bleibt Hort des Unrechts.

Die Supermacht und ihre Administration betrachten die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948, das UNO-„Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“ von 1984 und das „Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte“ als Makulatur.

VII

„Imperial overstretch“

Einige Medien, Publizisten und Wissenschaftler beginnen Obama als erfolgreichen Friedenspolitiker zu entdecken.

In Genf sei es, dank Obamas diplomatischem Geschick und der Wirkung der US-Sanktionen, zu einem erfolgreichen Verhandlungserfolg im Atomkonflikt mit dem Iran gekommen.

Aus dem Irak sind die US-Truppen abgezogen worden. Obama hat den Krieg für beendet erklärt.

Aus Afghanistan soll das Gros der Truppen bis Ende 2014 abgezogen worden sein. Zeige sich Obama nun doch des Friedensnobelpreises würdig, wird gefragt.

Verhandlungen zum Atomkonflikt, die sich auf der Grundlage des Nichtverbreitungsvertrages bewegen, werden seit Jahren von Teheran gewünscht. Der US-Präsident zog es angesichts der explosiven Situation in der Region vor, Verhandlungen zuzustimmen.

Im Irak standen die USA vor einem Trümmerhaufen der von George W. Bush entfesselten „Operation Iraqi freedom“.

In Afghanistan stehen sie vor einem Fiasko der „Operation Enduring freedom“.

Beide Kriege sind verlorene Kriege. Sie schufen mit ihren Praktiken des Staatsterrorismus immer neue Herde und Stützpunkte des Terrorismus. In beiden Ländern gehen nach dem Abzug der US-Truppen die bewaffneten Auseinandersetzungen weiter.

Was als Obamas „erfolgreiche Friedenspolitik“ dargestellt wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als Ergebnis eines sich vollziehenden gesellschaftliche Prozesses, der den Niedergang des US-Imperiums offenbart.

Im Niedergang befindet sich die wirtschaftliche Macht der USA. Wichtige wirtschaftliche Kennziffern erweisen sich für nachdenkliche politische Kräfte in den USA als schrille Alarmsignale. So entwickelte sich das Leistungsbilanzdefizit von 140 Milliarden Dollar im Jahre 1997 auf 389 Milliarden im Jahre 2001, auf 792 Milliarden im Jahre 2005 und es hat im vergangenen Jahr etwa 900 Milliarden Dollar erreicht!

Die Verschuldung des Landes ist seit dem Amtsantritt Obamas regelrecht explodiert. Im Jahr 2001 lag sie bei 57 Prozent des Bruttosozialprodukts der USA, 2008 bei 75,5 Prozent und 2013 bei 108,1 Prozent!

Bedeutenden Anteil an der wachsenden Staatsverschuldung haben Kriegsführung und Rüstung. Für die Kriege gegen den Irak und gegen Afghanistan wurden mehr als zwei Billionen Dollar verpulvert. Der Anteil der USA an den Weltrüstungsausgaben beträgt rund 40 Prozent.

Die 2007 in den USA ausgebrochene finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Krise hat – wenn dabei die Staatsverschuldung mit in Betracht gezogen wird -, den faktischen Bankrott der imperialistischen Führungsmacht verdeutlicht.

Die Unterwerfung und Disziplinierung von Staaten und Völkern unter das Diktat der USA ist gescheitert.

Angesichts dieser Realität muss Obama lavieren. Er ist bestrebt, unter dem Deckmantel der „Verteidigung nationaler Interessen“ bzw. des „Schutzes der Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten“ den globalen Hegemonieanspruch der

USA aufrechtzuerhalten.

Der US-Imperialismus versucht, den Schwund seiner ökonomischen Dominanz und die Misserfolge seiner militärischen Interventionen durch machtpolitisches Gehabe, Entwicklung und Einsatz immer brutalerer Killerkapazitäten sowie Spionage im politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich aufzufangen.

Dabei zeigt sich, wie Misstrauen, Ablehnung, ja Hass in zunehmend mehr Ländern gegen den Weltführungsanspruch der USA wachsen.

Heute spricht man von den USA als einem Koloss auf tönernen Füßen. Längst vergessen sind die „Zeiten des Triumphalismus“, wie „Der Spiegel“ anmerkte, „als sich die USA nach dem Ende des Kalten Krieges in der letzten Dekade des vorigen Jahrhunderts als ‚unverzichtbare Nation‘, so die ehemalige Außenministerin Albright, selbst feierten.“ (1)

Die – mit Unterbrechungen - seit den 1980er Jahren in den USA geführte Debatte über eine „Überdehnung“ der Kräfte des führenden imperialistischen Landes, über einen „imperial overstretch“, wird belebt.

Schon vor Jahrzehnten hatte der langjährige Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, William Fulbright, vor dem von Washington erhobenen Anspruch, die ganze Welt führen zu wollen, gewarnt: „Allmählich, aber unmissverständlich zeigen die USA Anzeichen jener Arroganz der Macht, die in der Vergangenheit große Nationen befallen, geschwächt und in einigen Fällen zerstört hat.“ (2)

Im „Länderbericht USA“ wurde 1998 an den Alptraum amerikanischer Geschichte erinnert, das Land könne „in die internatationale Bedeutungslosigkeit zurückfallen, was die Amerikaner immer wieder aufschrecken ließ.“ (3)

Eineinhalb Jahrzehnte später zeigt sich in vielen gesellschaftlichen Prozessen und Bereichen, dass das US-Imperium den Zenit überschritten hat.

Mit ihren Abhör- und Ausspähpaktiken hat die US-Politik vorgeführt, was sie von den von ihr phraseologisch genutzten Werten wie Freiheit, Demokratie und Menschenwürde hält. „Hinter der ‚coolness‘ von Obama verbirgt sich eine kalte Machttechnik, die Wählergruppen, Völker und ganze Weltgegenden nur als Datencluster erfassen kann.“ (4)

Die durch die Enthüllungen Snowdens bekanntgewordene weltweit betriebene Ausspähung der Völker wird „zu einer Verschiebung der Kommunikation in unserer digitalisierten Welt führen“, erwartet die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“. (5)

Das Abfischen von Informationen von Spitzenpolitikern bedeutet einen gravierenden Einschnitt in den Beziehungen der US-Administration zu ihren Partnern.

Die FAZ schätzte ein, dass die Praktiken der NSA-Krake einen „erheblichen Flurschaden“ hinterlassen, „im Verhältnis der ganzen EU zu den Amerikanern und in der Nato.“ (6) „US-Präsident Obama, der brillante Verfassungsjurist, lässt sich von der gleichen Paranoia leiten, die schon seinen Vorgänger George W. Bush geleitet hat.“

(7)

Verändertes Kräfteverhältnis

Das Kräfteverhältnis in der Welt verändert sich zu Ungunsten des US-Imperialismus.

In der Welt sind neue Kraftzentren der Globalisierung entstanden.

Mit den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) haben sich Länder mit einem beachtlichen Wirtschaftswachstum und hohem Anteil an der Weltbevölkerung zusammengeschlossen.

Die Mitglieder der Shanghaier Kooperationsorganisation - Russland, China, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan – blockieren die Expansionsgelüste des US-Imperialismus. Sie wenden sich gegen unilaterales Handeln und Pläne zur „Neuordnung der Welt“ seitens der USA. Sie fordern die Respektierung des Völkerrechts. In Lateinamerika, das seit Verkündung der „Monroe-Doktrin“ im 19. Jahrhundert den USA als Ausplünderungsareal diente, stehen die Signale auf gewichtige politische Veränderungen. Venezuela, Bolivien, Nicaragua und Ecuador sind auf Linkskurs gegangen. Sie haben mit der neoliberalen Politik gebrochen und erteilen solchen, von den USA dominierten Einrichtungen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank eine Absage. Sie wollen den Reichtum ihrer Länder ihren Völkern zugute kommen lassen.

12 Länder Lateinamerikas weigern sich, US-Militärpersonal Immunität zu gewähren. Das freie Kuba verabreicht den vom US-Imperialismus immer wieder gehegten konterrevolutionären Hoffnungen eine Abfuhr. Der Präsident Afghanistans und der Ministerpräsident Pakistans, Karsai und Sharif, lehnen sich gegen die Arroganz der US-Administration auf. Karsai gegen die US-Forderung, den in Afghanistan nach dem offiziellen Abzug der ISAF-Truppen im Land verbleibenden GI's Immunität zu verleihen. Sharif gegen die völkerrechtswidrigen, die Souveränität des Landes missachtenden Drohnen-Attacken, denen immer mehr Zivilisten zum Opfer fallen.

Die Bewegung der Blockfreien formiert sich neu. Die 116 Mitgliedsstaaten der Bewegung verlangen die Anerkennung der nationalen Souveränität und wenden sich gegen jegliche Form von Kolonialismus und gegen Unilateralismus.

Brzezinski hat im vergangenen Jahr dargelegt, dass infolge der Schwächeposition der USA die unipolare Welt unter Führung Washingtons zu einer multipolaren Welt geworden ist. In seinem Buch „Strategic Vision“ befürchtet er, dass die USA von gleichen, das System gefährdenden Problemen betroffen sein könnten, wie die Sowjetunion in den 1980er Jahren. „Amerika könnte die gleiche Art von systemischer Lähmung erleben, mit der die Sowjetunion in den 80er Jahren konfrontiert war.“

In sechs Punkten nennt er entsprechende Parallelen:

„1. Ein festgefahrenes und reformunfähiges politisches System, 2. Bankrott durch militärische Abenteuer und übermäßige Rüstung, 3. sinkender Lebensstandard der Bevölkerung, 4. eine politische Klasse, die zunehmend unsensibel für die steigende soziale Unsicherheit und nur darauf bedacht ist, ihre Privilegien zu verteidigen, 5. Versuche, den außenpolitischen Legitimationsverlust durch außenpolitische Feindseligkeit zu kompensieren und 6. eine Außenpolitik, die in die Selbstisolation führt.“
(8)

Obama hat die hohen Erwartungen, die in ihn 2008 gesetzt wurden, nicht erfüllt. Kein „Change“ in der Außen- und Sicherheitspolitik. Kein Einstieg in eine atomwaffenfreie Welt. Keine Abkehr von den von George W. Bush eingeleiteten Weltord-

nungskriegen. Keine Absage an den von seinem Vorgänger extrem vorgetragenen Staatsterrorismus, den Obama als High-Tech-Krieg fortsetzt. Der „Lightworker“ erweist sich als Meister „manichäischer Täuschungen“, die, wie Brzezinski sagte, „von der Administration so leidenschaftlich vorgebracht werden. Damit isolieren sich die USA zusehends...“

Der renommierte norwegische Friedensforscher Johan Galtung schätzte vor acht Jahren die Aussichten des US-Imperiums kurz und knapp so ein: „Ich habe die Auswirkungen des Imperiums auf der ganzen Welt gesehen, und ich sage: Seine Tage sind gezählt, 2020 wird das Imperium am Ende sein.“ (9)

Quellenverzeichnis

Einleitung

- 1 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juli 2009
- 2 Junge Welt, 6. November 2008
- 3 Der Spiegel, 9/2008
- 4 Der Spiegel, 28/2009

I

- 1 Der Spiegel, 8/2003
- 2 Länderbericht der USA, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 397
- 3 Neues Deutschland, 21./22. Februar 1998
- 4 Pax report, 6/7-2001
- 5 Der Spiegel, 8/2003
- 6 Der Spiegel, 52/1999
- 7 zit. in: R.Winter, Gottes eigenes Land, Rasch & Röhring Verlag, Hamburg 1991, S. 167
- 8 Frieden und Abrüstung, Verlag Progress, Moskau, 1984, S. 195
- 9 Bill Clinton/Al Gore, Weil es um die Menschen geht, ECON Taschenbuchverlag 1993, S. 296
- 10 Neues Deutschland, 15. Juni 2000
- 11 Berliner Zeitung, 5./6. August 2000
- 12 Länderbericht der USA, a.a.O., S.98
- 13 www.sueddeutsche.de/politik/obama-rede-im-wortlaut
- 14 www.uswahl2008.de
- 15 ebenda
- 16 www.spiegel.de/politik/ausland/rede-von-barak-obama
- 17 Berliner Zeitung, 5. Januar 2010
- 18 Neues Deutschland, 3. Dezember 2008
- 19 New York Times, 8. März 1992
- 20 ebenda
- 21 www.sueddeutsche.de/politik/obama-rede-im-wortlaut
- 22 www.faz.net/aktuell/politik/auszuege-aus-obamas-prager-rede
- 23 www.wz-newsline.de/home/politik/barack-obama-kairo-rede
- 24 www.uswahl2008.de/index.php/archives
- 25 Berliner Zeitung, 11. Dezember 2009
- 26 www.uni-muenster.de/PeaCon/arcdoce/texts
- 27 German Foreign Policy, 27. Februar 2012
- 28 www.nachdenkseiten.de
- 29 Junge Welt, 4. November 2013
- 30 Berliner Zeitung, 24. Januar 2008
- 31 Neues Deutschland, 21. April 2009
- 32 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.Mai 2009
- 33 Der Spiegel, 22/2011
- 34 Junge Welt, 18. Mai 2010
- 35 www.faz.net
- 36 Berliner Zeitung, 8. April 2010

II

- 1 www.glasnost.de/militaer/92norivals
- 2 Junge Welt, 5. August 2010
- 3 Junge Welt, 7./8. Januar 2012
- 4 [www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas,,pacific"century](http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas,,pacific)

- 5 Der Spiegel,27/2012
- 6 Washington Post, 15. Mai 2005
- 7 Junge Welt, 10. Mai 2010
- 8 Junge Welt, 30. Dezember 2010
- 9 Berliner Zeitung, 22. Februar 2013
- 10 www.ag-friedensforschung.de/regionen/usa
- 11 Berliner Zeitung, 15. Juni 2012
- 12 Unsere Zeit, 13. Juli 2012
- 13 Der Spiegel, 37/2012
- 14 RotFuchs, Oktober 2008
- 15 RotFuchs, Dezember 2011
- 16 dpa, 19. Februar 2010
- 17 Junge Welt, 16. April 2013
- 18 Junge Welt, 12. April2013
- 19 Junge Welt, 9./10. März 2013
- 20 New York Times, 8. März 1992
- 21 www.blaetter.de
- 22 Foreign Affairs, 27.Juli 2007
- 23 Junge Welt, 10. Juli 2009
- 24 Berliner Zeitung, 7. Juli 2009
- 25 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Juli 2009
- 26 Berliner Zeitung, 23. Juli 2009
- 27 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juli 2009
- 28 Der Spiegel, 52/2009
- 29 zit. in: Neues Deutschland, 3. Dezember 2009
- 30 Neues Deutschland, 6./7.Februar 2010
- 31 Neues Deutschland, 29. März 2010
- 32 Junge Welt, 24. November 2011
- 33 Junge Welt, 9./10. Februar 2013
- 34 Süddeutsche Zeitung, 10.Juli 2013
- 35 Junge Welt, 8. November 2013
- 36 zit. in: Junge Welt, 30. März 2013
- 37 Junge Welt, 8. September 2013
- 38 Junge Welt, 1. März 2013
- 39 www.isw-muenchen.de/downloadedseminar-imperialismus
- 40 www.isw-muenchen.de/downloaded/tafta
- 41 Süddeutsche Zeitung, 13. Oktober 2003
- 42 www.isw-muenchen.de/downloaded/seminar-imperialismus
- 43 www.isw-muenchen.de/downloaded/tafta
- 44 ebenda
- 45 www.nachdenkenseiten.de
- 46 Junge Welt, 28. Oktober 2004
- 47 Junge Welt, 9. Februar 2009
- 48 Berliner Zeitung, 25.Februar 2010
- 49 ebenda
- 50 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Mai 2010
- 51 Der Tagesspiegel, 11.(12./13. Juni 2011
- 52 Neues Deutschland, 13. Juli 2011
- 53 German Foreign Policy, 11. März 2012
- 54 Junge Welt, 22. November 2010
- 55 Der Spiegel, 44/2013
- 56 Süddeutsche Zeitung, 20. Juli 2013

57 Berliner Zeitung, 29./30. Juni 2013
58 Berliner Zeitung, 25. Oktober 2013
59 ebenda
60 Berliner Zeitung, 17. Juni 2013
61 Berliner Zeitung, 8. Juli 2013
62 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27. Oktober 2013
63 www.bdi.de
64 Junge Welt, 26./27. Oktober 2013
65 German Foreign Policy, 7. November 2013, Der Tagesspiegel, 5. November 2013
66 German Foreign Policy, 7. November 2013
67 Junge Welt, 22. Juli 2013
68 Berliner Zeitung, 14. August 2013
69 Die Welt, 25. Oktober 2013
70 Junge Welt, 19. Juli 2013
71 Der Spiegel, 30/2013
72 German Foreign Policy, 31. Oktober 2013
73 Deutsche Welle, 28. Oktober 2013
74 Der Spiegel, 34/2013
75 Junge Welt, 19. November 2013
76 Mitteldeutsche Zeitung, 31. Oktober 2013
77 Berliner Zeitung, 31. Oktober 2013
78 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Oktober 2013
79 taz, 31. Oktober 2013
80 Süddeutsche Zeitung, 22. Juli 2012

III

1 Unsere Zeit, 22. November 2013
2 Truppenpraxis/Wehrausbildung, 2-3/96
3 Neues Deutschland, 25. Dezember 2001
4 Junge Welt, 7. Juni 2002
5 Die Welt, 9. März 2009
6 Neues Deutschland, 28./29. März 2009
7 Berliner Zeitung, 19. August 2009
8 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juli 2009
9 zit. in: Junge Welt, 22. September 2009
10 Berliner Zeitung, 23. September 2009
11 Der Spiegel, 12/2009
12 Berliner Zeitung, 19. Mai 2010
13 Berliner Zeitung, 27. Juli 2010
14 Berliner Zeitung, 11. Juni 2010
15 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Oktober 2009
16 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. März 2009
17 Der Spiegel, 15. Mai 2012
18 Der Spiegel, 9. Oktober 2012
19 Junge Welt, 5. Dezember 2011, Berliner Zeitung, 9. Mai 2013
20 Berliner Zeitung, 1. März 2012
21 German Foreign Policy, 27. September 2011
22 The Guardian, 22. April 2013
23 Neues Deutschland, 30. Oktober 2009
24 IMI, Oktober 2011
25 DAMID, 9/10 – 2009
26 Der Tagesspiegel, 18. August 2010

27 IMI, Oktober 2011
28 German Foreign Policy, 21. Dezember 2012
29 taz, 13. September 2009
30 Junge Welt, 29. Juni 2013
31 Neues Deutschland, 9. Oktober 2002
32 Neues Deutschland, 7. Juli 2008
33 Berliner Zeitung, 2. September 2010
34 ebenda
35 Der Tagesspiegel, 18. August 2010
36 Icarus, 3 - 4/2012
37 Berliner Zeitung, 20. September 2007
38 Der Tagesspiegel, 14. August 2010
39 Der Spiegel, 34/2010
40 Junge Welt, 4. Januar 2010
41 Berliner Zeitung, 20. März 2013
42 Junge Welt, 20. März 2013
43 Junge Welt, 29. April 2013
44 Junge Welt, 18. Februar 2013
45 Berliner Zeitung, 18. Februar 2013
46 FriedensJournal, 4/2013
47 Junge Welt, 20. März 2013
48 Junge Welt, 2. September 2010
49 Berliner Zeitung, 5./6. April 2008
50 Junge Welt, 4. November 2013
51 Junge Welt, 27. März 2009
52 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Mai 2009
53 Junge Welt, 3. Dezember 2009
54 ebenda
55 Junge Welt, 23. Dezember 2009
56 Neues Deutschland, 9. Mai 2011
57 dapd, 4. Mai 2011
58 ebenda
59 Berliner Zeitung, 3./4. Dezember 2011
60 Junge Welt, 6. Juni 2012
61 Junge Welt, 2. Mai 2012
62 Junge Welt, 5. August 2013
63 Junge Welt, 28. Oktober 2013
64 Junge Welt, 25. November 2013
65 New York Times, 27. Dezember 2009
66 Junge Welt, 16./17. Januar 2010
67 ebenda
68 Junge Welt, 10. Dezember 2009
69 Washington Post, 27. Januar 2010, zit. in: Junge Welt, 29. Januar 2010
70 Der Spiegel, 33/2013
71 <http://hinter-der-fichte.blogspot.de>
72 Zeit, 27. Oktober 2011
73 www.Spiegel.de/politik/ausland/nach-uno-resolution-usa
74 Junge Welt, 30. März 2011
75 Junge Welt, 20. April 2012
76 Neues Deutschland, 28. Oktober 2011
77 Junge Welt, 10./11. März 2012
78 Neues Deutschland, 20. Oktober 2011

79 Junge Welt, 3. November 2011
80 Junge Welt, 28. Oktober 2011
81 German Foreign Policy, 7. Mai 2013
82 ebenda
83 Junge Welt, 8./9. Mai 2013
84 Junge Welt, 26. September 2013
85 Der Spiegel, 28/2013
86 Junge Welt, 26. September 2013
87 Neues Deutschland, 24. Oktober 2011
88 Junge Welt, 26. September 2013
89 Junge Welt, 4. November 2011
90 ebenda
91 Junge Welt, 10./11. März 2012
92 Junge Welt, 7./8. September 2013
93 ebenda
94 zit. in: Junge Welt, 21. November 2011
95 Berliner Zeitung 24. Februar 2012
96 Junge Welt, 1. August 2012
97 Spiegel online, 27. Jli 2012
98 Junge Welt, 7./8. September 2013
99 Focus online, 8. September 2013
100 Junge Welt, 6. Mai 2013
101 Die Welt, 7. September 2013
102 de.euronews, Frankfurter Neue Presse, 30. August 2013
103 DLF, 13. Mai 2013
104 Berliner Zeitung, 23. August 2013
105 Time, 13. April 2013
106 Berliner Zeitung 27./28. April 2013
107 Berliner Zeitung 26. April 2013
108 Junge Welt, 27./26. April 2013
109 ebenda
110 Junge Welt, 10. Mai 2013
111 Berliner Zeitung, 11./12. Mai 2013
112 www.faz.net/aktuell/auslandnaher-oste/syrien-politik
113 Südwest Presse, 3. August 2013
114 RIA NOWOSTI, 2. Februar 2013
115 Junge Welt, 14. Februar 2013
116 Junge Welt, 19. April 2013
117 New York Times, 18. April 2013
118 Junge Welt, 10. Mai 2013
119 Berliner Zeitung, 15./16. Juni 2013
120 Junge Welt, 15./16./17. Juni 2013
121 Berliner Zeitung, 18. Juni 2013
122 Junge Welt, 18. Juni 2013
123 Berliner Zeitung, 23. August 2013
124 ebenda
125 Standard, 1. August 2013
126 Berliner Zeitung, 23. August 2013
127 Junge Welt, 26. August 2013
128 Berliner Zeitung, 28. August 2013
129 Junge Welt, 28. August 2013
130 Süddeutsche Zeitung, 1. September 2013

131 Junge Welt, 28. August 2013
132 Berliner Zeitung, 31. August/1. September 2013
133 Junge Welt, 31. August/1. September 2013
134 Berliner Zeitung, 2. September 2013
135 Berliner Zeitung, 24. Juni 2013
136 Junge Welt, 9. September 2013
137 Stern.de, 5. September 2013
138 Junge Welt, 24. Juli 2013
139 Junge Welt, 6. September 2013
140 Spiegel online, 10. September 2013
141 Kommersant, 12. September 2013, zit. in: Junge Welt, 13. September 2013
142 Junge Welt, 12. September 2013
143 Berliner Zeitung, 13. September 2013
144 Junge Welt, 16. September 2013
145 Junge Welt, 14./15. September 2013
146 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. September 2013
147 Junge Welt, 16. September 2013
148 Berliner Zeitung, 17. September 2013
149 Berliner Zeitung, 14./15. September 2013
150 Berliner Zeitung, 20. September 2013
151 Junge Welt, 19. September 2013
152 www.spiegel.de/politik/ausland/operation-odyssey-dawn
153 Kommersant, 30. September 2013
154 www.jungewelt.de/2013/09
155 Junge Welt, 17. September 2013
156 Junge Welt, 25. November 2013
157 Reuters, 5. September 2013
158 www.faz.net/aktuell/politik/naherosten/syrien-politik
159 Junge Welt, 21./22. September 2013
160 Junge Welt, 26. September 2013
161 Junge Welt, 12./13. Oktober 2013
162 Junge Welt, 20. September 2013
163 Junge Welt, 17. September 2013
164 Junge Welt, 4. November 2013
165 Junge Welt, 12. November 2013
166 ebenda
167 Voltaire Netzwerk/New York City, 6. September 2013
168 Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Belz Quadriga Verlag, 1997, Weinheim und Berlin, S. 57
169 ebenda, S. 87
170 <http://de.wikipedia/wiki/AchsedesBösen>
171 Kölnische Rundschau, 18. Februar 2012
172 ZDF, 19. März 2012
173 Junge Welt, 22. Dezember 2011
174 Berliner Zeitung, 4./5. März 2006
175 Berliner Zeitung, 10. Oktober 2007
176 Junge Welt, 6. Mai 2008
177 Junge Welt, 3. Juni 2008
178 Junge Welt, 13. Juli 2009
179 Junge Welt, 27. Juli 2009
180 Junge Welt, 7. Juli 2009
181 Junge Welt, 20./21. September 2009
182 AFP, 10. Januar 2010

183 Der Spiegel, 4/2010
184 AFP, 12. Januar 2010
185 Junge Welt, 3./4. Juli 2010
186 Der Spiegel, 3/2011
187 Junge Welt, 14. März 2012
188 Junge Welt, 28. Mai 2013
189 Junge Welt, 21./22. September 2013
190 Berliner Zeitung, 25. September 2013
191 Junge Welt, 26. September 2013
192 ebenda
193 ebenda
194 Berliner Zeitung, 27./28. September 2013
195 Junge Welt, 2./3. Oktober 2013
196 Junge Welt, 4. Oktober 2013
197 Junge Welt, 11. November 2013
198 Berliner Zeitung, 19. November 2013
199 Junge Welt, „5. November 2013
200 www.wz-newsline.de/politik/barack-obamas-kaire-rede
201 de.wikipedia.org/wiki/Staat-Palästina
202 www.ag-friedensforschung.de
203 Junge Welt, 19. November 2012
204 www.fr-online.de/gaza-konflikt-israel-netanjahu
205 www.swp-berein.org/fileadmin/contents
206 Berliner Zeitung, 22. Juli 2013
207 DLF, 21. Juli 2013
208 Junge Welt, 2./3. November 2012

IV

1 Junge Welt, 11. November 2013
2 Neues Deutschland, 11. Mai 2009
3 Neues Deutschland, 12. April 2010
4 Junge Welt, 30. März 2010
5 dpa, 13. September 2011
6 Neues Deutschland, 30. September 2011
7 Junge Welt, 10. Oktober 2013
8 Junge Welt, 20. Juni 2013
9 Junge Welt, 29. Dezember 2009
10 K.Eichner, Operation Condor. Eine Internationale des Terrors, 2009, Verlag Wiljo Heinen, Berlin
11 Junge Welt, 5. Oktober 2010
12 AFP, 22. Juli 2013
13 Junge Welt, 2./3. Oktober 2010
14 Junge Welt, 19. September 2013
15 Junge Welt, 21./22. September 2013
16 Junge Welt, 10. November 2013
17 Junge Welt, 5. Juni 2013
18 Junge Welt, 24. Juni 2013
19 Neues Deutschland, 12. November 2009
20 Junge Welt, 25. September 2013
21 www.towarfreedom.com.Benjamin-Dangl
22 Junge Welt, 18. Juli 2013

V

- 1 <http://de.wikipedia.org/wiki/United-States-Africa-command>
- 2 ebenda
- 3 ebenda
- 4 www.netzeitung.de
- 5 Junge Welt, 13. Juli 2009, Neues Deutschland, 13. Juli 2009
- 6 <http://spiegel.de/ausland/usa.bekaempfen-al-qaida>
- 7 Junge Welt, 3. Juli 2009
- 8 Berliner Zeitung, 9./10. Februar 2013

VI

- 1 Neues Deutschland, 11. Januar 2012
- 2 Junge Welt, 4./5. April 2009
- 3 Berliner Zeitung, 6. Juni 2012
- 4 Zeit, 11. April 2012
- 5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 2010
- 6 ebenda
- 7 Frankfurter Rundschau, 11. Dezember 2012
- 8 Der Spiegel, 42/ 2011
- 9 ebenda
- 10 Neue Zürcher Zeitung, 30. Dezember 2012
- 11 ebenda
- 12 Der Spiegel, 42/2011
- 13 Berliner Zeitung, 11. Dezember 2012
- 14 Länderbericht der USA, a.a.0., S. 412
- 15 Berliner Zeitung, 28. September 2010
- 16 zit. in: Berliner Zeitung, 2./3. Juni 2012
- 17 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Februar 2011
- 18 Junge Welt, 30. Mai 2012
- 19 Berliner Zeitung, 2./3. Juni 2012
- 20 Der Spiegel, 14/2013
- 21 ebenda
- 22 3sat, 3. Mai 2012
- 23 Neues Deutschland, 7. Oktober 2013
- 24 Der Spiegel, 14/2009
- 25 ebenda
- 26 ebenda
- 27 <http://german.ruv/2013.02.19>
- 28 Der Spiegel, 14/2009
- 29 Junge Welt, 26. Juni 2013 u. 30. August 2013
- 30 Junge Welt, 15. Juli 2013
- 31 Junge Welt, 3./4. August 2013
- 32 Junge Welt, 22. August 2013
- 33 Junge Welt, 6. August 2013
- 34 Berliner Zeitung, 8./9. Juni 2013
- 35 Berliner Zeitung, 1. August 2013
- 36 www.ag-friedensforschung.de/USA/obama2009-dt
- 37 Junge Welt, 18./19. April 2009
- 38 AFP, 3. Mai 2009
- 39 Berliner Zeitung, 4. Mai 2009
- 40 Der Spiegel, 21/2009
- 41 Der Spiegel, 22/2009

- 42 Berliner Zeitung, 7. Mai 2012
- 43 Pax Report, Juli 2011
- 44 Berliner Zeitung, 6. Januar 2012
- 45 Junge Welt, 27./28. Oktober 2012
- 46 Berliner Zeitung, 15. Mai 2013
- 47 Junge Welt, 5. November 2013
- 48 J. Ziegler, Der Hass auf den Westen, C.Bertelsmann Verlag München, 2009, S.110f

VII

- 1 Der Spiegel, 48/2010
- 2 Pax Report, 3/4-2002
- 3 Länderbericht der USA, a.a.O., S. 436
- 4 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27. Oktober 2013
- 5 ebenda
- 6 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Oktober 2013
- 7 Berliner Zeitung, 15. Juli 2013
- 8 Z. Brzezinski, Strategic Vision, Basic Books, New York, 2012
- 9 Neues Deutschland, 8. November 2005

